

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/212**

**Finanzministerium
des Landes
Schleswig-Holstein**

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Staatssekretär

Kiel, 07. September 2005

**Antwort der Landesregierung zu den Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
zum Entwurf des Haushaltsplans 2006
(Umdrucke 16/185 und 16/187)**

Sehr geehrter Herr Neugebauer,

anliegend übersende ich Ihnen die Antworten der Landesregierung zu den in den Umdrucken
16/185 und 16/187 gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2006.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Arne Wulff

**Antwort der Landesregierung
zu den Fragen der
Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
zum Entwurf des Haushaltsplans 2006
(Umdrucke 16/185 und 16/187)**

Zusatzfrage aus Umdruck 16/187:

In welchen Haushaltspositionen hat die Hartz IV Gesetzgebung zu Veränderungen im Vergleich zu 2004 und 2005 geführt? Bitte Einzelpläne, Titel, Summen (2004, 2005, Nachtrag 2005 und 2006) und Begründung auflisten.

In welchen Positionen haben sich Erwartungen erfüllt bzw. nicht erfüllt?

Sieht die Landesregierung diesbezüglich Handlungsbedarf?

Antwort der Landesregierung

Anliegend

Finanzielle Auswirkungen der Hartz IV Reform auf den Landeshaushalt

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2004 in T€	Soll 2005 in T€	Soll 2005 (incl. NT) in T€	Soll 2006 in T€	Bemerkungen
Einzelplan 04 – Innenministerium						
0407 – 633 62 (TG 62)	Erstattung von Leistungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten (Asylbewerberleistungsgesetz)	21.124,3	18.675,4	21.000,0	21.000,0	Mehrbelastungen durch Hartz IV in Höhe von 1,7 Mio. €/Jahr ab 2005
0416 – 633 01	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen	220.500,0	180.500,0	120.000,0	99.400,0	Ist 2004 228.664,5 T€; Hälfte Bundesmittel, Hälfte Landesmittel, Rückgang ggü. Ist 2004 in Höhe von 55 Mio. € soll auf Hartz IV zurückzuführen sein
Einzelplan 10 – Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren						
1005 – 633 65 (TG 65)	Sozialhilfe - Erstattungen an Kreise und Gemeinden	380.507,7	345.621,7	538.333,1	488.797,9	Belastung durch Wegfall des Quotalen Systems in Folge von Hartz IV, Leistungen des überörtlichen Trägers bleiben, Hilfe zum Lebensunterhalt entfällt
Einzelplan 11 – Allgemeine Finanzwirtschaft						
1101 – 015 01	Umsatzsteuer	-	34.180,0	34.180,0	34.180,0	Belastung

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2004 in T€	Soll 2005 in T€	Soll 2005 (incl. NT) in T€	Soll 2006 in T€	Bemerkungen
1102 – 211 01	Bundesergänzungszuweisungen	-	290,0	290,0	290,0	Entlastung
1102 – 212 01	Ausgleichszuweisungen der Länder	-	610,0	610,0	610,0	Entlastung
1102 – 613 06	Schlüsselzuweisungen	-	6.000,0	6.000,0	6.000,0	Entlastung
1102 – 883 15	Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen	-	600,0	600,0	600,0	Entlastung
1102 – 633 11	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	-	-	26.850,0	26.850,0	Belastung (Weitergabe der Netto-Entlastung des Landes)

Inwiefern die erwarteten Auswirkungen eintreten, wird sich im Rahmen des Haushaltsvollzugs zeigen. Derzeit kann hierzu noch keine Aussage getroffen werden. Handlungsbedarf besteht im Moment nicht.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	03
Seite:	31
Kapitel:	04
Titel:	893 01
Zweckbestimmung:	Zuschüsse zur Modernisierung und Sanierung von Bildungsstätten
Ansatz:	0,0
Frage:	Warum wurde der Titel auf Null gesetzt? Tauchen diese Maßnahmen im Rahmen des SH-Fonds wieder auf und wenn ja wo und in welcher Höhe?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich um Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm - ZIP -, die lediglich für die Jahre 2004 (500 T€) und 2005 (300 T€) bereitgestellt waren. Die geförderten Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen sind damit abgeschlossen. Eine Einbringung in den Schleswig-Holstein-Fonds ist daher nicht erforderlich.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	03
Seite:	49
Kapitel:	06
Titel:	685 03
Zweckbestimmung:	Betriebskostenzuschuss für das Günter-Grass Haus in Lübeck
Ansatz:	170,0
Frage:	Warum verdoppelt sich der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Für die erforderliche 5-jährige Anschubfinanzierung hatte die federführende Kulturstiftung der Stadt Lübeck beim Land 425 T€, zahlbar in fünf gleich großen Teilbeträgen von 85 T€ beantragt. In den Chefgesprächen im März 2003 wurde die mittelfristige Finanzplanung wie folgt festgelegt:

2003	42 T€
2004	42 T€
2005	85 T€
2006	170 T€
2007	86 T€

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	03
Seite:	53
Kapitel:	06
Titel:	684 10
Zweckbestimmung:	Zuwendungen für das Schleswig-Holstein Musikfestival (SHMF)
Ansatz:	1.462,0
Frage:	Warum wurde der Ansatz um 14% gekürzt?

Antwort der Landesregierung:

Die Landesregierung wird die Landeszuwendung für das SHMF im Haushalt 2006 einmalig um 238 T€ kürzen. Wegen der hervorragenden wirtschaftlichen Entwicklung bei der Stiftung SHMF in den letzten Jahren ist dieser Beitrag zur Haushaltskonsolidierung verkraftbar. Der Beitrag wird durch eine teilweise Auflösung der Risiko-Rücklage und nicht aus Mitteln für die aktuelle Programmplanung 2006/2007 erbracht.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	03
Seite:	53/54
Kapitel:	06
Titel:	MG 09
Zweckbestimmung:	Förderung der bildenden Kunst
Ansatz:	146,0
Frage:	Warum wurden die Ansätze der Maßnahmengruppe um 35% gekürzt?

Antwort der Landesregierung:

Im Rahmen der globalen Minderausgabe waren zur Haushaltskonsolidierung Mittel einzusparen. Dazu wurden alle Ansätze überprüft. Nach den vorliegenden Anträgen wird der gekürzte Betrag nicht benötigt werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	03
Seite:	56
Kapitel:	06
Titel:	684 42
Zweckbestimmung:	Förderung und Pflege der niederdeutschen Sprache
Ansatz:	70,0
Frage:	Warum wurde der Ansatz um 31% erhöht?

Antwort der Landesregierung:

Die Erhöhung des Ansatzes ist (kostenneutral) zu Lasten des Titels 0301.00.68402 erfolgt. Bisher aus diesem Titel bezuschusste niederdeutsche Projekte sollen künftig aus dem Kulturhaushalt (0306) gefördert werden. Mit dieser Umschichtung soll nicht zuletzt auch dem Grundsatz der Haushaltsklarheit Rechnung getragen werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	03
Seite:	60
Kapitel:	06
Titel:	684 54 und 893 05
Zweckbestimmung:	Soziokultur (institut. Förderung und Investitionen)
Ansatz:	29,0 und 59,9
Frage:	Warum wurden diese Maßnahmen überproportional gekürzt?

Antwort der Landesregierung:

zu Titel 68454:

Der Ansatz entspricht der MFP. Eine Erhöhung auf den Ansatz von 2005 (33,2 T€) wird geprüft. Ggf. wird ein Ausgleich im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb der Maßnahmegruppe vorgenommen.

zu Titel 89305:

Die Kürzung ist ein Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes. Sie erfolgte vor dem Hintergrund zunehmender Schwierigkeiten bei der Mittelvergabe, da die Kommunen ihre an die Investitionsförderung Soziokultur geknüpften Finanzierungsbeiträge (i.d.R. 50%) immer häufiger nicht oder nur in unzureichendem Umfang erbringen können. Mit den veranschlagten Mitteln sollen angemeldete Investitionsmaßnahmen, bei denen die kommunale Mitfinanzierung gesichert ist, gefördert werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	03
Seite:	62
Kapitel:	06
Titel:	893 07
Zweckbestimmung:	Zuschüsse für Investitionen an Museen von landesweiter Bedeutung
Ansatz:	161,0
Frage:	Diese Maßnahme des ZIP wird um 84% gekürzt. Wird diese Maßnahme in ähnlicher Form im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds fortgesetzt?

Antwort der Landesregierung:

Die Maßnahme wurde nicht gekürzt. Es handelt sich um das 3-jährige Zukunftsinvestitionsprogramm - ZIP -, das zur Investitionsförderung landesweit bedeutender Museen als feste Summen für 2004 1,3 Mio. €, für 2005 1,0 Mio. € und für 2006 161 T€ vorsah bzw. vorsieht. Die Förderung einzelner landesweit bedeutender Museumsprojekte aus dem SH-Fond befindet sich noch in Vorbereitung.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	03
Seite:	67-71
Kapitel:	07
Titel:	Ausgaben des gesamten Kapitels
Zweckbestimmung:	Landesarchiv
Ansatz:	2.336,8
Frage:	Warum wurden die Ansätze für dieses Kapitel um 28% erhöht?

Antwort der Landesregierung:

Der scheinbare Anstieg ist überwiegend auf den Titel 51791 (Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH) zurückzuführen.

Wegen Änderung des Abrechnungssystems mit der GMSH erfolgte in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 zunächst eine zentrale Veranschlagung der Bewirtschaftungskosten bei Titel 1111-51701. Das Soll bei Titel 0742-51791 war daher in diesen Jahren mit Null ausgewiesen. Im Laufe des jeweiligen Haushaltsjahres wurden die Mittel dann über diesen Titel abgewickelt. Das IST 2004 betrug 322 T€, das voraussichtliche IST 2005 wird sich auf 342 T€ belaufen.

Im Entwurf für 2006 ist das SOLL mit 346,4 T€ veranschlagt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	04
Seite:	87 / 88
Kapitel:	04 07
Titel:	Titelgruppe 63
Zweckbestimmung:	Durchführung der Abschiebungshaft
Ansatz:	576 000
Frage:	Wie erklärt sich die Reduzierung des HH-Ansatzes in dieser Titelgruppe?

Antwort der Landesregierung:

Die Ansätze der Titelgruppe wurden bereits über den Nachtrag 2005 an den Ist-Bedarf angepasst.

Da auch in 2006 mit einem Bedarf in gleicher Höhe gerechnet werden kann, wurden die Ansätze entsprechend reduziert.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	04
Seite:	115
Kapitel:	04 10
Titel:	541 01
Zweckbestimmung:	Verkehrserziehung
Ansatz:	10.000
Frage:	Wie wird die Verkehrserziehung zukünftig konzipiert und welche bisher erbrachten Leistungen fallen weg? Über welchen Titel wird der „Verkehrskasper“ finanziert?

Antwort der Landesregierung:

Für das Konzept der Verkehrserziehung der Landespolizei sind keine Änderungen geplant. In Folge dessen sind keine Leistungsreduzierungen vorgesehen.

Die Finanzierung erfolgt aus dem oben genannten Titel. Der Ansatz wurde an die Entwicklung der Ist-Ausgaben der Vorjahre angepasst.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	04
Seite:	116
Kapitel:	04 10
Titel:	632 04
Zweckbestimmung:	Anteil an den Kosten von Bund-Länder-Programmen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung
Ansatz:	40.000
Frage:	In welcher Hinsicht werden die Maßnahmen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung reduziert? Wie erklärt sich die Verringerung des Haushaltsansatzes?

Antwort der Landesregierung:

Es ist nicht vorgesehen, die Maßnahmen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung zu reduzieren

Ursächlich für die Verringerung des Haushaltsansatzes ist der gegenüber dem Vorjahr geringe Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten des Bund-Länderprogrammes.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	04
Seite:	116
Kapitel:	04 10
Titel:	632 05
Zweckbestimmung:	Kosten der Unterbringung ausländischer Polizeieinheiten aus Anlass internationaler Veranstaltungen
Ansatz:	25 000
Frage:	Welche Polizeieinheiten aus welchen Ländern werden erwartet? Auf welcher Grundlage ergibt sich eine Kostentragungspflicht Schleswig-Holsteins?

Antwort der Landesregierung:

In der 201. Sitzung des Arbeitskreises II "Innere Sicherheit" der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (AK II) am 14. März 2005 in Selm hat sich der AK II unter anderem über die Sicherheit während der WM 2006 befasst.

Der AK II hat die Entscheidung getroffen, der Innenministerkonferenz (IMK) vorzuschlagen, auf der Grundlage des "Sicherheitskonzeptes WM 2006" die Kosten für die Unterbringung und Ausstattung ausländischer Unterstützungskräfte durch alle Bundesländer gemeinsam zu tragen. Die Kostenanteile der einzelnen Länder berechnen sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

Ausländische Einsatzkräfte werden aus den Ländern erwartet, die sich auch für eine Teilnahme an der WM qualifiziert haben. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Qualifikation der Mannschaften für eine Teilnahme an der WM noch nicht abgeschlossen. Derzeit ist es daher noch nicht möglich, eine Aussage darüber zu treffen aus welchen Staaten ausländische Einsatzkräfte in der Bundesrepublik erwartet werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	04
Seite:	117
Kapitel:	04 10
Titel:	633 01
Zweckbestimmung:	Zuweisung von Verwaltungsausgaben an Kreise für die Überwachung des fließenden Verkehrs
Ansatz:	2 150 000
Frage:	Welches neue Projekt wird mit dem Kreis Pinneberg durchgeführt?

Antwort der Landesregierung:

Mit dem Kreis Pinneberg wird seit dem 1. Juli 2005 ein gemeinsames Geschwindigkeitsüberwachungsprojekt durchgeführt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	04
Seite:	121
Kapitel:	04 10
Titel:	812 02
Zweckbestimmung:	Erwerb von fernmeldetechnischen Geräten und Anlagen
Ansatz:	1 670 000
Frage:	Wie begründet sich die Notwendigkeit von weiteren Investitionen in die Analogfunktechnik angesichts der Einführung des Digitalfunks ab 2007?

Antwort der Landesregierung:

Die geplante Einführung des Digitalfunks führte in den letzten Jahren dazu, dass Investitionen in die Analogfunktechnik nach Möglichkeit nicht getätigt wurden. Die vorhandene Funktechnik veraltet dadurch. Dieser Zustand verstärkt sich noch durch die zeitliche Verzögerung der Einführung des Digitalfunks. Teilweise ist die überalterte Technik störanfällig und unzuverlässig geworden, so dass es für eine Aufrechterhaltung des Funkbetriebs der Landespolizei erforderlich ist, anfällige Funkgeräte zu erneuern und nicht mehr nutzbare Leitstellentechnik instand zu setzen.

Aus diesem Grunde muss auch weiterhin auf den gesicherten Betrieb der analogen Sprechfunkgeräte gesetzt werden, bis sowohl der Systemstart als auch die Migrationsphase abgeschlossen sind. Es besteht weiterhin die Notwendigkeit, die bisherige Gerätegeneration weiter zu betreiben, bis der digitale Funk sicher zur Verfügung steht.

Ein Ansatz von ca. 450.000 € ist vorgesehen für die Verwendung von Kommunikationssondertechnik der Polizei, - hier insbesondere bei der Wasserschutzpolizei - und ist nicht dem Analogfunk zuzuordnen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	04
Seite:	124
Kapitel:	04 10
Titel:	526 63 535 63 634 63
Zweckbestimmung:	<ul style="list-style-type: none">• Kosten für externe Beratung• Anteilige Kosten des Landes am bundesweiten Projekt Digitalfunk• .Erstattungen an den Bund
Ansatz:	65 000 300 000 100 000
Frage:	Welche Ausgaben werden von diesen Titeln bestritten?

Antwort der Landesregierung:

Titel 526 63: Der Titelansatz ist vorgesehen für die externe Beratung und Planung, insbesondere auch für die Bauplanung -projektierung und -ausführung (Architektenleistungen).

Titel 535 63: Der Titelansatz ist notwendig für die finanzielle Beteiligung des Landes an den anfallenden Kosten für die Planung und Realisierung des Projekts Digitalfunk auf Bundesebene.

Titel 634 63: Der Titelansatz ist notwendig für die Kostenbeteiligung Schleswig-Holsteins an der vorgesehenen Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) gemäß dem im parlamentarischen Verfahren befindlichen BDBOS-Gesetz. Die BDBOS soll als Anstalt öffentlichen Rechts gegründet werden und mit dem Aufbau und den Betrieb des Digitalfunks nach Maßgabe eines noch abzuschließenden Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund und den Ländern betraut werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	05
Seite:	71
Kapitel:	Abschluss Einnahmen und Ausgaben
Titel:	---
Zweckbestimmung:	Personalausgaben 41 – 49
Ansatz:	179.361,8 T Euro
Frage:	Warum steigen die Personalausgaben um 4.714,8 T Euro?

Antwort der Landesregierung:

Die Ansätze 2005 wurden aus der Rücklage aus 2004 in Höhe von 2.755,0 T € verstärkt. Die Anpassung der Ansätze erfolgt in 2006.

Für die neue Abteilung VI 5 incl. Staatssekretär (VI St V) –
Verwaltungsmodernisierung – beträgt der Mehrbedarf an
Personalkosten in 2006 701,2 T €

In 2006 beenden 59 Finanzanwärter (g. D.) und 80 Steueranwärter (m. D.) die
Ausbildung. Für die Übernahme der geprüften Nachwuchskräfte ist ein
Teilbetrag von 1.258,6 T €
enthalten.

Insgesamt 4.714,8 T €

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	05
Seite:	71
Kapitel:	Abschluss Einnahmen und Ausgaben
Titel:	---
Zweckbestimmung:	Sächliche Verwaltungsausgaben 51 – 55
Ansatz:	30.743,3 T Euro
Frage:	Warum steigen die Verwaltungsausgaben um 5.053,7 T Euro?

Antwort der Landesregierung:

Im Haushalt 2004/2005 wurden die Bewirtschaftungskosten für von der GMSH bewirtschaftete Grundstücke zentral im Epl. 11 (1111 – 517 01) veranschlagt und im Vollzug auf die Ressorts umgesetzt. Ab dem Haushalt 2006 werden diese Mittel wieder in den Einzelplänen der Ressorts veranschlagt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	05
Seite:	17
Kapitel:	0501
Titel:	526 99 011
Zweckbestimmung:	Kosten für Sachverständige, etc.
Ansatz:	20 T Euro
Frage:	Was ist die Begründung für diesen Titel? Welche Summe wird insgesamt im EP 05 für Gutachten etc. veranschlagt? Wie verändert sich die Summe im Vergleich zu 2005?

Antwort der Landesregierung:

Im Haushalt 2005 wurden für den Epl. 05 insgesamt 200,0 T€ zentral bei Titel 1107 – 526 17 MG 05 veranschlagt. Ab dem Haushalt 2006 werden diese Mittel wieder im Ressorthaushalt veranschlagt. Insgesamt belaufen sie sich im Haushalt 2006 auf 322,7 T€.

Da der Epl. 05 zum Haushalt 2006 umstrukturiert wurde und sich nunmehr nach Aufgabenbereichen gliedert, wurde die Umsetzung des zentralen Ansatzes aus dem Kapitel 1107 hauptsächlich nach Titel 0506 – 526 99 vorgenommen. Gleichzeitig wurde für mit der Umstrukturierung im Zusammenhang stehende Unwägbarkeiten ein Teilbetrag im Kapitel Allgemeine Angelegenheiten und im Kapitel Steuerwesen zurückbehalten.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	05
Seite:	24
Kapitel:	0502
Titel:	111 01 062
Zweckbestimmung:	Gebühren
Ansatz:	150 T Euro
Frage:	Warum schwanken die Einnahmen so drastisch? Gibt es eine sachliche Veränderung gegenüber 2005?

Antwort der Landesregierung:

Die Mahngebühren wurden bis zur Aufstellung des Haushalts 2005 der Hauptforderung zugeschlagen. Seitdem werden diese Gebühren bei dem o.g. Titel vereinnahmt. So beläuft sich bereits das IST 2004 auf eine Gesamthöhe von 186,4 T€ Bereits im Nachtrag 2005 wurde eine Anpassung des Soll's auf 150,0 T€ vorgenommen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	05
Seite:	53
Kapitel:	0506
Titel:	121 03 853
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus noch nicht gebundenen Überschüssen der IB
Ansatz:	500 T Euro
Frage:	Wo waren bisher entsprechende Überschüsse veranschlagt? Wofür wurden Sie in 2004 und 2005 verwendet? Wo sind gebundene Überschüsse veranschlagt?

Antwort der Landesregierung:

Die Überschüsse waren bisher bei Titel 0501 – 121 03 veranschlagt.
In den Haushaltsjahren 2004 und 2005 wurden keine Gewinnausschüttungen vorgenommen.
Gebundene Überschüsse werden nicht ausgeschüttet und damit auch nicht im Haushalt veranschlagt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	05
Seite:	57
Kapitel:	0506
Titel:	526 99 011
Zweckbestimmung:	Kosten für Sachverständige, etc.
Ansatz:	300 T Euro
Frage:	Welchen genauen Zweck soll das Gutachten zur Weiterentwicklung der Strukturen des Finanzplatzes SH haben? Warum finanziert das Land ein solches Gutachten? Wie teuer soll das Gutachten insgesamt werden?

Antwort der Landesregierung:

Eine gutachterliche Beratung ist im Zusammenhang mit der Begleitung der HSH Nordbank AG zur Weiterentwicklung der Kapitalmarktfähigkeit im Zusammenspiel mit der Entwicklung des Sparkassensektors in Schleswig-Holstein notwendig. Eine konkrete Beauftragung ist bislang nicht erfolgt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	189
Kapitel:	Abschluss Einnahmen und Ausgaben
Titel:	---
Zweckbestimmung:	Personalausgaben 41 – 49
Ansatz:	39.549,9 T Euro
Frage:	Warum steigen die Personalausgaben um 3.538,9 T Euro? Welcher Teil des Personalausgabenanstiegs ist nicht auf die Umressortierung zurückzuführen?

Antwort der Landesregierung:

Kapitel	Mehrbetrag in T€	Erläuterung
0601	+ 2.069,7	Es handelt sich nicht um einen Personalkostenanstieg, sondern um Mittelübertragungen (aus dem MBF - Kap. 0701 bzw. ins MJAE - Kap. 0901) im Zusammenhang mit der Regierungsneubildung.
0620	+ 233,8	Der Mehrbetrag ergibt sich aus Umschichtungen innerhalb der Titelgruppen. Ein Mehrbedarf ist hierdurch nicht erforderlich geworden.
0621	+ 135,0	Im Rahmen der Gemeinschaftsfinanzierung mit dem Bund beschlossen. Den 100,0 T€ Mehrausgaben stehen Einnahmesteigerungen in gleicher Höhe entgegen.
0622	+ 1.100,4	siehe auch gesonderte Frage
0623	0,0	
Gesamt:	+ 3.538,9	

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	Diverse
Kapitel:	Diverse
Titel:	---
Zweckbestimmung:	---
Ansatz:	
Frage:	Wie hoch ist die Summe der Maßnahmen die in den SH Fonds „verschoben“ werden (siehe z.B. Titel 0604 894 01 711)?

Antwort der Landesregierung:

s. anliegende Liste (Anlage 1)

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	10
Kapitel:	0601
Titel:	122 01 632
Zweckbestimmung:	Feldes- und Förderabgabe für Erdöl
Ansatz:	75.000 T Euro
Frage:	Liegt die Steigerung ausschließlich in der erhöhten Fördermenge begründet oder gibt es weitere Gründe? Welcher Anteil an den Einnahmen verbleibt nach dem Länderfinanzausgleich beim Land SH? Wann muss der entsprechende Anteil an den Einnahmen abgegeben werden? Wo ist dies im Haushalt veranschlagt?

Antwort der Landesregierung:

Die Fördermenge wird voraussichtlich aufgrund der Fertigstellung der Pipeline zwischen der Förderstation Mittelplate und dem Festland um 350.000 t pro Jahr ansteigen. Hinzu kommt der hohe Erdölpreis.

Zurzeit gehen von Mehreinnahmen bei Feldes- und Förderabgabe für Erdöl rund 90 v. H. durch Mindereinnahmen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs verloren. Dieser Prozentsatz ist abhängig von der tatsächlichen Finanzkraft des Landes im jeweiligen Abrechnungsjahr. Die Abrechnung des Länderfinanzausgleiches erfolgt im laufenden Abrechnungsjahr jeweils nach einem Quartal. Die Mindereinnahmen entstehen also nach dem abgelaufenen Quartal, in dem entsprechende Mehreinnahmen verbucht werden. Die Mehreinnahmen führen zu Mindereinnahmen bei den Ausgleichszuweisungen der Länder (Titel 1102 – 212 01) und den Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen (Titel 1102 – 211 01).

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	15
Kapitel:	0601
Titel:	511 01 011
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf
Ansatz:	220,1 T Euro
Frage:	Warum steigen die Ausgaben trotz der Ankündigung Sachkosten einzusparen?

Antwort der Landesregierung:

Der bisherige Ansatz reicht bei weitem nicht aus, die mittlerweile auf ca. 340 Mitarbeiter angewachsene Dienststelle mit dem zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes notwendigen Bürobedarf zu versorgen. Der neue Ansatz ist gebildet worden aus einer Mittelung der Ist-Zahlen. Ein Teil des Ansatzes wurde aus Mitteln des Epl. 07 umgeschichtet aufgrund der Umsetzung von Mitarbeitern.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	15
Kapitel:	0601
Titel:	51791 011
Zweckbestimmung:	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH
Ansatz:	490,7 T €
Frage:	Warum steigt der Ansatz auf 490,7 T € nach einem Soll von 2005 von nur 39,0 T €?

Antwort der Landesregierung:

Die Bewirtschaftungskosten für 2005 betragen 429,6 T€ (nicht 39.T€). Bei den 39 T€ handelt es sich lediglich um die Nebenkosten; die Bewirtschaftungskosten sind zentral vom Finanzministerium in den laufenden Haushalt eingestellt worden. Die Steigerung entspricht nach Absprache mit der GMSH insbesondere mit Blick auf die Energiekosten 5%.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	17
Kapitel:	0601
Titel:	526 06 011
Zweckbestimmung:	Kosten für VIKING
Ansatz:	400 T Euro
Frage:	Was bedeutet VIKING? Bitte das Projekt und den Nutzen für Schleswig-Holstein erläutern? Warum wurde der Ansatz um 150,0 erhöht?

Antwort der Landesregierung:

VIKING ist ein euroregionales Projekt das im Rahmen des Programms zum Trans-European Network for Transport (TEN-T) von der Europäischen Union gefördert wird. Die Leitung des VIKING-Gesamtprojekts liegt in Schweden. Neben Schweden sind an dem Projekt Dänemark, Finnland und Norwegen sowie die Bundesländer Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein beteiligt.

Für das VIKING-Projekt besteht die Zielsetzung in der Einführung von Telematik-Systemen (sog. intelligente Verkehrssysteme) zur Erhöhung der Effizienz vorhandener Verkehrsinfrastruktur. Die euroregionale Zusammenarbeit soll dabei eine grenzüberschreitende Nutzung und eine hohe Qualität der Telematik-Dienste sicherstellen. Konkret geht es um die Erhöhung der Verkehrssicherheit, Verringerung von Staus, mögliche Vermeidung von Leer- und Suchfahrten, Verringerung verkehrsbedingter Umweltbelastungen sowie Nutzung der Vorteile, die sich aus der Verknüpfung und Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger ergeben. Ein weiterer Schwerpunkt bilden Verkehrsinformationsdienst und verkehrsträger übergreifendes Verkehrsmanagement dar.

Die VIKING-Projekte werden im Wesentlichen auf zwei Ebenen durchgeführt. Zum einen gibt es die nationalen Studien, die in einem VIKING-Staat durchgeführt

werden. Bei diesen nationalen Projekten findet Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Ländern mit dem Ziel statt, gegenseitig Empfehlungen zu geben und von Erfahrungen der anderen VIKING-Partner zu profitieren und somit zur Harmonisierung des Telematik-Einsatzes beizutragen. Auf der anderen Ebene wird die Implementierung von Telematik-Systemen gefördert.

Innerhalb des VIKING-Gesamtprojekts werden die Telematik-Projekte den folgenden Themenbereichen zugeordnet:

- Verkehrsdatenerfassung
- Informationsnetzwerke
- Verkehrsmanagement
- Verkehrsinformations- und Mobilitäts-Management
- Gebühreneinzugssysteme

Der Nutzen für das Land liegt in der nationalen und internationalen Zusammenarbeit begründet. Die von Schleswig-Holstein bearbeiteten Projekte erfahren eine Förderung aus Mitteln der EU. Die Projekte sind Vorhaben die unabhängig von einer Darstellung in einem EU-Programm erforderlich wären um die Verkehrsabläufe zu verbessern. Ohne die EU-Förderung müssten größere Anteile an Bundes- und Landesmitteln aufgewendet werden. Die veranschlagten Mittel bei Titel 526 06 entsprechen den erwarteten Einnahmen (Zuweisung von Fördermitteln) bei Titel 272 01. Die Ansatzserhöhung erklärt sich aufgrund höherer erwarteter Fördermittel in 2006.

Das erste „mehrjährige indikative Programm“ (MIP) hatte eine Laufzeit von 1996 bis 2000. Z.Z. läuft das MIP 2001 bis 2006.

Die Veranschlagung entspricht der erwarteten Höhe der Einnahmen bei Kapitel 0601 Titel 272 01, d.h. der Zuwendungen der EU im Rahmen des euroregionalen Projektes VIKING. Die auf das Land entfallenden Einnahmen und Ausgaben dieses Projektes wiederum werden in jährlichen Arbeitsplänen zur Realisierung von Studien und Implementationen von „Intelligenten Transport-Systemen“ im Rahmen des bereitgestellten Budgets der EU und des möglichen Landesanteils veranschlagt und von der EU genehmigt. Die Mittel sind als übertragbar auszuweisen, da das Haushaltsjahr für die Projekte jeweils bis zum 31.03. des Folgejahrs (hier 2007) laufen.

Projektbeispiele:

- Freigabe der Seitenstreifen A7
- Strecken (A7, A23, A261) und Netz beeinflussungsanlagen (A7, A1, A21, B205)
- Betriebsdienst- und Verkehrsrechnerzentrale
- Erneuerung des Dauerzählstellennetzes
- Internetportal www.strasse-sh.de; www.verkehrsinfo-nord.de
- KiTel, Verkehrsmanagementsystem Kiel

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	18
Kapitel:	0601
Titel:	531 02 011
Zweckbestimmung:	Öffentlichkeitsarbeit.
Ansatz:	67,7 T Euro
Frage:	Warum steigen die Ausgaben?

Antwort der Landesregierung:

Aufgrund der Umorganisation der Landesregierung sind für den Wissenschaftsbereich aus dem Epl. 07 Mittel umgeschichtet worden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	18
Kapitel:	0601
Titel:	533 07 011
Zweckbestimmung:	Beiträge zur Kinderbetreuung
Ansatz:	22,5 T Euro
Frage:	Bitte das Konzept der Back-up Einrichtung erläutern? Wann wurde diese Einrichtung auf wessen Beschluss eingeführt? Wer profitiert von den Ausgaben?

Antwort der Landesregierung:

Die Landesregierung Schleswig-Holstein bietet im Rahmen eines Pilotprojektes zunächst nur den Beschäftigten der Landesministerien, der Staatskanzlei und des Landtages für **unvorhergesehenen** Betreuungsbedarf (=back-up Plätze) die Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsplätzen in begrenzter Zahl an.

Träger dieser Einrichtung ist der Familienservice des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, der in Zusammenarbeit mit der pme Familien-Service GmbH eine betriebliche Kinderbetreuungseinrichtung für Unternehmen und Behörden in Kiel, Legienstraße 22, einrichtet.

Derartige Einrichtungen werden bereits u. a. in Hamburg, Frankfurt, Berlin und München mit Erfolg betrieben.

An dem Projekt in Kiel beteiligen sich mit der HSH Nordbank, den Provinzial Versicherungen Nord, dem NDR, der T-Com und der KVP Pharma und Veterinär Produkte bereits fünf renommierte Institutionen aus Kiel.

Aufgrund der positiven Erfahrungen aus Hamburg ist die HSH Nordbank der Initiator dieses Projektes und leistet die Anschubfinanzierung. Sie beansprucht sowohl back-up Tage als auch feste (regelmäßige) Kinderbetreuungsplätze. Alle übrigen Institutionen beteiligen sich mit der Inanspruchnahme von back-up Betreuungsplätzen.

Ziel einer Notfallbetreuung mit back-up Plätzen ist es, außergewöhnliche
Betreuungsbedarfe abzudecken, um Firmen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zufrieden stellend zu ermöglichen. Die
Betreuung erfolgt bedarfsorientiert und wird durch geschultes Personal gewährleistet.

Die back-up Einrichtung steht Kindern im Alter von 0 Monaten bis 13 Jahren zur
Verfügung und kann grundsätzlich rund um die Uhr genutzt werden, wobei sich die
tatsächlichen Öffnungszeiten an dem Kindeswohl und dem Bedarf der Eltern
orientiert. Die Kinder werden während ihrer Betreuungszeit gepflegt und sind von der
pme Familien-Service GmbH unfallversichert und haftpflichtversichert.

Die Landesregierung setzt hiermit ein familienpolitisches Signal zur Unterstützung
der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und fördert gleichzeitig die Gleichstellung von
Frauen bei der Vereinbarung von Familie und Beruf.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	20
Kapitel:	01
Titel:	971 01 und 972 02
Zweckbestimmung:	Umschichtung von Bindungen zur Vermeidung von Ausgaberesten/ Globale Minderausgabe?
Ansatz:	6.900,0 / -6.900,0
Frage:	Wozu dienen diese beiden Titel? Stehen diese beiden Titel in einem Zusammenhang? Auf welche anderen Maßnahmen haben diese Titel möglicherweise Auswirkungen? Warum werden überhaupt GMA angesetzt, laut Finanzminister sollten der Transparenz wegen nicht auftauchen?

Antwort der Landesregierung:

Der Titel 0601-971 01 dient zum Abbau von Ausgaberesten. Durch die dort ausgebrachte VE können Bindungen auf das Folgejahr umgeschichtet werden. Dort steht dafür eine globale Mehrausgabe zur Verfügung. Die frei werdenden Bindungen aus dem laufenden Haushaltsjahr werden für die globale MA genutzt. Insofern stehen die Titel in einem Zusammenhang. Die Titel können sich auf alle anderen Titel des Epl. auswirken. Zur näheren Erläuterung verweise ich auf Umdruck 14/1297.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	21
Kapitel:	0601
Titel:	671 02 011
Zweckbestimmung:	Erstattung von Kosten für die Verwaltung von Förderprogrammen
Ansatz:	1.882,7 T Euro
Frage:	Warum steigen die Kosten?

Antwort der Landesregierung:

Der im Jahr 2000 abgeschlossene Vertrag mit der Investitionsbank für die Abwicklung des Regionalprogramm 2000 wurde überarbeitet und den aktuellen Anforderungen angepasst. Aufgrund des neuen Aufgabenübertragungs- und Förderdatenbankvertrages sind Mehrkosten entstanden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	22
Kapitel:	0601
Titel:	686 05 011
Zweckbestimmung:	Beiträge an Vereine und Gesellschaften
Ansatz:	61,4 T Euro
Frage:	Warum steigen die Ausgaben? Welche genauen Posten erhöhen sich oder sind neue Mitgliedschaften hinzugekommen? Was verbirgt sich hinter der Position 14 „Sonstiges“?

Antwort der Landesregierung:

Gegenüber dem ursprünglichen Landeshaushalt 2005 erhöht sich der Ansatz um 8.200,0 Euro.

Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen durch die Fortführung (...über das Jahr 2004 hinaus mit 100% für 2005 und 50% für 2006) der Förderung für den Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs. Dieser betreibt das Short Sea Shipping Promotion Center Deutschland mit dem Ziel der Werbung für eine verstärkte Nutzung der Küstenschifffahrt – siehe Ziffer 7 der Titelerläuterungen im Entwurf LH 2006 -. Der entsprechende Mehrbedarf für 2005 ist im Nachtrag in Höhe von 15.400,0 Euro enthalten -siehe Seite 63 des Nachtrags-. Für 2006 ist der Anteil in Höhe von 7.700,0 Euro vorgesehen. Die Maßnahme erfolgt in einer bestehenden Bund-Länder-Solidarität.

Darüber hinaus sind Beitragsanpassungen für den Deutschen Verkehrssicherheitsrat sowie für die Berufsbildungsstelle der Seeschifffahrt enthalten.

Die Position 14 (Sonstiges) sieht einen globalen Ansatz für unvorhergesehene Beitragsanpassungen etc. vor.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	34
Kapitel:	0602
Titel:	682 04 759
Zweckbestimmung:	An die Kieler Flughafen mbH
Ansatz:	900 T €
Frage:	Ist der Ansatz realistisch, wenn die Gebühren-Rabatte für Cimber Air bei 90% liegen und es keine Zusage gibt, dass Cimber auch den Winterflugplan 2005/2006 fliegt?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz ist realistisch, da der Wirtschaftsplan der Kieler Flughafen Gesellschaft auf der Basis der o. a. Rabatte basiert. Gegenwärtig gibt es keine Anzeichen, dass Cimber den Winterflugplan 2005/2006 nicht fliegen wird.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	36
Kapitel:	0602
Titel:	892 05 634
Zweckbestimmung:	Wettbewerbshilfen
Ansatz:	7.5 Mio €
Frage:	Reichen diese Mittel zur Abdeckung der Wettbewerbshilfen für alle Schiffsbauaufträge aller Werften in S-H? Hinweis: Am 6.8.05 sagte der MP während der Flaggenübergabe eines Seychellen-Tankers der GF der Lindenau Werft eine Landesförderung in Höhe von 8 Mio € zu.

Antwort der Landesregierung:

Ja. Die Landesregierung hat zusätzliche Bundesmittel akquiriert und erreicht damit als einziges Küstenland nahezu eine Vollförderung der Aufträge der Werften in 2005 mit Wettbewerbshilfemitteln.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	38
Kapitel:	0602
Titel:	685 05
Zweckbestimmung:	Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation
Ansatz:	1.790,0 T Euro
Frage:	Warum wird der Titel erhöht? Welche zusätzlichen Maßnahmen sind geplant? Beteiligen sich weitere Akteure (IHKen, Kommunen, etc.) an dem Programm?

Antwort der Landesregierung:

Die Erhöhung ist auf die zukünftige Förderung der Ausbildungsplatzakquisiteure aus diesem Titel zurückzuführen. Die Förderung der seit 2003 im Rahmen des „Sofortprogramms für mehr Ausbildung und Qualifizierung“ tätigen Akquisiteure bei Kammern und anderen Trägern wird fortgesetzt. Gefördert werden die Personalkosten. Die Sachkosten, insb. Fahrkosten, sind von den Trägern aufzubringen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	40
Kapitel:	0602
Titel:	686 23 252
Zweckbestimmung:	Förderung von Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation in S-H...
Ansatz:	1.020,0 T €
Frage:	Wird das Projekt der Türkischen Gemeinde „Ausbildung und Integration von Migranten mit beiden Säulen weiter gefördert?

Antwort der Landesregierung:

Das Projekt wird in der neuen Förderperiode ab 01. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2005 unverändert mit beiden Säulen gefördert.

In der Zeit vom 01. Januar bis 31. Mai 2006 wird die Förderung auf die Beratungsbüros in Lübeck und Elmshorn konzentriert, die Projektleitung in Kiel entfällt.

Derzeit wird die Fortsetzung der Ausbildungsplatzakquisition (bisher bei der Projektleitung in Kiel angesiedelt) mit einem anderen Träger geprüft.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	43
Kapitel:	0602
Titel:	546 01 649
Zweckbestimmung:	Standortmarketing- und Imagekampagne
Ansatz:	0 T Euro
Frage:	Warum wird die Kampagne eingestellt?

Antwort der Landesregierung:

Das Standortmarketing wird nicht eingestellt sondern fortgeführt. Mittel hierfür sind im Schleswig-Holstein-Fonds im Rahmen der Maßnahme 1.5 „Pakt für den Mittelstand“ vorgesehen (2005: 90 T €, 2006 ff.: 450 T € p.a.). Ob das Standortmarketing in Form einer Kampagne oder in veränderter Form weitergeführt wird, wird im Herbst 2005 entschieden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	43
Kapitel:	0602
Titel:	682 01 691
Zweckbestimmung:	WTSH
Ansatz:	2.645,0 T Euro
Frage:	Wie hoch sind die Mittel für die Technologieförderung? Warum wird der Ansatz erhöht? Welche zusätzlichen Aufgaben soll die WTSH übernehmen?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich ausschließlich um Mittel für die institutionelle Förderung der WTSH. Im Jahr 2004 sind die frühere Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH) und die Technologie Transfer Zentrale Schleswig-Holstein GmbH (ttz SH) zur Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH zusammengeführt worden. Daher werden die institutionellen Zuwendungen beider Gesellschaften ab 2005 ebenfalls zusammengeführt (Ansatz 2005 WSH lt. Haushalt: 1.770 T€; Ansatz 2005 ttz lt. Haushalt: 950 T€). Hierfür wurde der bereits zuvor für die WSH verwendete Titel 0602 682 01 gewählt. Der jetzige Ansatz bedeutet zugleich eine gewisse Reduzierung gegenüber der Summe der vorherigen Ansätze, hier spiegelt sich die Erwartung wider, dass die Zusammenführung auch zur Hebung monetärer Synergieeffekte führt. Eine gewisse Kompensation hat die WTSH durch eine um rd. 26 T€ höhere institutionelle Zuwendung seitens der die Gesellschaft mitfinanzierenden Industrie- und Handelskammern erfahren.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	46
Kapitel:	0602
Titel:	683 04 169
Zweckbestimmung:	Projektförderung an Private
Ansatz:	1.213,9 T Euro
Frage:	Warum sinkt der Ansatz? Auf welche Projekte muss in 2006 verzichtet werden?

Antwort der Landesregierung:

In den vergangenen Jahren mussten Mittel aus diesem Titel im Rahmen der Deckungsfähigkeit zum Ausgleich des Titels 685 13 verwendet werden. Jetzt sind die Anmeldungen nach dem tatsächlichen Bedarfsverhältnis beider Titel umgewichtet worden. Auf konkrete Projekte muss hierdurch nicht verzichtet werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	47
Kapitel:	0602
Titel:	685 11 169
Zweckbestimmung:	Institutionelle Förderung öffentlicher Einrichtungen
Ansatz:	916,1 T Euro
Frage:	Warum sinkt der Ansatz? Auf welche Projekte muss in 2006 verzichtet werden?

Antwort der Landesregierung:

Die institutionelle Förderung für den Bereich ttz der WTSH i. H. v. rd. 900 T€ ist hier nicht mehr enthalten. Hinzugekommen ist die Förderung der Norgenta i. H. v. 400 T€. Des Weiteren wird die Fraunhofer-Gesellschaft mit 516 T€ gefördert. Gekürzt wurde nicht. Projekte werden aus diesem Titel nicht unterstützt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	48
Kapitel:	0602
Titel:	685 13 169
Zweckbestimmung:	Projektförderung öffentlicher Einrichtungen
Ansatz:	1.500 T Euro
Frage:	Warum steigt der Ansatz? Welche (neuen) Projekte sind geplant? Warum reduziert die Landesregierung die Förderung von Privaten und erhöht die von Öffentlichen?

Antwort der Landesregierung:

In der MG 07 wurde der Titel 685 13 in der Vergangenheit regelmäßig zu Lasten des Titels 683 04 ausgeglichen. Die Anmeldungen wurden somit dem tatsächlichen Bedarf angepasst. Über die Bezuschussung neuer Projekte wurden bisher keine Entscheidungen getroffen. Das bis 2008 laufende Projekt „EU-Verbindungsbüro für Forschung und Technologie Norddeutschland“ Innovation Relay Center –IRC- wird in 2006 mit 180.000 € gefördert.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	58
Kapitel:	0602
Titel:	883 02 692
Zweckbestimmung:	An Gemeinden für Infrastruktur
Ansatz:	36.542,5 T Euro
Frage:	Welche Maßnahmen sind geplant? Warum steigt der Ansatz? Besteht ein Zusammenhang mit Titel 894 03 692? Welcher?

Antwort der Landesregierung:

- Ansatzerhöhung aufgrund der veranschlagten EU-Mittel.
- Bei Titel 0602-883 02 Maßnahmegruppe (MG) 15 sind veranschlagt:
 - o EU-Mittel in Höhe von 34.565,5 T€
 - o Landesmittel aus veranschlagten Mitteln des Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP) in Höhe von 1.900,0 T€
 - o Landesmittel in Höhe von 77,0 T€ für die Projekte „Umbau der Jugendherberge in Friedrichstadt“ und „Instandsetzung des Börtebootanlegers im Dünenhafen von Helgoland / Mehrkosten“.
- Die Titel der MG 15 sind lt. Haushaltsvermerk gegenseitig deckungsfähig.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	63
Kapitel:	0602
Titel:	893 62 629
Zweckbestimmung:	Zuschüsse zu Energiesparinvestitionen
Ansatz:	0 T Euro
Frage:	Warum wird der Titel auf Null gesetzt, obwohl Energieeinsparinvestitionen angesichts der steigenden Preise hoch rentierlich sind? Hält die Landesregierung Energieeinsparinvestitionen nicht mehr für notwendig?

Antwort der Landesregierung:

Es entfallen keine konkreten Maßnahmen. Vielmehr war die Kürzung im Gesamtkontext bei einer entsprechenden Nachfrage möglich. Für neu angemeldete Maßnahmen ist beabsichtigt, den SH-Fonds in Anspruch zu nehmen. Mit „Sonstige“ sind alle die Förderempfänger gemeint, die nicht in den anderen Titeln dieser TG konkret benannt sind. Es handelt sich um eine haushaltssystematische, abstrakte Benennung. Die Titel sind miteinander deckungsfähig.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	75
Kapitel:	0603
Titel:	883 01 692
Zweckbestimmung:	Zuweisung an Gemeinden für Infrastrukturmaßnahmen
Ansatz:	8.921,4 T Euro
Frage:	Warum sinkt der Ansatz? Warum stimmt er nicht mit der Summe in den Erläuterungen überein?

Antwort der Landesregierung:

Die vorgenommene Ansatzkürzung ergibt sich im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit im Kapitel 0603 aus einer Betragsverlagerung zu Gunsten anderer Titel des Kap. 0603 (u. a. bei gewerblichen Investitionen) und durch die vom Bund vorgenommenen Mittelreduzierung, die die Haushaltsjahre 2005 ff. betrifft.

Der zu veranschlagende Betrag setzt sich zusammen aus dem Betrag der bis Ende 2004 bewilligten VE sowie den für 2005 eingeplanten neuen VE. Danach ergibt sich ein Mittelbedarf in Höhe von 10.421,4 T€ (s. Erläuterung). Der Ansatz in Höhe von 8.921,4 T€ deckt diesen Bedarf in Höhe von 1,5 Mio. € nicht ab.

Der Ausgleich wird durch einen zusätzlich veranschlagten VE-Betrag in Höhe von 1,5 Mio. € fällig 2008 erreicht. Angesichts der hohen Ausgabereise im Kap. 0603 wird damit gleichzeitig ein Beitrag zur Verbesserung des zeitnahen Mittelabflusses geleistet.

Der Bund hat für 2006 eine VE-Gegenfinanzierung für 2008 in Höhe von 3.576,5 T€ erteilt (s. S. 70), damit wäre ein VE-Rahmen von 7.153,0 T€ gegenfinanziert. Das Land hat tatsächlich im Kap. 0603 eine VE fällig 2008 in Höhe von 8.653,0 T€ veranschlagt. Mit dem gegenüber den 7.153,0 T€ ausgebrachten Betrag in Höhe von 1.500 T€ (reine Landesfinanzierung) wird zugleich die im Kapitelabschluss auf S. 77 dargestellte Unterdeckung des Landesanteiles (10.862,0 T€ Bundeseinnahme zu 9.362,0 T€ Landeszuschuss) im Vorgriff auf künftige Haushaltsjahre ausgeglichen. Die Erläuterungen im Kapitel 0603 werden bis zur Drucklegung entsprechend angepasst.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	76
Kapitel:	0603
Titel:	892 01 691
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen
Ansatz:	9.535,0 T €
Frage:	Welche Projekte, welche Branchen bekommen die Zuschüsse?

Antwort der Landesregierung:

Einzelangaben zu den geförderten Vorhaben können nicht gegeben werden, da die Förderung der gewerblichen Investitionsvorhaben aus wettbewerblichen Gründen dem Datenschutz unterliegt.

Der veranschlagte Betrag setzt sich zusammen aus dem Betrag der bis Ende 2004 bewilligten VE sowie der im Haushaltsjahr 2005 eingeplanten VE mit Fälligkeit in 2006 und betrifft 18 Einzelvorhaben. Diese Zahl wird sich durch weitere Bewilligungen in diesem Jahr erhöhen.

Schwerpunkte der Förderung liegen im Ernährungs- und Tourismusbereich.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	83
Kapitel:	0604
Titel:	685 01 711
Zweckbestimmung:	Betriebszuschuss Landesbetrieb
Ansatz:	58.822,8 T Euro
Frage:	Warum steigt der Zuschuss? Wo werden die angestrebten Effizienzgewinne durch die Umwandlung in einen Landesbetrieb veranschlagt?

Antwort der Landesregierung:

Aufgrund von Ertragsminderungen – insbesondere beim Beitrag des Bundes zu den Kosten der Entwurfsbearbeitung und Bauüberwachung für die Bundesfernstraßen – musste ein Finanzausgleich bei dem Betriebszuschuss (0604 685 01) geschaffen werden. Mit der Erhöhung des Betriebszuschusses können Mindereinnahmen und sonstige erhöhte Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2005 ausgeglichen werden.

Mit der Umwandlung der Straßenbau- und Verkehrsverwaltung in einen Landesbetrieb soll eine möglichst weitgehende Verselbständigung abgrenzbarer Verwaltungsleistungen und der ihnen zuzuordnenden Kosten erreicht werden. Dazu soll Verantwortung in noch stärkerem Maße auf die Stellen delegiert werden, die eine Verwaltungsleistung erbringen und Einfluss auf die Art der Erbringung haben (Verwirklichung des Prinzips der Bündelung von Aufgabe, Kompetenz und Verantwortung = AKV-Prinzip).

Hierdurch werden mittelfristig Einsparungen i.H.v. 2.100 T€ realisiert. Dieses Einsparpotential wird durch Fortschreibung des aktuellen Personalkostenbudgets der Verwaltung bis 2008 und Kürzungen bei den Sachausgaben erwirtschaftet.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	108
Kapitel:	0607
Titel:	682 01 741
Zweckbestimmung:	Betriebszuschüsse an die AKN
Ansatz:	19.355,0 T €
Frage:	Warum steigt der Verlustausgleich gegenüber den Vorjahren so stark an ?

Antwort der Landesregierung:

Bei Aufstellung des Haushalts 2004/05 war davon ausgegangen worden, dass mit der AKN ein Verkehrsvertrag für die Bedienung auf ihren Stammstrecken im Schienenpersonennahverkehr geschlossen werden kann. Aus diesem Grunde wurde der überwiegende Teil des vom Land zu tragenden Anteils am Defizit der AKN unter Titel 0607-68212 ausgebracht. Lediglich für denjenigen Anteil am Defizit, der nicht über einen Verkehrsvertrag hätte abgewickelt werden können, war ein Betriebszuschuss über Titel 0607-68201 vorgesehen.

Der Verkehrsvertrag konnte bislang nicht abgeschlossen werden, da die beiden Hauptgesellschafter bislang kein Einvernehmen über eine etwaige Umstrukturierung des Unternehmens erzielen konnten. Aus diesem Grunde wurde im Haushaltsentwurf für 2006 wieder der gesamte auf das Land entfallende Anteil am Defizit der AKN unter Titel 0607-68201 ausgebracht.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	111
Kapitel:	0607
Titel:	682 12 741 und 683 01 741
Zweckbestimmung:	An öffentliche Verkehrsunter-nehmen für SPNV und an private Verkehrsunternehmen für SPNV
Ansatz:	109.388,2 T € und 37.134,2 T €
Frage:	Warum sinken die Mittelbereitstellungen in der Summe (öffentlich und privat) um 18.711 T € gegenüber dem Ansatz 2005 ?

Antwort der Landesregierung:

Bei Aufstellung des Haushalts 2004/05 war davon ausgegangen worden, dass mit der AKN ein Verkehrsvertrag für die Bedienung auf ihren Stammstrecken im Schienenpersonennahverkehr geschlossen werden kann. Aus diesem Grunde wurde der überwiegende Teil des vom Land zu tragenden Anteils am Defizit der AKN unter Titel 0607-68212 ausgebracht. Lediglich für denjenigen Anteil am Defizit, der nicht über einen Verkehrsvertrag hätte abgewickelt werden können, war ein Betriebszuschuss über Titel 0607-68201 vorgesehen. Der Verkehrsvertrag konnte bislang nicht abgeschlossen werden, da die beiden Hauptgesellschafter bislang kein Einvernehmen über eine etwaige Umstrukturierung des Unternehmens erzielen konnten. Aus diesem Grunde wurde im Haushaltsentwurf für 2006 wieder der gesamte auf das Land entfallende Anteil am Defizit der AKN unter Titel 0607-68201 ausgebracht.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	119/120
Kapitel:	20
Titel:	231 10 / 231 11 / 231 21
Zweckbestimmung:	Zuweisungen des Bundes und Dritter für die Beschaffung von Großgeräten / Zuweisungen des Bundes für die Uni Kiel
Ansatz:	0,0 / 0,0 / 0,0
Frage:	Warum sind die Ansätze auf Null gesenkt? Warum erfolgten hier bis 2005 6- bis 7-stellige Ansätze? Tauchen diese Titel an anderer Stelle wieder auf ?

Antwort der Landesregierung:

Die Abweichung gegenüber 2005 ergibt sich aus der Umstellung der Veranschlagung von Brutto- auf Nettoveranschlagung, da sich die Höhe des Bundeszuschusses erst im Laufe des HHJahres 2006 ergibt. Zurzeit steht die Höhe des Bundeszuschusses noch nicht fest.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	135
Kapitel:	20
Titel:	685 75
Zweckbestimmung:	Hochschulvereinbarung Schleswig-Holstein
Ansatz:	1.124,4
Frage:	Wie wurde dieser Ansatz kalkuliert?

Antwort der Landesregierung:

Die bei Titel 685 75 veranschlagten Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen im Bereich der Hochschulen wurden dem voraussichtlichen Bedarf angepasst. Aufgrund der allgemeinen Besoldungs- und Tarifentwicklung werden die bisher veranschlagten Mittel nicht in voller Höhe benötigt. Für das Jahr 2006 wird unterstellt, dass im Besoldungs- und Tarifbereich pauschal 300 € je Mitarbeiter bezahlt werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	161
Kapitel:	22
Titel:	422 01 / 425 01
Zweckbestimmung:	Bezüge /Vergütungen Beamte /Angestellte
Ansatz:	981,9 / 3.035,7
Frage:	Wie begründet sich die Steigerung der Personalkosten, die aus dem Stellenplan nicht ersichtlich ist?

Antwort der Landesregierung:

Veränderung der Veranschlagung bei den Beamtenbezügen und den Angestelltenvergütungen aufgrund einer Verlagerung von Haushaltsmitteln für Personal von der CAU Kiel an das IPN sowie Einrichtung neuer Stellen im Rahmen der Gemeinschaftsfinanzierung. Die Stellen werden mit der Nachschiebeliste in den Stellenplan aufgenommen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	06
Seite:	344 f
Kapitel:	0601
Titel:	Stellenplan
Zweckbestimmung:	
Ansatz:	
Frage:	Warum wird erst im Haushalt 2006 die Umsetzung der B 5 und der B 2 vorgenommen und nicht schon im Nachtrag 2005? Warum wird eine neue A 12 Stelle geschaffen?

Antwort der Landesregierung:

a.) Umsetzungen B 5 und B2:

Die Umsetzungen der Planstellen B 5 und B 2 sind bereits im Rahmen des Haushaltsvollzugs durch den Finanzminister per Umsetzungsverfügung vom 30.5. und 02.06.2005 gem. § 50 Abs. 1 LHO erfolgt. Die Stellenpläne werden in der Regel im Rahmen der Aufstellung eines neuen Haushalts (hier 2006) berichtigt.

b.) Neue A 12 Planstelle:

Im Rahmen der Änderung der Geschäftsverteilung wurden im Einzelplan 07 bei Titel 0701 - 422 01 drei Planstellen geteilt (1x zugunsten des Einzelplans 06 und 2x zugunsten des Einzelplans 03). Die Ausbringung erfolgte ebenfalls im Rahmen des Haushaltsvollzugs (wie unter a.) mit folgenden Fußnoten:

- Neue Fußnote bei 0701 – 422 01:
„1 Planstelle der BesGr. A 12 darf nur mit 50 v.H. der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (die andere Hälfte darf bei 0601 – 422 01 in Anspruch genommen werden)“
- Neue Fußnote bei 0601 – 422 01:
„1 Planstelle der BesGr. A 12 darf zusätzlich bei 0701 – 422 01 mit 50 v.H. der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden.“

Zur deutlicheren Darstellung in den Stellenplänen und zur Vereinfachung der Stellenbewirtschaftung im Haushalt 2006, beabsichtigt der Finanzminister im Einzelplan 06 eine neue Planstelle der BesGr. A12 mit dem Vermerk „darf nur zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden“ auszubringen, so dass sich nach Verabschiedung des Haushalts 2006 bei den o.a. Fußnoten zu BesGr. A 12 folgende Änderungen ergeben:

- bei 0701 entfällt der Klammerzusatz
- bei 0601 fällt die Fußnote weg.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	07
Seite:	25
Kapitel:	04
Titel:	671 02 / 684 01 / 684 02 / MG 01
Zweckbestimmung:	Sprachförderung und ähnliches
Ansatz:	0,0 / 200,0 / 0,0 / 3.000,0
Frage:	Bitte erläutern sie diese verschiedenen ähnlich lautenden Titel und grenzen sie sie von einander ab. Wie begründet sich der Ansatz der einzelnen Maßnahmen?

Antwort der Landesregierung:

zu Titel 671 02

Dies ist ein vorsorglich eingerichteter Leertitel für den Fall, dass die Vermittlung von Grundkompetenzen vor der Schule von Einrichtungen geleistet werden, deren Aufwand hierfür vom Land erstattet werden soll (Veranschlagungstechnik).

zu Titel 684 01

Diese Mittel dieser Ansätze dienen a) der Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher, b) der Unterstützung der Fachberatung der freien Träger und c) der Qualifizierung der Tagespflegepersonen.

Zur Verstärkung der Qualitätsentwicklung ist der Ansatz von 90 T€ um 110 T€ auf 200 T€ aufgestockt worden.

zu Titel 684 02

Dieser Titel war der Vorläufer des Titels 684 01 und ist weggefallen.

zur MG 01

Die vorschulische Sprachförderung soll 2006 mit 3 Mio. € und ab 2007 ff mit 6 Mio. € pro Jahr durchgeführt werden.

Hier sind sowohl die Kosten für Kinder in Tageseinrichtungen als auch die Kosten für Kinder ohne Kita-Besuch sowie für deutschsprachige und nichtdeutschsprachige Kinder veranschlagt. Es handelt sich um

Vertretungsmittel für Personalkosten von Fachkräften wie Sprachheilpädagogen, „Deutsch als Zweitsprache-Lehrkräften“ u.ä.,

Sachkosten wie Fahrtkosten und Dokumentationen und um

Zuschüsse für Träger von Kitas, die vorschulische Sprachförderung selbst organisieren und anbieten.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	07
Seite:	32
Kapitel:	Förderung der Gleichstellung
Titel:	684 04
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an Träger von Beratungsstellen „Frau und Beruf“
Ansatz:	750 000
Frage:	Wie ist die Kürzung begründet? Welche konzeptionellen Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Frauen werden vor dem Hintergrund des zukünftigen Wegfalls der EU-Förderung und der Einbindung in „Hartz-4-Maßnahmen“ ergriffen?

Antwort der Landesregierung:

1. Begründung der Kürzung

Durch Konzentration von 12 auf 10 Beratungsstellen können 120 T€ von den bisher veranschlagten 870 T€ eingespart werden. Die Einsparung kann im Rahmen der vorhandenen Angebote aufgefangen werden.

2. Konzeptionelle Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Frauen

Die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ bilden einen Teil des gesamten Spektrums von Maßnahmen, welche die Landesregierung ergreift, um arbeitssuchende und arbeitslose Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu gehört insbesondere auch die bereits beschlossene Förderung innovativer Projekte zur Integration von Frauen in den ersten Arbeitsmarkt aus dem Programm ASH 2000. Um die Chancen von Frauen bei der Umsetzung des SGB II noch darüber hinaus zu verbessern, arbeitet die Landesregierung gemeinsam mit den Trägern und den Beratungsstellen „Frau und Beruf“ daran, dass diese Einrichtungen

- in den Jobcentern ein spezifisches Beratungsangebot für Berufsrückkehrerinnen unterbreiten können
- für die Arbeitsgemeinschaften bzw. die Optionskommunen Vermittlungsleistungen erbringen
- im Rahmen von § 16 SGB II über Kinderbetreuungsmöglichkeiten in der Region beraten und auf dessen Weiterentwicklung hinwirken.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	07
Seite:	48
Kapitel:	10
Titel:	527 18
Zweckbestimmung:	Reisekosten für ... Schulausflüge
Ansatz:	648,9
Frage:	Warum sinkt dieser Ansatz um 15% ?

Antwort der Landesregierung:

Der Titel 0710 - 527 18 (MG 03) hat bei der Veranschlagung für 2006 wie bereits in den vergangenen Jahren zur Haushaltskonsolidierung beigetragen.
Die Ausgaben 2004 betragen 699,4 T€ und die Gesamtausgaben der deckungsfähigen Maßnahmegruppe 738,9 T€
In 2005 werden bei dem Titel zur Auflösung der globalen Minderausgaben über den Nachtragshaushalt 83,4 T€ gekürzt. Der Ansatz des Titels beträgt in 2005 noch 672,7 T€, die Maßnahmegruppe hat einen Umfang von 760,0 T€
Der Ansatz der Maßnahmegruppe für 2006 beträgt 736,2 T€ und spiegelt damit sowohl die Gesamtausgaben 2004 als auch in etwa den Ansatz gemäß Nachtragshaushalt 2005 wider.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	07
Seite:	51
Kapitel:	10
Titel:	671 11
Zweckbestimmung:	Erstattungen für erteilten Unterricht an G- u. H-schulen ...
Ansatz:	554,9
Frage:	Wie begründen sich die extremen Schwankungen des Titels von 2004 bis 2006 ?

Antwort der Landesregierung:

Grundsätzlich können die Ausgaben für Erstattungen innerhalb der Maßnahmegruppe 04 im Kapitel 0710 nicht isoliert betrachtet werden, da im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit auch die Mittel des Vertretungsfonds hier veranschlagt sind. Die jährlichen Ausgaben der einzelnen Schularten sind unter Berücksichtigung der Erforderlichkeiten Schwankungen unterworfen. Im Jahr 2004 überstieg die Ausgabe von 523,6 T€ unter Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit den Ansatz von 389,0 T€ um 134,6 T€.

Für 2006 wurden die Ansätze bei den Titeln 0710 - 671 11, 671 13, 671 14 und 671 15 (MG 04) um insgesamt 568,0 T€ für Erstattungen an die katholische Kirche (+350 T€) sowie die Nordelbische evangelisch-lutherische Kirche (+218 T€) für geleisteten Religionsunterricht erhöht. Hiervon entfallen 165,9 T€ auf den Titel 671 11.

Die bisherige vereinbarte Refinanzierungspauschale für die katholische Kirche soll auf 1.188.500 € angehoben werden, um die Erstattungsleistung des Landes dem tatsächlichen Bedarf für geleisteten Religionsunterricht (unter Berücksichtigung eines Eigenanteils der katholischen Kirche) anzunähern.

Der für 2006 angemeldeten Betrag in Höhe von 1.497.000 € (2005: 1.279.000 €) für die Nordelbische evangelisch-lutherische Kirche entspricht dem tatsächlichen Bedarf für Erstattungen für geleisteten Religionsunterricht.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	07
Seite:	52-56
Kapitel:	10
Titel:	MG 05, insb. 632 51
Zweckbestimmung:	KMK
Ansatz:	1.132,4 (davon 635,0 Sekretariat)
Frage:	Auch wenn die einzelnen neuen Programme sinnvoll sind und extra kosten, so ist die Höhe der festen Kosten für das Sekretariat nicht ersichtlich? Warum gelingt es nicht, die Grundkosten der KMK (Sekretariat) zu senken?

Antwort der Landesregierung:

Zum gegenwärtigen Stand der Haushaltsberatungen für das Sekretariat der KMK inklusive der gemeinsam finanzierten Einrichtungen beträgt der Zuschussbedarf für 2006 ca. 18,5 Mio. €. Gegenüber 2005 (ca. 19,3 Mio. €) reduziert sich der Zuschussbedarf also bereits um ca. 0,8 Mio. €. Hiervon entfallen ca. 0,6 Mio. € auf das Sekretariat und 0,2 Mio. € auf die gemeinsam finanzierten Einrichtungen. Die Grundkosten des Sekretariats werden gesenkt. Auf Schleswig-Holstein entfallen hiervon ca. 3,34 % (= ca. 27,0 T€).

Die Höhe der Veranschlagung der KMK-Ausgaben ist Veränderungen durch den Königsteiner Schlüssel unterworfen. Der Schlüssel für 2005, der maßgeblich ist für die Veranschlagung in diesem Jahr, ist gegenüber 2004 für Schleswig-Holstein um 0,08 % angestiegen, so dass ein Teil der Einsparungen verloren geht. Darüber hinaus wurde ein einmaliges deutsch-französisches Schulbuchprojekt i.H.v. ca. 15,0 T€ mitveranschlagt. Daher ist der Ansatz für das Sekretariat in 2006 fast gleich hoch wie 2005 (ohne Nachtragshaushalt).

Die zu leistenden Ausgaben für das Sekretariat hängen jedoch von den tatsächlichen Kosten ab, so dass es Verrechnungen mit den Zahlungen der Vorjahre bzw. Nachforderungen geben kann. Darüber hinaus kann es durch Beschlüsse im laufenden Jahr auch zu Veränderungen kommen. So werden die Ausgaben für das neugegründete IQB in 2005 zunächst aus dem Sekretariatstitel gezahlt. Die hierfür erforderlichen Umschichtungen werden über den Nachtragshaushalt vorgenommen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	07
Seite:	67
Kapitel:	10
Titel:	538 12
Zweckbestimmung:	Förderung außerunterrichtlicher Schulsport
Ansatz:	126,0
Frage:	Handelt es sich um ein neues Programm oder wurde diese Maßnahme bisher anders finanziert?

Antwort der Landesregierung:

Der Titel wurde neu eingerichtet, um die durch Gesetz über in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten garantierten Mittel für den außerunterrichtlichen Schulsport nachzuweisen und gegenüber den eigentlichen Landesmitteln abzugrenzen. Mit den Einnahmen aus den Konzessionsabgaben nach Lotteriegesetz (Titel 07 10 - 381 01) soll das Angebot im Bereich des außerunterrichtlichen Schulsports in Qualität und Quantität angehoben werden. Gedacht ist dabei insbesondere an folgende Maßnahmen:

- Lehrkräftefortbildung (z. B. in der Grundschule, wo nicht selten Sportunterricht fachfremd erteilt werden muss),
- zusätzliche Sportwettbewerbe (insbes. im Bereich Hauptschule und Sonderschule, die von den Kürzungsnotwendigkeiten in der Vergangenheit besonders betroffen waren)
- Unterstützung von Sport-AGen (beispielsweise durch Intensivierung des erfolgreichen Programms in der Zusammenarbeit von Schule und Verein)

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	07
Seite:	35
Kapitel:	10
Titel:	11902
Zweckbestimmung:	Rückzahlung überzahlter Beiträge aus Zuschüssen an Privatschulen
Ansatz:	250,-
Frage:	Werden Rückzahlungen erwartet? Von wem? Warum?

Antwort der Landesregierung:

Es werden Rückzahlungen von den Ersatzschulen in freier Trägerschaft erwartet. Aufgrund der endgültigen Abrechnung in 2006 für das Jahr 2005 wird von den Schulen, die zuviel Geld erhalten haben, die Rückzahlung überzahlter Zuschüsse angefordert.

Die endgültigen Schülerzahlen des Jahres 2005 der Ersatzschulen in freier Trägerschaft von Schulen, die nach dem Festbetrag bezuschusst werden, liegen erst Anfang 2006 vor, so dass dann abgerechnet werden kann.

Bei den Ersatzschulen in freier Trägerschaft, die nach dem Fehlbedarf bezuschusst werden, liegen ab Mai 2006 die endgültigen Verwendungsnachweise und Bilanzen vor und können erst dann abgerechnet werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	07
Seite:	79, 85, 90, 95, 101, 107
Kapitel:	11, 12, 13, 14, 15, 16
Titel:	422 01/422 02/422 03/425 01
Zweckbestimmung:	Bezüge Beamte, Vergütungen Angestellte
Ansatz:	
Frage:	Wie sind die starken Schwankungen gegenüber 2004 und 2005 begründet? Wieso finden diese keine Entsprechung im Stellenplan?

Antwort der Landesregierung:

Die Ausgaben der Hauptgruppe 4 der Kapitel 0711 - 0716 bilden das Lehrpersonalbudget. Für die Gesamtausgaben aller Lehrerplanstellen, die sämtlich besetzt werden sollen, steht das Lehrpersonalbudget zur Verfügung. Dieses Budget ist mit seinen Titeln untereinander deckungsfähig.

Für die Bemessung des Lehrpersonalbudgets ist auf die letzten verfügbaren Ist-Ausgaben abzustellen. Dies sind die Ausgaben des Jahres 2004. Das Lehrpersonalbudget wurde für 2006 auf 1.124.759,2 T€ berechnet. Gegenüber dem Jahr 2005 (1.116.539,2 T€) ist eine Steigerung um 8.220,0 T€ vorgesehen. In dem Aufwuchs enthalten sind u.a. die Ausfinanzierung von 200 neuen Stellen aus 2005 sowie die noch bessere Ausschöpfung von Vertretungsstellen bei Mutterschutz und Elternzeit.

Die Berechnung des Budgets ist ein Prozess, in dem laufend aktuelle Veränderungen und Zielrichtungen (z.B. mögliche neue Stellen, Tarifsteigerungen) einfließen. Die ursprüngliche Verteilung des Budgets auf die Einzeltitel der Kapitel 0711 - 0716 ging noch von einer anderen Budgetgröße aus. Die letzten maßgeblichen Veränderung wurden aus technischen Gründen ausschließlich im Kapitel 0711 vorgenommen, so dass hier eine Reduzierung und bei den übrigen Kapiteln eine Erhöhung ausgewiesen ist. Gleichwohl soll zur Nachschiebeliste die Verteilung auf die einzelnen Titel der Kapitel den jeweiligen voraussichtlichen Ausgaben angepasst werden.

Budgetrelevante Veränderungen mit Auswirkung auf den Stellenplan liegen nicht vor.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	07
Seite:	123
Kapitel:	17
Titel:	525 15/525 16/525 17/525 18/525 19/527 11/527 15/527 16/
Zweckbestimmung:	Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer
Ansatz:	
Frage:	Warum werden fast alle Weiterbildungstitel deutlich gekürzt

Antwort der Landesregierung:

Die angeführten Titel für die Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer sind in einer Maßnahmegruppe veranschlagt, innerhalb derer alle Titel untereinander deckungsfähig sind. Die Veranschlagung in 2006 orientiert sich an der Istaussgabe der letzten Jahre. Die Kürzungen dienen der Haushaltskonsolidierung.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	07
Seite:	181/190/197/204/210/214
Kapitel:	11/12/12/14/15/16
Titel:	Stellenpläne
Zweckbestimmung:	Planstellen
Ansatz:	
Frage:	Warum bleiben die Zahlen im Stellenplan trotz starker Veränderung der Schülerzahlen unverändert?

Antwort der Landesregierung:

Stundenmehrbedarfe aufgrund insgesamt noch steigender Schülerzahlen im Schuljahr 2005/2006, Veränderungen der Schülerzahlen zwischen den einzelnen Schularten und Erweiterungen des Unterrichtsangebots (z.B. Verlässliche Grundschule, Englisch in der Grundschule) werden gesteuert durch die beabsichtigte Erhöhung der Lehrerpflichtstunden um eine halbe Stunde/Woche (mit Ausnahme der Hauptschullehrkräfte) sowie vorübergehend und zeitliche begrenzte Kapitel übergreifende Verlagerungen von Stellen/Planstellen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	09
Seite:	
Kapitel:	09 02
Titel:	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit
Zweckbestimmung:	Neustrukturierung der Amtsgerichte
Ansatz:	verschiedene
Frage:	<p>Die neue Struktur der Amtsgerichte soll laut Justizminister Döring ab 2007 greifen.</p> <p>Auf welche Titel im Einzelplan 09 hat dies Auswirkungen insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sind zusätzliche Personalkosten (incl. Trennungsgeld, Umzugskosten etc.) eingeplant und wo ist dies im Haushalt ausgewiesen? - Welche zusätzlichen sächlichen Kosten entstehen und wo sind diese im Haushalt ausgewiesen? - Welche Ausgaben entstehen an welchen Gerichten für Hochbaumaßnahmen, welche Änderungen ergeben sich in den Mietausgaben und wo sind diese im Haushalt ausgewiesen? - Wo sind die Ausgaben für die Umstrukturierung für die folgenden Jahre in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesen? <p>Aus welchen Einzelausgaben setzt sich der Titel 711 01 auf Seite 49 im Einzelplan 12 zusammen?</p>

Antwort der Landesregierung:

Zum Bereich Amtsgerichtsstruktur (1. Frage):

Die derzeitigen Vorschläge des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa sehen die ersten Aufhebungen von Amtsgerichten zum 31.12.2007 vor. Die geplante Reform der Amtsgerichtsstruktur hat danach keine Auswirkungen auf den Haushalt des Jahres 2006.

Die Planungen des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa sind noch nicht abgeschlossen. Die finanziellen Auswirkungen sind daher in der mittelfristigen Finanzplanung noch nicht berücksichtigt.

Zu Titel 1209-71101 (2. Frage):

Der Ansatz des Titels 1209 – 711 01 setzt sich nicht aus Einzelausgaben zusammen, sondern wird aufgrund Berechnung gemäß Abschnitt D Handbuch Bau Schleswig-Holstein (HBBau SH) pauschal veranschlagt. Berechnungsgrundlage sind die jeweiligen Neubauwerte 1936 für die derzeit genutzten Liegenschaften des Geschäftsbereichs des MJAE (ohne Justizvollzugsanstalten).

Die Aufstockung der Mittel ergibt sich aus der Abkehr von der zentralen Veranschlagung der Haushaltsmittel für die Unterhaltung der in Anmietung bei der LVSH befindlichen Liegenschaften (Kapitel 1211).

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	09
Seite:	35
Kapitel:	09 02
Titel:	684 05
Zweckbestimmung:	Förderung von Therapie und Beratungsangeboten für Sexual- und Gewaltstraftäter
Ansatz:	340 000
Frage:	Wie sind die KIK-Koordinationsstelle im MBF und die regionalen Koordinationsstellen in die Entscheidungen über die Verfügung der Haushaltsmittel eingebunden?

Antwort der Landesregierung:

Die KIK-Koordinationsstelle im MBF wird im Zuge der Mittelbewirtschaftung durch das MJAE in allen konzeptionellen Fragen – so schon bei der Beantragung von Haushaltsmitteln sowie bei der Verteilung der verfügbaren Mittel auf regionale Trainingsprogramme, die im Rahmen des Interventionskonzepts gefördert werden – beteiligt. Innerhalb des abgestimmten Konzepts und unter Berücksichtigung der regional zu verzeichnenden Fallzahlen entscheidet das MJAE über die Bewilligung einzelner Anträge auf Förderung (nach den Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes, speziell nach der Einzelrichtlinie für die Projektförderung therapeutischer Angebote und Trainingsprogramme für Sexual- und Gewaltstraftäter).

Die Belange der regionalen Koordinationsstellen werden durch die Landeskoordination im MBF berücksichtigt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	15
Kapitel:	01
Titel:	531 02
Zweckbestimmung:	Öffentlichkeitsarbeit
Ansatz:	60,2 T€
Frage:	Im Vergleich zum IST 2004 (22,2 T€) ist der Ansatz mehr als verdoppelt worden. Welche konkreten Maßnahmen wurden 2004 aus diesem Titel finanziert und welche sind jeweils in den Jahren 2005 und 2006 geplant?

Antwort der Landesregierung:

Maßnahmen in 2004:

Moderne Dokumentation in der ambulanten Suchtkrankenhilfe (2.600 €),
Nachdruck von Merkblättern zur Impfkampagne (3.793,39 €)
Fachtagung zum Bestattungsgesetz (1.034,18 €),
Neuaufgabe „Leitfaden Krebs“ (5.000 €),
Ordner „Ethik in der Pflege“ (3.497,93 €),
Maßnahmen der Pressestelle (25 Einzelposten – insgesamt 6.233,19 € - z.B. Barrierefreie Internetseiten für den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung; Kostenerstattungen Schulkochwettbewerb; Rechnungen Fotoarbeiten).

Maßnahmen in 2005:

Ordner „Ethik in der Pflege“ (7.310,36 €),
Broschüre zum Bestattungsgesetz (2.473,65 €),
Anteil Blaualgenhotline mit MLUR und MWV (2.000 €),
Flyer „Familie in Not“ (5.000 €),
Anteil Schulkochwettbewerb 2005 mit MLUR (2.500 €),
Bestandsaufnahme frauengerechter Angebote im Bereich Psychiatrie (6.500 €),
Moderne Dokumentation in der ambulanten Suchtkrankenhilfe (2.600 €),
Nachdruck Faltblatt „Vorsicht, zerbrechlich“ (1.000 €),

Broschüre „Zusatzjobs im sozialen Bereich“ (6.455,70 €).
2.858,44 € für Einzelposten z.B. Kostenerstattungen und Preisgelder
Schulkochwettbewerb 2004; Rechnungen Fotoarbeiten; Rechnungen für
verschiedene Veranstaltungen. Weitere Publikationen und Leistungen im Rahmen
der politischen Schwerpunkte des Ministeriums sind in Vorbereitung.

Maßnahmen in 2006 (Ansatz 60,2 T€):

Der Ansatz 2006 entspricht der mittelfristigen Finanzplanung und beinhaltet
zusätzlich die Mittel aus der Planung des ehemaligen Ministeriums für Justiz, Frauen,
Jugend und Familie für die Abteilung Kinder, Jugend und Familie / Landesjugendamt,
die durch die Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung in 2005 in den
Geschäftsbereich des MSGF übergegangen ist.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	16
Kapitel:	01
Titel:	534 01
Zweckbestimmung:	Sächliche Verwaltungskosten Veranstaltungen
Ansatz:	200 T €
Frage:	In den Jahren 2004 und 2005 waren keine Mittel vorgesehen. Welche konkreten Maßnahmen sind für 2006 geplant und wie ist deren Notwendigkeit zu begründen?

Antwort der Landesregierung:

Durch den Organisationserlass des Ministerpräsidenten vom 27. April 2005 ist das Aufgabenspektrum des MSGF um die Zuständigkeit für Kinder, Jugend und Familie erweitert worden.

Bereits im Entwurf des Nachtragshaushaltes 2005 ist dieser Titel mit einem neuen Ansatz von 64,0 T€ enthalten.

Veranschlagt sind u.a. Kosten für ressortspezifische Veranstaltungen in dem o.g. Bereich sowie in den übrigen Geschäftsbereichen Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	16
Kapitel:	01
Titel:	533 02 535 02
Zweckbestimmung:	Leistungen an Dritte Landesinitiative Gesundheitswirtschaft Gesundheitsinitiative
Ansatz:	75 T€ 200 T €
Frage:	Im Vergleich zum IST 2004 (8,0 T€ bzw. 0) ist der Ansatz vervielfacht. Welche konkreten Maßnahmen wurden 2004 aus diesem Titel finanziert und welche sind jeweils in den Jahren 2005 und 2006 geplant?

Antwort der Landesregierung:

Zu Tit. 533 02

Im Rahmen der Regierungsneubildung wurde dieser Titel im Jahre 2005 gem. § 50 LHO aus dem Epl. 06 in den Epl. 10 übertragen. Es handelt sich um einen „Umsetzungstitel“. Bis zum 01.06.2005 lautete der Haushaltsvermerk: „Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr darf Ausgaben umsetzen, erforderlichenfalls im Einvernehmen mit den beteiligten Ressorts und mit Einrichtung der notwendigen Titel und Haushaltsvermerke“. Ab 01.06.2005 ist der Haushaltsvermerk wie folgt ausgebracht: „Das MSGF darf Ausgaben umsetzen, erforderlichenfalls im Einvernehmen mit den beteiligten Ressorts und mit Einrichtung der notwendigen Titel und Haushaltsvermerke“.

Daraus erklärt sich auch das vergleichsweise geringe Ist 2004, da der größte Teil der veranschlagten Mittel im Rahmen des Haushaltsvollzugs auf andere Titel umgesetzt wird und nur in Ausnahmefällen direkt aus diesem Titel Zahlungen getätigt werden.

Zu Tit. 535 02

Ein erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, das Profil der Gesundheitsadresse Schleswig-Holstein durch eine engere Verzahnung von Gesundheitsversorgung und Gesundheitswirtschaft zu stärken. Die Gesundheitswirtschaft wird zu den wachstumsstärksten Branchen gezählt. Die Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein

wird deshalb mit einer 2. Phase fortgesetzt. Die Mittel sind für besondere Projekte im Rahmen der Gesundheitsinitiative veranschlagt,

- mit denen qualitätsgesicherte Strukturen in der sektoren- und fachübergreifenden Gesundheitsversorgung geschaffen werden,
- mit denen Angebote zur Prävention, Rehabilitation und Erholung zu neuen innovativen Angebotsformen zusammengefasst werden und
- mit denen ein wissenschaftlicher oder medizinisch-technischer Vorsprung Schleswig-Holsteins gegenüber anderen Regionen dargestellt werden kann.

Insgesamt sollen diese Projekte eine Identifizierung mit dem Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein bewirken. Des Weiteren sind Mittel für Kongresse, Work Shops, Messen etc. veranschlagt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	28
Kapitel:	02
Titel:	685 03
Zweckbestimmung:	Akademie öff. Gesundheitswesen
Ansatz:	173,7 T€T €
Frage:	In den Jahren 2004 und 2005 wurden weniger Mittel verausgabt. Wie ist die Erhöhung zu begründet?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz für 2006 beruht auf dem durch die Akademie vorgelegten Haushaltsentwurf. Danach beträgt der Länderanteil für Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2006 161.176 €.

Zusätzlich ist für das HHJ 2006 eine einmalige Zahlung von 12.492 € als Ausgleichsbetrag für die im Haushaltsplan 2005 erfolgte vorläufige Veranschlagung des Länderbeitrages zu leisten. Dieser Ausgleichsbetrag ist dadurch begründet, dass bei der Erstellung des Doppelhaushaltes 2004/2005 für 2005 keine genauen Daten über die Teilnehmerzahlen der einzelnen Länder vorlagen.

Die Steigerung gegenüber den Vorjahren beruht auf Kostensteigerungen im Haushalt der Akademie insbesondere infolge der Neufestsetzung der Miete für das Dienstgebäude der Akademie zum 01.06.2006 (Mehrbetrag 162.200 €, der anteilmäßig auf die Teilnehmerländer umgelegt wird).

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	32
Kapitel:	02
Titel:	6835 02
Zweckbestimmung:	Psychiatrium-Gruppe
Ansatz:	23.032,7 T €
Frage:	Die angesetzten Mittel steigen von 2004 bis 2006 kontinuierlich an, obwohl die Planbetten und Belegzahlen nicht in gleicher Weise steigen? Worin sind die Mehrausgaben begründet? Handelt es sich um steigende Tagessätze?

Antwort der Landesregierung:

Die Anhebung der Haushaltsansätze ist vornehmlich auf die verbesserte Personalausstattung der Forensischen Klinik in Neustadt zurückzuführen. Die auch von der Expertenkommission problematisierte Personalsituation wird stufenweise um insgesamt 23 Vollkräfte von 249 VK in 2004 über 264 VK in 2005 (davon 8 VK durch den Nachtragshaushalt 2005) auf 272 VK in 2006 verbessert.

Die verbesserte Personalausstattung ist Teil des Gesamtkonzepts zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung forensischer Patienten in Neustadt. Dazu zählt neben den sicherheitsrelevanten Investitionen auch die personelle Verstärkung der therapeutischen Arbeit in Zielgruppen spezifisch ausgerichteten Stationen auf der Grundlage entsprechender therapeutischer Konzepte.

Die Kosten des Maßregelvollzugs werden auf der Basis des jährlich vorkalkulierten Aufwendersatzes der laufenden Betriebskosten erstattet. Eine Abrechnung nach Tagessätzen erfolgt nicht.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	33
Kapitel:	02
Titel:	534 61
Zweckbestimmung:	Sachkosten Suchtmittelmissbrauch
Ansatz:	11 T €
Frage:	Wie sind die enormen Unterschiedsbeträge zwischen dem IST 2004 (44,7 T €) und dem SOLL 2005 (2,6 T €) sowie dem Ansatz 2006 zu erklären?

Antwort der Landesregierung:

2004:

Das Soll 2004 betrug 2,6 T€. Im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb der Titelgruppe 61 wurden folgende, bei der Haushaltsaufstellung für den Doppelhaushalt 2004/2005 nicht bekannte Zahlungen aus dem Titel 1002 - 534 61 getätigt:

- Institut für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung, Hamburg, für die Durchführung einer Prävalenzstudie (Abschlagszahlung) 34.341,00 €
- Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) für den Anteil Schleswig-Holsteins am Substitutionsregister 7.446,71 €

2005:

Das Soll 2005 beträgt 2,6 T€. Im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb der Titelgruppe 61 wurden folgende, bei der Haushaltsaufstellung für den Doppelhaushalt 2004/2005 nicht bekannte Zahlungen aus dem Titel 1002 - 534 61 getätigt:

- Institut für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung, Hamburg, für die Durchführung einer Prävalenzstudie (Restzahlung) 10.000,00 €
- Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) für den Anteil Schleswig-Holsteins am Substitutionsregister 9.516,38 €

2006:

Das Soll 2006 beträgt 11,0 T€. Der Betrag setzt sich folgendermaßen zusammen:

- Sachkosten (Jahresberichterstattung „Moderne Dokumentation in der Ambulanten Suchtkrankenhilfe“ 2.600,00 €
- Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) für den Anteil Schleswig-Holsteins am Substitutionsregister 8.400,00 €

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	38
Kapitel:	02
Titel:	MG 62
Zweckbestimmung:	Besondere gesundheitspolitische Maßnahmen
Ansatz:	317,200 T €
Frage:	Warum steigen die Verpflichtungsermächtigungen in den Jahren 2008 und 2009 an? Wann startet die Kampagne Opti-Kids und über welchen Zeitraum ist sie geplant?

Antwort der Landesregierung:

Im Haushalt 2005 ist für die Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft für kardiologische Prävention und Rehabilitation in Schleswig-Holstein eine Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von jeweils 26 T€ mit den Fälligkeiten 2006 und 2007 ausgebracht. Um die Finanzierung dieser Einrichtung auch für die Jahre 2008 und 2009 sicherzustellen, ist in den Haushaltsentwurf 2006 eine erneute VE über jeweils 26 T€ mit den Fälligkeiten 2008 und 2009 ausgebracht worden.

Die Kampagne „Optikids – Lebensleicht“ startet in 2006 und läuft über einen Zeitraum von 5 Jahren.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	38
Kapitel:	02
Titel:	MG 62 648 62
Zweckbestimmung:	Besondere gesundheitspolitische Maßnahmen Gesundheitsförderung v. MigrantInnen
Ansatz:	40 T €
Frage:	Wie ist die Kürzung des Ansatzes um 10 T € zu begründen? Gibt es konkrete Maßnahmen, die nicht mehr gefördert werden können/sollen?

Antwort der Landesregierung:

Seit 2003 wird shefa e. V. mit 10.000 € jährlich gefördert. Weiter erhält der Verein Mittel aus URBAN II, von der Bundesagentur für Arbeit und der Landeshauptstadt Kiel.

Dieser Verein ist nicht überregional, sondern nur im Bereich der Landeshauptstadt Kiel tätig. Eine Koordinierung zwischen shefa und anderen für Migrantinnen und Migranten tätige Vereine und Gruppen findet nicht ausreichend statt.

Deshalb soll die Förderung durch das Land ab 2006 eingestellt werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	43
Kapitel:	02
Titel:	MG 62 686 62
Zweckbestimmung:	Besondere gesundheitspolitische Maßnahmen Aids-Hilfen
Ansatz:	371,8 T €
Frage:	Wie ist die Kürzung des Ansatzes (SOLL 2005 - 406,8 T €) zu begründen? Gibt es konkrete Maßnahmen, die nicht mehr gefördert werden sollen? Wie stellt sich die Entwicklung der Fall- und Personalzahlen in den Jahren 2004 und 2005 dar bzw. wie sind dies für 2006 zu erwarten?

Antwort der Landesregierung:

Das MSGF erarbeitet z. Zt. ein Konzept, das im Wesentlichen eine Stärkung der auf Projekte bezogenen Förderung vorsieht. Damit können insbesondere die ehrenamtlichen Kräfte zeitgerecht und flexibel unterstützt werden. Diese Art der Förderung trägt auch der geänderten Bedarfslage Rechnung, wie sie sich heute angesichts der verbesserten Therapiemöglichkeiten darstellt. Vor diesem Hintergrund wird der Schwerpunkt künftig bei der Förderung präventiver Ansätze liegen.

Die Fallzahlen für 2004 sind der beigefügten epidemiologischen Kurzinformation des Robert Koch-Instituts zu entnehmen. Die Schätzungen der Vorjahre entsprechen diesen Zahlen. Für 2005 liegt eine solche Aufstellung noch nicht vor. Eine seriöse Prognose für 2006 ist nicht möglich.

Die Personalzahlen der AIDS-Hilfen sind seit Jahren unverändert. Bei diesen sind insgesamt 6,3 Stellen für Sozialpädagogen (davon 3,9 vom Land finanziert) und 2,1 Stellen für Verwaltungsangestellte (vom Land finanziert) vorhanden.

HIV/AIDS in Schleswig-Holstein – Eckdaten

Epidemiologische Kurzinformation des Robert Koch-Instituts
Stand: Ende 2004*

Menschen, die Ende 2004 mit HIV/AIDS leben:	~ 1.000
Männer:	~ 800
Frauen:	~ 200
Kinder :	~ 5
darunter Menschen, die mit AIDS leben:	~ 100
Zahl der Neuinfektionen im Jahr 2004:	~ 40
Männer:	~ 35
Frauen:	~ 5
Kinder :	< 1
Infektionswege (geschätzt):	
Männer, die Sex mit Männern haben:	58 %
Heterosexuelle Kontakte:	18 %
Herkunft aus Hochprävalenzgebiet:	15 %
i.v. Drogengebrauch:	8 %
Mutter-Kind-Transmission:	1 %
Neue AIDS-Erkrankungen im Jahr 2004:	~ 20
Männer:	~ 15
Frauen:	~ 5
Kinder :	< 1
Todesfälle bei HIV-Infizierten im Jahr 2003:	~ 20
Gesamtzahl der HIV-Infizierten seit Beginn der Epidemie:	~ 1.600
Gesamtzahl der AIDS-Erkrankungen seit Beginn der Epidemie:	~ 750
Männer:	~ 650
Frauen:	~ 100
Kinder:	< 5
Gesamtzahl der Todesfälle bei HIV-Infizierten seit Beginn der Epidemie:	~ 600

** Die vom Robert Koch-Institut zusammengestellten Eckdaten sind Schätzungen, die jährlich auf dem jeweilig aktuellen Stand der Erkenntnisse aktualisiert werden. Sie stellen keine automatische Fortschreibung früher publizierter Eckdaten dar. Die jeweils angegebenen Zahlenwerte können daher nicht direkt mit früher publizierten Schätzungen verglichen werden.*

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	47
Kapitel:	02
Titel:	MG 67 671 67
Zweckbestimmung:	Verwaltungsausgaben Krebsregister
Ansatz:	972,0 T €
Frage:	Worin liegt der Anstieg des Ansatzes um 162 T € gegenüber dem IST 2004 begründet?

Antwort der Landesregierung:

Der Anstieg des Ansatzes ist wie folgt begründet:

- a. Ausgehend von der neuen Inzidenzberechnung der Registerstelle des Krebsregisters aufgrund der sich ändernden Altersstruktur ist ab 2006 mit rd. 19.000 jährlichen Neuerkrankungen zu rechnen (statt wie bisher angenommen 16.500).
- b. Daraus und aufgrund der steigenden Akzeptanz des Krebsregisters in der Ärzteschaft ergibt sich für 2006 eine deutliche Erhöhung des Meldeaufkommens (angenommen: 45.400 statt 41.300 Meldungen an die Vertrauensstelle) und daraus folgend Mehrkosten für die Meldevergütung von 25 T€
- c. Mit der Steigerung des Meldeaufkommens ergibt sich ein höherer Verwaltungsaufwand in der Vertrauensstelle, der eine Vermehrung des Dokumentationspersonals um eine Stelle BAT V c erfordert.
- d. Mit der 2006 wahrscheinlich in Kraft tretenden Änderung des Krebsregistergesetzes müssen neue Merkblätter und Meldebogen aufgelegt werden, die höhere Sachausgaben bedingen.

Wegen des oben genannten Mehrbedarfs übersteigt die Anmeldung für 2006 von 972,0 T€ das Ist 2004 (803,8 T€) um 168,2 T€

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	57
Kapitel:	03
Titel:	533 02
Zweckbestimmung:	Beweiserhebung
Ansatz:	2.600.0 T €
Frage:	Der deutlich erhöhte Ansatz wird mit einem Mehrbedarf aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes begründet. Welche konkreten Änderungen sieht das Gesetz vor und wie stellen sich die Auswirkungen in der Praxis dar?

Antwort der Landesregierung:

Das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz vom 05.05.2004 (BGBl. I S. 718 ff.) regelt in seinem 2. Artikel, dem Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen und Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz - JVEG) u.a. die Vergütung von Sachverständigen, die in den Anerkennungsverfahren für das Landesamt für soziale Dienste (LAsD) tätig werden. Durch das JVEG sind die Kostensätze im Vergleich zum vorigen ZSEG erheblich angestiegen, so dass ein entsprechender Mehrbedarf nötig wurde.

Im Wesentlichen wird nach drei Berichtsarten unterschieden :

1. Ärztliche Befundberichte; sie machen das Gros der Kosten aus, weil sie von der Anzahl her dominierend sind; Erhöhung der Kosten pro Befundbericht um durchschnittlich 11 € pro Bericht;

2. Stellungnahmen nach Aktenlage; Erhöhung der Kosten pro Stellungnahme durchschnittlich 12,78 €; die Stundensätze für die Fertigung der Stellungnahmen haben sich von 25 auf 60 € erhöht;
3. Ärztliche Gutachten mit Untersuchung; Erhöhung der Kosten pro Gutachten um 150 €; die Stundensätze haben sich von 25€ - 38€ auf bis zu 85 € (einfacher/ durchschnittlicher bzw. hoher Schwierigkeitsgrad) erhöht.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	80
Kapitel:	05
Titel:	633 11
Zweckbestimmung:	Nicht vermittelbare Sozialhilfe-EmpfängerInnen
Ansatz:	0,0 T €
Frage:	Welche konkreten Maßnahmen wurden bislang in den Jahren 2004 und 2005 aus diesem Titel finanziert? In welcher Form werden vergleichbare Hilfeangebote unter dem Dach des SGB II weiter geführt / angeboten?

Antwort der Landesregierung:

Aus dem Titel wurde das Projekt „Die Werkstatt“ in Quickborn unter Trägerschaft des Diakonischen Werks gefördert. Es handelte sich um Personen, die – nach Einschätzung und Prüfung der Stadt Quickborn – auf absehbare Zeit nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar waren. Im Hinblick auf die vom Träger beabsichtigte Fortführung des Projekts sind der Maßnahmeträger und die Stadt Quickborn rechtzeitig vor Auslaufen der Landesförderung vom MSGF darauf hingewiesen worden, dass von der Agentur für Arbeit bzw. der Arbeitsgemeinschaft nach SGB II geprüft werden muss, ob für alle Maßnahmeteilnehmerinnen und Maßnahmeteilnehmer oder ein Teil von ihnen Ansprüche nach dem SGB II bestehen. Vor diesem Hintergrund prüft der Maßnahmeträger gemeinsam mit der Stadt Quickborn und der Agentur für Arbeit bzw. der Arbeitsgemeinschaft, ob es Möglichkeiten gibt, das Projekt fortzuführen. Vergleichbare Hilfeangebote werden im Rahmen von ASH 2000 durchgeführt. Ob es darüber hinaus Angebote der Arbeitsagenturen bzw. Arbeitsgemeinschaften oder von den Optionskreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland ausschließlich nach SGB II gibt, ist nicht bekannt und kann nur von den genannten Stellen beantwortet werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	84
Kapitel:	05
Titel:	633 01
Zweckbestimmung:	Pflegeinfrastruktur – Zuweisungen an Gemeinden
Ansatz:	182,4 T €
Frage:	Die überproportionale Kürzung gegenüber dem IST 2004 (765,4 T €) wird mit einer veränderten Schwerpunktsetzung im Rahmen der Initiative „Pflege plus“ begründet. Welche konkreten Maßnahmen wurden bislang in den Jahren 2004 und 2005 aus diesem Titel finanziert? Werden diese jetzt auf andere Weise finanziert oder sind sie beendet? Werden die Aufgaben durch anderer Angebote fortgesetzt??

Antwort der Landesregierung:

Im Rahmen der Initiative „PflegePlus“ liegt ab 2005 der Schwerpunkt für förderungsfähige Maßnahmen und Projekte im ambulanten und gerontopsychiatrischen Bereich.

Aus dem Titel 1005-633 01 (MG 01) wurden im Jahre 2004 insgesamt 9 und im Jahre 2005 werden insgesamt 8 trägerunabhängige Beratungsstellen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie die dazugehörigen Begleitmaßnahmen (wissenschaftliche Begleitung, EDV-Software, Schulungen der Beraterinnen/Berater) gefördert. Im Jahre 2006 ist eine Förderung im unveränderten Umfang vorgesehen. Wegen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit innerhalb der MG 01 können die tatsächlichen Ausgaben im Haushaltsvollzug von der Veranschlagung des Haushalts-Solls bei dem einzelnen Titel abweichen. Maßgebend ist der Ansatz in der gesamten Maßnahmegruppe.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	89
Kapitel:	05
Titel:	MG 4
Zweckbestimmung:	Koordinierungsstelle Eingliederungshilfe
Ansatz:	0
Frage:	neuer Titel – Leertitel Für wann ist die Einrichtung der Koordinierungsstelle geplant und welche Kosten werden voraussichtlich anfallen? Werden die örtlichen Träger an den Kosten beteiligt?

Antwort der Landesregierung:

Im Rahmen der Erörterung mit den kommunalen Landesverbänden über den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des SGB XII (s. Artikel 9 Haushaltsstrukturgesetz 2006) haben die kommunalen Landesverbände zum Ausdruck gebracht, dass im Hinblick auf die beabsichtigte Neuregelung der Aufgabenträgerschaft des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe auf kommunaler Ebene die Einrichtung einer Koordinierungsstelle angestrebt wird.

Unabhängig davon sieht der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des SGB XII die Einrichtung eines Gemeinsamen Ausschusses durch die örtlichen Träger der Sozialhilfe und dem Land vor (§ 3).

Ob und in welcher Höhe Kosten für das Land entstehen, kann zur Zeit noch nicht beurteilt werden. Die Einrichtung von Leertiteln erfolgte vorsorglich.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	92
Kapitel:	05
Titel:	MG 9 531 05 533 03 547 05
Zweckbestimmung:	Landesinitiative Bürgergesellschaft Öffentlichkeitsarbeit Werkverträge Veranstaltungen
Ansatz:	22,5 T € 27,5 T € 15,0 T €
Frage:	Wie ist zu begründen, dass die Ansätze im Vergleich zum Soll 2005 mehr als verdoppelt worden sind? Welche konkreten Maßnahmen sind warum geplant und welche Kosten werden hierfür jeweils veranschlagt?

Antwort der Landesregierung:

Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamts sind ein Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung. Hierbei kommt es insbesondere auf die Unterstützung, Beratung und Vernetzung von Vereinen, Verbänden, Initiativen und Stiftungen in Schleswig-Holstein an.

Der Ansatz wurde erhöht, um vermehrt Aktivitäten innerhalb des Arbeitsbereiches der Landesinitiative Bürgergesellschaft zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements mit Projektförderungen, Öffentlichkeitsarbeit sowie Durchführung von Veranstaltungen entwickeln zu können.

Für das kommende Jahr sind bereits folgende Maßnahmen und Projekte geplant:

Entwicklung eines Internetangebots ‚Bürger für Bürger‘

Interessierten Bürgerinnen und Bürgern sollen Informationen über die Entwicklungen im bürgerschaftlichen Engagement leicht zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus sollen verschiedene Serviceleistungen angeboten werden.

Das Projekt ist gestartet. Kooperationspartner sind der Landesverband der Volkshochschulen und die Landeszentrale für politische Bildung.

Kosten: 10 T€ für Öffentlichkeitsarbeit

Zusatzqualifikation bürgerschaftliches Engagement

Ziel ist, in Schleswig-Holstein einen Verbund entstehen zu lassen, dessen Zweck die Qualifizierung und Fortbildung schleswig-holsteinischer Bürgerinnen und Bürger ist, die sich bürgerschaftlich engagieren wollen bzw. dieses bereits tun. Der erste Schulungsdurchgang ist erfolgt und wird derzeit evaluiert. Kooperationspartner sind der Landesverband der VHS und die Landeszentrale für politische Bildung.

Kosten: rd. 15 T€ (davon rd. 5 T€ für die Öffentlichkeitsarbeit)

Weitere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

- Weiterführung des Informationsblattes ‚WIR in Schleswig-Holstein‘
- Broschüre ‚Fundraising‘
- Kooperation mit der Fachhochschule für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik Kiel (Seminarangebot, Praktika, Veranstaltungen, studentische Projekte)
- Broschüren, Faltblätter etc.

Kosten: 7,5 T€ für Öffentlichkeitsarbeit

Bundesmodellprojekt „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“

Freiwilligendienste sollen so weiterentwickelt werden, dass generationsübergreifende Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements im Sinne eines produktiven Miteinanders von Haupt- und Ehrenamt entstehen. Die Ausweitung dieser Dienste auf ältere Generationen reichert dieses Potential zusätzlich an, indem es deren besondere Qualifikationen und Erfahrungen als Ressource der Bürgergesellschaft aktiviert. Das Projekt wurde in den beiden Landkreisen Schleswig-Flensburg und Segeberg gestartet.

Kosten: Kofinanzierung des Landes in Höhe von 15 T€

(davon rd. 5 T€ für Veranstaltungen im Rahmen des Modellprojekts)

Ehrenamtsmesse Schleswig-Holstein 2006

Das Projekt „Ehrenamtsmesse Schleswig-Holstein 2006“ wendet sich an alle ehrenamtlich interessierten Bürgerinnen und Bürger des Landes. Die Besonderheit liegt in der Verknüpfung landesweiter Aktivitäten mit regional ausgerichteten Messen, in denen sich die örtlichen Vereine, Initiativen und Stiftungen der Öffentlichkeit präsentieren und um Ehrenamtliche werben.

Die Ehrenamtsmesse Schleswig-Holstein 2006 findet landesweit im Februar 2006 unter der Schirmherrschaft der Sozialministerin des Landes Schleswig-Holstein statt.

Kosten: rd. 10 T€ für Veranstaltungen

Verbesserung des Haftpflicht- und Unfallschutz für bürgerschaftlich Engagierte und ehrenamtlich Tätige

Derzeit finden Gespräche bzw. Verhandlungen mit verschiedenen Versicherungsanbietern statt. Eine Ausschreibung ist in Vorbereitung.

Kosten: max. 27,5 T€ für Werkverträge, sonstige Vertragsformen

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	96
Kapitel:	05
Titel:	684 62
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an soziale Einrichtungen
Ansatz:	2.299,0 T €
Frage:	Wie ist zu begründen, dass der Ansatz um fast 400.000 Euro im Vergleich zum IST 2004 (2.628,3 T €) gekürzt werden kann? An welchen Stellen setzen die Einsparungen im Einzelnen an? Können bislang geförderte Institutionen und Projekte dann nicht mehr weiter geführt werden?

Antwort der Landesregierung:

Das o.g. Ist 2004 in Höhe von 2.628,3 T€ bezieht sich auf die gesamte Titelgruppe und beinhaltet die Abwicklung eines Ausgaberesstes im Jahre 2004 beim Titel 1005 – 893 62.

Bei dem Titel 1005 – 684 62 beträgt das Ist 2004 lediglich 2.316,6 T€. Insofern ergibt sich eine Differenz zwischen dem Ist 2004 und dem Ansatz 2006 von nur 17.600 Euro.

Die Landesregierung hat eine Kürzung bei den Förderprogrammen des Landes beschlossen und im HH-Entwurf 2006 entsprechend umgesetzt. Vor diesem Hintergrund ist es Ziel des MSGF, mit den Wohlfahrtsverbänden einen sozialen Vertrag, in den u.a. ein Großteil des Ansatzes der TG 62 einfließen soll, zur mittelfristigen und unbürokratischen Finanzierung sozialer Aufgaben in Schleswig-Holstein abzuschließen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	114
Kapitel:	08
Titel:	MG 02 511 03 812 03
Zweckbestimmung:	Erweiterung d. Fernsprecheinrichtungen
Ansatz:	132,5 T €
Frage:	Aus welchen Gründen ist eigenständiges Notrufsystem zwingend erforderlich? Kann die Alarmfunktion durch andere Maßnahmen sicher gestellt werden?

Antwort der Landesregierung:

Der BAD (Berufsgenossenschaftlicher, arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst e.V.) hat im Zuge seiner Aufgabenerfüllung, sicherheitstechnische und arbeitsschutzrechtliche Schwachstellen in den Behörden zu ermitteln und Vorschläge zur Behebung bzw. Verbesserung der festgestellten Gefahrensituationen zu machen, für die Arbeitsgerichte in Flensburg und Neumünster bemängelt, dass in beiden Dienststellen für die Mitarbeiter keine Möglichkeit besteht, in Notfällen weder einen internen noch einen externen Alarm auszulösen. Das Entstehen derartiger Notsituationen kann sowohl durch einen Brandfall als auch infolge von bei Gericht gelegentlich leicht vorkommenden Bedrohungslagen durch Publikum gegeben sein.

Der BAD hat deshalb den Einbau einer Notruftaste an allen Telefonapparaten vorgeschlagen. Eine Nachfrage im Justizministerium ergab, dass im Bereich der ordentlichen Justiz die flächendeckende landesweite Ausstattung aller Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Notrufsystemen, entweder in Form von Notrufen über die Telefonanlage oder über eine funkgestützte Rufanlage, bereits seit dem Jahr 2001 vollständig abgeschlossen worden ist.

Andere Alternativen zur Sicherstellung von Alarmfunktionen sind insbesondere vor dem Hintergrund der überwiegend weiblichen Besetzung der Arbeitsgerichte im Bereich des nichtrichterlichen Personals nicht angezeigt. Anders als bei den Amts- und Landgerichten gibt es keine Justizwachtmeistereien. Im Übrigen sollten für ordentliche und Fachgerichte gleiche Sicherheitsstandards gelten.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	144
Kapitel:	12
Titel:	633 01
Zweckbestimmung:	Erstattungen an Kreise für Unterhaltsvorschuss
Ansatz:	24.642,0 T €
Frage:	Auf welcher konkreten gesetzlichen Grundlage basiert die Beteiligung der Kreise an den Kosten des Unterhaltsvorschusses und in welchem Umfang ist diese vorgesehen? Ist die daraus resultierende Verringerung der Erstattung in einem Umfang von rund 10 Mio. € im Vergleich zum IST 2004 den kommunalen Spitzenverbänden bekannt bzw. im Voraus mit Ihnen kommuniziert worden?

Antwort der Landesregierung:

Nach § 8 Abs. 1 Satz 2 des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) in der seit dem 1.1.2000 geltenden Fassung sind die Länder befugt, die Kommunen angemessen an den nicht vom Bund zu zahlenden Geldleistungen nach dem Gesetz zu beteiligen. Den kommunalen Landesverbänden ist bereits seit 2001 bekannt, dass vom Land eine Beteiligung der Kreise und kreisfreien Städte an den Ausgaben und Einnahmen nach dem UVG geplant ist.

Mit der Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Unterhaltsvorschussgesetzes sollen die Kreise und kreisfreien Städte zu einem Drittel an den Geldleistungen nach dem UVG beteiligt werden.

Die kommunalen Landesverbände sind entsprechend der Vereinbarung über deren Beteiligung beim Erlass von Rechtsvorschriften und allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Stellungnahme aufgefordert worden. Diese steht noch aus.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	145
Kapitel:	12
Titel:	535 01 564 01
Zweckbestimmung:	Jugendhilfe Veranstaltungen Fortbildung
Ansatz:	70,0 T € 150,0 T €
Frage:	Wie ist die starke Erhöhung der Titel im Vergleich zum SOLL 2005 (25.5 T € / 68,5 T €) zu begründen? Welche konkreten Maßnahmen sind zu welchem Zeitpunkt geplant und welche Kosten werden hierfür jeweils veranschlagt? Welchen Output erhofft sich die Landesregierung?

Antwort der Landesregierung:

1. Titel 1012 - 535 01 (MG 01) „Kosten für Veranstaltungen und Informationen“

Vorbemerkung:

Die als Richtschnur für die „starke Erhöhung“ genannte Sollzahl 2005 von 25,5 T€ vermittelt ein falsches Bild und kann so nicht zum Vergleich heran gezogen werden. Richtig ist vielmehr: In der vergangenen Legislaturperiode stand der Titel 0907 - 535 01 „Kosten für Veranstaltungen und Informationen“ für Veranstaltungen, Maßnahmen und Veröffentlichungen der Abteilung II 5 Frauen, Kinder, Jugend und Familie, Landesjugendamt im Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie zur Verfügung. Das Soll 2005 für diesen Titel betrug 67,0 T€. Aufgrund der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung wurden die Bereiche Frauen sowie Kinder, Jugend und Familie, Landesjugendamt getrennt und zwei verschiedenen Häusern zugeordnet.

Der Titel 0907 - 535 01 wurde zwischen beiden Abteilungen aufgeteilt. In 2005 schon getätigte Ausgaben aus dem noch gemeinsamen Titel reduzierten das verbleibende Soll für 2005 für den Kinder- und Jugendbereich dann auf 25,5 T€.

Der vormalige Ansatz des noch gemeinsamen Titels „Kosten für Veranstaltungen und Informationen“ in Höhe von 67,0 T€ wurde in den Vorjahren ausgeschöpft. Das belegt, dass ein Ansatz für diese Zweckbestimmung in dieser Größenordnung durchaus realistisch und angemessen ist, zumal in der Planung für die kommende Legislaturperiode mit dem Kinder- und Jugendaktionsplan viele neue Maßnahmen auf den Weg gebracht werden sollen, die in Qualität und Quantität mindestens dem Anteil entsprechen, den Maßnahmen des Frauenbereiches vormals im Titel Veranstaltungen und Informationen ausmachten.

Begründung:

Die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik hat im Arbeitsprogramm der Landesregierung hohe politische Priorität. Um der gemeinsamen Verantwortung für familien- und kindgerechte Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein gerecht zu werden, wird als ein zentrales Vorhaben innerhalb der 16. Legislaturperiode ein Kinder- und Jugendaktionsplan entwickelt. Mit ihm soll einer lebendigen Jugend- und Familienpolitik in Schleswig-Holstein ein „Dach“ gegeben werden, um die neuen Herausforderungen der Zukunft anzupacken. Ähnliches geschieht auf europäischer Ebene durch den „Europäischen Pakt für die Jugend“ und auf Bundesebene durch den „Nationalen Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland 2005 – 2010“.

Der Kinder- und Jugendaktionsplan wird gemeinsam mit Verbänden, Organisationen und Initiativen in fünf Handlungsfeldern zentrale Zukunft bezogene Herausforderungen der jungen Generation aufgreifen. Die Oberbegriffe der Handlungsfelder sind:

- Gesund aufwachsen
- Frühe Hilfen für Familien
- Ganzheitliche Bildung
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Bekämpfung von Benachteiligung und sozialer Ausgrenzung

Die fünf Handlungsfelder sollen u.a. in Form von Fachtagungen, Workshops etc. aufbereitet werden. Die Veranstaltungen werden teils in Eigenregie der jeweils Verantwortlichen für die Handlungsfelder, teils in Form von Kooperationsveranstaltungen mit Dritten durchgeführt bzw. durch Anregungen der Kooperations- und Bündnispartner initiiert.

Über die oben beschriebenen Maßnahmen hinaus sind die Mittel des Titels 535 01 für die Aktualisierung von Broschüren der Abteilung ebenso veranschlagt wie für Herstellung und Druck von Flyern, Einladungen zu Veranstaltungen, die Herausgabe von 3 Ausgaben der Fachzeitschrift *Positionen* der Abteilung Kinder, Jugend und Familie, Landesjugendamt sowie von weiteren Fachpublikationen bzw. Dokumentationen.

Die oben beschriebenen Planungen zu Veranstaltungen und Maßnahmen im Rahmen des Kinder- und Jugendaktionsplanes werden teilweise erst zum Ende des Jahres 2005 bzw. in das Jahr 2006 hinein konkretisiert werden können. Dies wird zum einen durch den ebenfalls bereits oben beschriebenen großen Abstimmungsbedarf mit Dritten bedingt, zum anderen benötigen größere Veranstaltungen eine längere Vorlaufzeit und der Kinder- und Jugendaktionsplan ist ein noch sehr junges

Vorhaben, welches erst im Juni 2005 gestartet wurde. So wird es auch erst im weiteren Verlauf des Jahres 2006 möglich sein, eine mittelfristige Maßnahmenplanung für die folgenden Jahre zu erstellen.

2. Titel 1012 - 546 01 (MG 01) „Kosten für Fortbildung und Qualifizierung im Rahmen der Weiterentwicklung der Jugendhilfe, Landesjugendhilfeplanung

Im Bereich der Fortbildung wird mit Ausgaben für Honorare, Mieten und weitere Sachkosten zwischen ca. 2.000 € bis zu 10.000 € pro Veranstaltung geplant. Einen politischen Schwerpunkt gemäß Koalitionsvertrag werden im Jahr 2006 Fachveranstaltungen und Maßnahmen zum Ausbau von sozialen und gesundheitlichen Frühwarnsystemen bilden, um Beratungs- und Hilfsangebote gegen Kindervernachlässigung und Gewalt gegen Kinder zu ergänzen. Dazu sollen im Jahr 2006 in Ergänzung einer bereits in 2005 begonnenen Seminarreihe „ASD und Kindeswohlgefährdung“ verschiedene Seminare und Workshops zur Diagnostik und zu Methoden für das Arbeiten mit Gewalt belasteten Familien sowie zu Fragen des Datenschutzes durchgeführt werden. Neben diesen o.a. Multiplikatorenschulungen sollen wie schon in den Jahren zuvor insbesondere auch im Hinblick auf stets zunehmende Ganztagsangebote an Schulen solche Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden, die eine Kooperation von Jugendhilfe und Schule befördern. Da die konkrete Fortbildungsplanung für ein Kalenderjahr in enger Abstimmung mit den öffentlichen und freien Trägern zeitnah erarbeitet wird, kann immer erst frühestens im Spätherbst des Vorjahres eine Liste mit ersten geplanten Maßnahmen erstellt werden. Das Fortbildungsprogramm wird am Anfang eines Jahres jeweils auch im Internet veröffentlicht und im laufenden Jahr dann bedarfsgerecht erweitert.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	148
Kapitel:	12
Titel:	684 08
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an Projekte der Jugendarbeit
Ansatz:	377,0 T €
Frage:	Wie stellen sich das IST 2004 und das bisherige IST 2005 dar? Welche konkreten Projekte wurden/werden gefördert? Sind die Titelansätze in den Jahren 2003 und 2004 ausgeschöpft worden? Ist die für 2005 zu erwarten?

Antwort der Landesregierung:

Das Ist 2004 betrug 334,4 T€. Das bisherige Ist 2005 beträgt 101 T€; dazu kommen Bindungen in Höhe von 202,3 T€.

In 2004 wurden insgesamt 215 Projekte mit Zuwendungsbeträgen von 187 € bis zu 11.628 € gefördert. In 2005 sind es bislang 208 Projekte mit Zuwendungsbeträgen von 166 € bis 33.800 €.

Aufgrund der Vielzahl der Projekte hat eine konkrete Auflistung den Umfang von 78 Seiten. Deshalb wird hier davon abgesehen, diese Auflistung einzufügen.

Die Titelansätze in den Jahren 2003 und 2004 sind nicht komplett ausgeschöpft worden: Soll 2003 = 389,4 T€, Ist 2003 = 294,9 T€
Soll 2004 = 435,0 T€, Ist 2004 = 334,4 T€

Auch für 2005 ist nicht zu erwarten, dass die zur Verfügung stehenden Mittel in voller Höhe verausgabt werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	151 153
Kapitel:	12
Titel:	681 04 893 01
Zweckbestimmung:	Zuschüsse Familienferienerholung Investitionen Familienferienerholung
Ansatz:	171,0 T € 100,0 T €
Frage:	Wie stellt sich das IST für 2005 bislang dar? Ist zu erwarten, dass der HH-Ansatz 2005 nicht ausgeschöpft wird? Wenn ja warum? Wie kann eine Kürzung des Titels vor dem Hintergrund steigender Armut von Kindern und Familien begründet werden?

Antwort der Landesregierung:

zu Tit. 681 04 (MG 04)

Ist 2005 (Stand 01.09.2005): 163.926,88 €

Die restlichen Mittel werden bis zum Jahresende verausgabt.

Die Reduzierung des Haushaltsansatzes 2006 gegenüber 2005 um 9 T€ entspricht dem Beschluss der Landesregierung, die Förderprogramme des Landes um 5% zu kürzen.

zu Tit. 893 01 (MG 05)

Ist 2005 (Stand 01.09.2005): 11.000,00 €

Die restlichen Mittel sind gebunden und werden bis zum Jahresende in voller Höhe verausgabt. Es konnten alle bewilligungsreifen Maßnahmen gefördert werden.

Weitere Anträge liegen nicht vor.

Im Nachtragshaushalt 2005 wurde der Ansatz aufgrund der Reduzierung der ZIP-Mittel um insgesamt 400,0 T€ gem. Kabinettsbeschluss vom 16.11.04 wegen des zusätzlichen Mittelbedarfs bei der Wettbewerbshilfe von 150,0 T€ auf 50,0 T€ gekürzt. Im Haushaltjahr 2006 wird der Ansatz wieder auf 100,0 T€ erhöht.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	152 153
Kapitel:	12
Titel:	883 03 893 03
Zweckbestimmung:	Investitionen Jugendhilfe - an kommunale Träger an freie Träger
Ansatz:	50, 0T € 50,0 T €
Frage:	Wie ist die überproportionale Kürzung der Titel zu begründen? Wie stellen sich das IST 2004 und das bisherige IST 2005 jeweils dar und für welche Maßnahmen wurden die Mittel jeweils verwendet? Ist zu erwarten, dass die HH-Ansätze 2005 nicht ausgeschöpft wird? Wenn ja warum?

Antwort der Landesregierung:

Zu Titel 1012 - 883 03 (MG 05)

1. Der Ansatz 2006 entspricht der im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 aufgestellten mittelfristigen Finanzplanung bis 2008.
2. Das Ist 2004 beträgt 129,3 T€ und wurde für 7 kleine kommunale Jugendstättenbaumaßnahmen in den Kreisen Nordfriesland (Husum: 25,5 T€; Arlewatt: 7,2 T€), Stormarn (Glinde: 25,5 T€), Hzgt. Lauenburg (Hamwarde: 10,1 T€), Pinneberg (Heist: 10,0 T€; Helgoland: 25,5 T€) und Plön (Heikendorf: 25,5 T€) verwendet.

Das Ist 2005 beträgt zurzeit 0,0 T€. Jedoch sind in diesem Jahr 57,9 T€ für 5 kleine kommunale Jugendstättenbaumaßnahmen gebunden, für die die Mittel entsprechend dem Baufortschritt bis 31.12.2005 abfließen werden. Davon bewilligt wurden 4 Maßnahmen in Stormarn (Bad Oldesloe: 18,0 T€), Nordfriesland

(Langenhorn: 10,8 T€); Pinneberg (Quickborn: 11,1 T€) und Schleswig-Flensburg (Maasbüll: 9,0 T€). Für eine weitere Maßnahme im Kreis Schleswig-Flensburg (Steinbergkirche: 9,0 T€) wurde der vorzeitige Maßnahmebeginn genehmigt.

Zu Titel 1012 - 893 03/MG 05

1. Die Kürzung in 2006 beruht darauf, dass die Finanzierung der Maßnahme Jugendfreizeitstätte Mövenberg in List auf Sylt, für die 362,5 T€ eingeplant sind, von 2006 auf 2007 verschoben wurde.
2. Das Ist 2004 beträgt 384,4 T€ und wurde für die Jugendbildungs- und -begegnungsstätte Möwennest in Hörnum/Sylt der Schleswig-Holsteinischen Gesellschaft für Einrichtungen der Jugendpflege e.V. (255,1 T€) sowie für 6 kleine Jugendstättenbaumaßnahmen des Holmer Segelverein Schleswig e.V. (20,5 T€), der Friedrichstädter Rudergesellschaft von 1926 e.V. (25,4 T€), der Ev. Pfadfinderschaft Plön (19,7 T€), des Gemeinnützigen Verein für Jugenderholung e.V. (25,5 T€), des Hilfswerk der Deutschen Unitarier e.V. (23,0 T€) und des Verein Jugendsegeln e.V. (15,2 T€) verwendet.

Das Ist 2005 beträgt zurzeit 25,5 T€ und wurde für eine Maßnahme der DLRG Pinneberg verwendet. Daneben sind weitere 75,3 T€ für 4 Maßnahmen gebunden, für die die Mittel entsprechend dem Baufortschritt bis 31.12.2005 abfließen werden. Davon wurden 15,2 T€ für das Ev. Sozialwerk Mölln und 20,4 T€ für den SV Tungendorf bewilligt. Der vorzeitige Maßnahmebeginn wurde dem Landessportverband (25,5 T€) und der Ev. Domgemeinde Schleswig (14,2 T€) genehmigt.

Zu beiden Titeln:

3. Die HH-Ansätze 2005 werden im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb der Maßnahmegruppe 05 für weitere Maßnahmen ausgeschöpft, die in der nächsten Zeit bewilligungsreif werden und bei denen die Mittel noch im laufenden Haushaltsjahr abfließen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	154
Kapitel:	12
Titel:	MG 06 633 02
Zweckbestimmung:	§ 58 JuFöG Präventive Maßnahmen örtlicher Jugendhilfeträger
Ansatz:	1.532,0 T € 775,0 T €
Frage:	Die Modellmittel aus den Titeln 684 05 und 685 05 sind in die MG 06 überführt worden? Wieso hat sich trotzdem der HH- Ansatz der MG 6 für 2006 nicht erhöht? Wie ist die überproportionale Kürzung der Titel zu begründen? Wie stellen sich das IST 2004 und das bisherige IST 2005 jeweils dar und für welche Maßnahmen wurden die Mittel jeweils verwendet? Ist zu erwarten, dass die HH-Ansätze 2005 nicht ausgeschöpft wird? Wenn ja warum?

Antwort der Landesregierung:

Modellvorhaben in der Kinder- und Jugendhilfe werden zukünftig, wie sich aus den Haushaltserläuterungen ergibt, aus den Ansätzen der MG 06 gefördert.
Eine Erhöhung des Ansatzes der MG 06 ist nicht erfolgt, da keine Anträge in einer nennenswerten Größenordnung erwartet werden.

Das Ist 2004 bei dem Titel 1012 – 684 01 (MG 01) betrug 99,5 T€. Folgende Maßnahmen wurden gefördert:

Träger/ Antragsteller	Art des Modellvorhabens	Gesamt kosten(DM) beantr.		Beantragter Zuschuss					Bearbeitungs- stand	
		a)	b) Ges-Zusch	2001 (DM)	2002 (€)	2003 (€)	2004 (€)	2005 (€)		
Die Brücke Elmshorn e.V.	Psychosoziale Prophylaxe für Kinder psychisch kranker Eltern	a)	236.000	"1.9.01"				"31.8.04"		Bewilligung
		b)	188.800	31.450	48.266	32.000	36.760	-		
Förderverein Schutzengel e.V.	Schutzengel-Projekt	a)	200.000	"1.8.01"				"31.7.04"		Bewilligung
		b)	160.000	46.480	36.603	18.302	17.805	-		
Schnittpunkt e.V.	Jugendmediennetz Schleswig-Holstein	a)	459.500	"1.8.01"				"31.3.04"		Bewilligung
		b)	367.600	74.000	68.100	66.064 "67.900"	14.004	-		
Wendepunkt e.V.	Opfer - Täter	a)	188.000	"1.10.01"				"31.12.04"		Bewilligung
		b)	151.800	19.296	46.859	33.605	30.967	-		

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	10
Seite:	157 158
Kapitel:	12
Titel:	686 05 686 06
Zweckbestimmung:	Deutsche Gesellschaft f. Ernährung Ernährungswirtschaftliche Verbraucherberatung
Ansatz:	77, 0T € 166,0 T €
Frage:	Welche Organisationen / Institutionen sind in die Kampagne OPTIKIDS eingebunden und welche konkreten Maßnahmen führen diese jeweils durch? Wie gestaltet sich das Gesamtkonzept unter zeitlichen und regionalen Aspekten?

Antwort der Landesregierung:

Die Kampagne „OptiKids – optimale Kindergesundheit in Schleswig-Holstein“ besteht aus den Programmen „OptiKids-Kinderleicht“ und „OptiKids-Lebensleicht“. Trägerin der gesamten Kampagne ist die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung. Trägerin des ersten, bereits begonnenen Programms „OptiKids-Kinderleicht“ ist die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, Sektion Schleswig-Holstein. Ziel ist die Früherkennung und Prävention von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen in Kindertagesstätten und Schulen.

Das Konzept sieht zum einen den Aufbau eines Frühwarnsystems und zum anderen die Modifizierung vorhandener präventiver Angebote vor. Als Modellregionen wurden die Stadt Neumünster und der Kreis Schleswig-Flensburg ausgewählt. Hier ist der Anteil der übergewichtigen und adipösen Kinder gemäß den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen überdurchschnittlich hoch. Eine koordinierende Stelle für dieses Programm wurde zum 16. März 2005 bei der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE), Sektion Schleswig-Holstein, eingerichtet.

Die wichtigsten Kooperationspartner sind

DGE Sektion S.-H.: Projektträgerin, Koordination und Aufbau Frühwarnsystem, interne, Prozess begleitende Evaluation, Ansprache und Auswahl der

Kindertagesstätten und Schulen, Begleitung der Maßnahmen und einzelnen Projekte, Programmpräsentation, Akquise von Fördermitteln

Landesvereinigung f. Gesundheitsförderung: Durchführung der Intervention „Leibeslust-Lebenslust-Prävention von Essstörungen“ in Kitas

Universitätsklinikum S.-H., Campus Lübeck: Evaluation der Intervention des Projektes „Klasse 2000“ in Grundschulen im Raum Lübeck

Fachdienst Gesundheit Neumünster: Unterstützung beim Aufbau des Frühwarnsystems in der Region Neumünster, Durchführung von Kursen für adipöse Kinder

Fachdienst Jugend Neumünster: Akquise, Fürsprache und aktive Unterstützung in Kindergärten für die Intervention Leibeslust-Lebenslust, Unterstützung beim Aufbau des Frühwarnsystems in der Region Neumünster

Verein FördeKids: Durchführung von primärpräventiven Kursen für übergewichtige Kinder

Verbraucherzentrale S.-H.: Schulungen im Rahmen des Frühwarnsystems

Netzwerk Ernährung: mit Vertretern des öffentlichen Gesundheitswesens, der Krankenkassen, freiberufliche Ökotrophologinnen, der Beratungsstelle Eß-o-Eß: Koordination und Aufbau von Maßnahmen im Setting Hauptschule

Fachklinik Sylt: Erstellung und Pflege einer Datenbank „Netzwerk Adipositas“

Verschiedene Krankenkassen: Finanzielle Unterstützung zur Durchführung verschiedener präventiver Maßnahmen

sowie

Kinder- und Jugendarztpraxen und örtliche Sportvereine.

Das Gesamtkonzept für Optikids-Kinderleicht sieht eine Laufzeit von vier Jahren (2005 – 2008) vor. Die verschiedenen präventiven Maßnahmen beginnen im Setting Kindertagesstätte mit dem Projekt „Leibeslust – Lebenslust – Prävention von Essstörungen“ im September 2005 in Neumünster und werden 2008 enden. Die Durchführung im Kreis Schleswig-Flensburg ist von Juni 2006 bis Dezember 2008 geplant.

Eine Datenerhebung für die Projekte „Klasse 2000“ und „Region aktiv“ an einigen Grundschulen im Vergleich zu Kontrollschulen im Raum Lübeck wurde im Juni 2005 abgeschlossen. Nach der Auswertung und der Modifizierung einzelner Module wird der Einsatz ab Mitte 2006 an Grundschulen in den Modellregionen Neumünster und Kreis Schleswig-Flensburg erfolgen.

Für das Setting Hauptschule werden zurzeit in Kooperation mit beteiligten Schulen individuell angepasste Angebote zur Primärprävention in Neumünster erarbeitet und erprobt. Die Umsetzung erfolgt ab Juli 2006 in beiden Modellregionen.

Für bereits übergewichtige Kinder wird das Programm „FördeKids“ angeboten. Es ist zertifiziert und erfüllt damit die Voraussetzungen für eine Mitfinanzierung durch die Krankenkassen.

Der Aufbau des Frühwarnsystems hat folgenden Zeitplan:

- Okt. – Dez. 2005: Recherche örtlicher Hilfeangebote in Neumünster für die Bereiche Ernährung, Bewegung, Entspannung, Unterstützung für Familien; Informationen der zu beteiligenden Berufsgruppen wie z. B. Sensorinnen und Sensoren, (Streetworkerinnen und Streetworker, Pädagoginnen und Pädagogen etc.) sowie Präventionistinnen und Präventionisten sowie Therapeutinnen und Therapeuten (wie z.B. Ernährungsfachkräfte vom Team „Fördekids“, Ärztinnen und Ärzte , Sportübungsleiterinnen und - leiter etc.), Erstellen von Infomaterial für Eltern (Flyer zum Thema Übergewicht und zu Hilfemaßnahmen in der Region Neumünster); Erstellen von Schulungsmaterial zur Schulung beteiligter Berufsgruppen
- Jan. – Dez. 2006: Etablierung des Frühwarnsystems in Neumünster mit u.a. der Einrichtung/Nutzung der Datenbank in Zusammenarbeit mit der Fachklinik Sylt
Organisation und Durchführung einer Kommunikationsbörse
Presse- und Öffentlichkeitskampagne
- Jan. – Dez. 2007: Organisation und Durchführung der zweiten Kommunikationsbörse
Beginn der Übertragung des Frühwarnsystems auf die ländliche Modellregion Schleswig-Flensburg
- Jan. – Dez. 2008 Etablierung des Frühwarnsystems in der ländlichen Modellregion

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	7
Kapitel:	1101
Titel:	Diverse
Zweckbestimmung:	Steuereinnahmen
Ansatz:	- T Euro
Frage:	Hält die Landesregierung die Steuerschätzung vom 10.-12.05.2005 für eine zutreffende Einschätzung? Hat sie Anhaltspunkte davon abzuweichen? Hat sie oder plant sie Vorsorge zu treffen analog zu der Vorsorge im Nachtrag 2005?

Antwort der Landesregierung:

Die Landesregierung hat gegenwärtig keine Anhaltspunkte von den Ergebnissen der Steuerschätzung vom 10.-12.05.2005 für den Haushalt 2006 abzuweichen.

Sofern die nächste Steuerschätzung am 02./03.11.2005 Änderungen der Ansätze erforderlich macht, werden diese zu gegebener Zeit in der Nachschiebeliste zum Haushalt 2006 dargestellt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	16
Kapitel:	1102
Titel:	613 04 911
Zweckbestimmung:	Fehlbetragszuweisungen
Ansatz:	17.000 T Euro
Frage:	Warum steigt der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Auf der Grundlage von § 7 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) sollen 2006 als Vorwegabzug aus der Finanzausgleichsmasse für Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen nach §§ 16 und 17 FAG insgesamt 18 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Die Ansatzerhöhung bei den Fehlbetragszuweisungen um 7 Mio. Euro zu Lasten der Sonderbedarfszuweisungen wurde entsprechend dem aufgrund der deutlich verschlechterten Finanzlage der Kommunen angewachsenen Bedarf vorgenommen. Nach der Vorgabe des § 17 Abs. 1 FAG sind Sonderbedarfszuweisungen als nachrangiges Instrument gegenüber den Fehlbetragszuweisungen zu gewähren. Insoweit korrespondiert dieser Ansatz mit Titel 1102-883 01

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	17
Kapitel:	1102
Titel:	613 06 911
Zweckbestimmung:	Schlüsselzuweisungen
Ansatz:	708.268,5 T Euro
Frage:	Warum sinkt der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Nach § 7 Abs. 2 FAG stehen als Schlüsselzuweisungen die nach Abzug der gemäß § 7 Abs. 1 FAG bereitzustellenden Beträge verbleibenden Mittel aus der Finanzausgleichsmasse zur Verfügung.

Die Finanzausgleichsmasse wiederum wird nach § 5 FAG nach den Steuereinnahmen sowie den Einnahmen des Landes aus Bundesergänzungszuweisungen und dem Länderfinanzausgleich errechnet.

Insbesondere die zurückgehenden Steuereinnahmen des Landes auf der Grundlage der Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10.-12.05.2005 führen daher auch zu einem Rückgang des Ansatzes für Schlüsselzuweisungen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	17
Kapitel:	1102
Titel:	633 08 181
Zweckbestimmung:	Zuweisungen für Theater und Orchester Betriebskosten
Ansatz:	36.700,0 T Euro
Frage:	Warum steigt der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Die Zuweisungen für Theater und Orchester unterliegen gemäß § 22 Abs. 1 FAG einer jährlichen Steigerungsrate von bis zu 3 v. H.
Dies führt zu der Erhöhung des Ansatzes 2006.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	18
Kapitel:	1102
Titel:	883 01 911
Zweckbestimmung:	Sonderbedarfszuweisungen
Ansatz:	500,0 T Euro
Frage:	Warum sinkt der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Auf der Grundlage von § 7 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) stehen als Vorwegabzug aus der Finanzausgleichsmasse für Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen nach §§ 16 und 17 FAG insgesamt 18 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Ansatzreduzierung bei den Sonderbedarfszuweisungen um 7 Mio. Euro zugunsten der Fehlbetragszuweisungen wurde entsprechend dem aufgrund der deutlich verschlechterten Finanzlage der Kommunen angewachsenen Bedarf vorgenommen.

Nach der Vorgabe des § 17 Abs. 1 FAG sind Sonderbedarfszuweisungen als nachrangiges Instrument gegenüber den Fehlbetragszuweisungen zu gewähren. Auf die Ausführungen zum korrespondierenden Titel 1102-613 04 wird hingewiesen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	19
Kapitel:	1102
Titel:	883 15 911
Zweckbestimmung:	Zuweisung für Investitionsmaßnahmen
Ansatz:	65.795,4 T Euro
Frage:	Warum sinkt der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Nach § 7 Abs. 2 FAG stehen als Schlüsselzuweisungen die nach Abzug der gemäß § 7 Abs. 1 FAG bereitzustellenden Beträge verbleibenden Mittel aus der Finanzausgleichsmasse zur Verfügung, wobei 8,5 v. H. der Schlüsselzuweisungen für Investitionen zu verwenden sind.

Die Finanzausgleichsmasse wiederum wird nach § 5 FAG nach den Steuereinnahmen sowie den Einnahmen des Landes aus Bundesergänzungszuweisungen und dem Länderfinanzausgleich errechnet.

Insbesondere die zurückgehenden Steuereinnahmen des Landes auf der Grundlage der Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10.-12.05.2005 führen daher auch zu einem Rückgang des Ansatzes der Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen aus Schlüsselzuweisungen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	25
Kapitel:	1103
Titel:	111 01 013
Zweckbestimmung:	Gebühren Einnahmen
Ansatz:	3.419,3 T Euro
Frage:	Von wem werden die Einnahmen in welcher Höhe erwartet? Bitte Titel angeben.

Antwort der Landesregierung:

Die Haushaltsmittel aus dem Kauf von Geobasisdaten werden bis zum 31.12.2005 bei Titel 0403 – 111 01 (Gebühren und sonstige Entgelte der Katasterverwaltung) vereinnahmt. Da entsprechende Einnahmen unmittelbar der IT zuzurechnen sind, werden diese Einnahmen ab dem 01.01.2006 im Kapitel 1103 veranschlagt und gebucht. Veranschlagt sind die erwarteten Einnahmen aus dem Verkauf von Geobasisdaten der Katasterverwaltung an Behörden der Landesverwaltung und Dritte. Die Einnahmen fließen dem Landeshaushalt zu.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	27
Kapitel:	1103
Titel:	533 56 013
Zweckbestimmung:	Werkverträge
Ansatz:	40.000 T Euro
Frage:	Warum steigt der Ansatz? Welche neuen Werkverträge sind vorgesehen?

Antwort der Landesregierung:

Das Kapitel 1103 ist ein IT-Gesamtbudget. Bei Titel 1103 – 533 56 werden alle Ausgaben der Ressorts für Dienst- und Werkverträge erfasst. Durch Anmeldungen der Ressorts hat sich der Titel für Werkverträge und andere Vertragsformen erhöht. Die Steigerung wird im Wesentlichen durch neue IT-Maßnahmen (IT-Vorhaben) wie z. B. die Einführung von EOSS (EOSS-Verbund Deutschland) in der Steuerverwaltung begründet.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	30
Kapitel:	1103
Titel:	533 03 013
Zweckbestimmung:	Leistungsentgelte an Dataport
Ansatz:	2.853,0 T Euro
Frage:	Warum steigt der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Die für das Datennetz veranschlagten Ausgaben im Kapitel 1103 beinhalten den mittelfristigen Anschluss der Schulleitungen und Lehrer (ca. 1200 Schulen bis 2009) sowie von rd. 50 weiteren Polizeidienststellen in 2006 an das Landesnetz Schleswig-Holstein. Die Kosten entsprechen den vertraglichen Regelungen mit Dataport für die Administration des Datennetzes.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	30
Kapitel:	1103
Titel:	533 04 013
Zweckbestimmung:	Leistungsentgelte an die Telekom
Ansatz:	9.811,0 T Euro
Frage:	Warum steigt der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Die für das Datennetz veranschlagten Ausgaben im Kapitel 1103 beinhalten den mittelfristigen Anschluss der Schulleitungen und Lehrer (ca. 1200 Schulen bis 2009) sowie von rd. 50 weiteren Polizeidienststellen in 2006 an das Landesnetz Schleswig-Holstein. Die Kosten entsprechen den vertraglichen Regelungen mit der TELEKOM zur Bereitstellung der Übertragungsdienstleistungen (Einrichtung, Betrieb der Leitungen und Netzabschlüsse [Modem, Router, Netzdosens pp.]) des Datennetzes.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	89
Kapitel:	1106
Titel:	Diverse
Zweckbestimmung:	Beihilfen
Ansatz:	- T Euro
Frage:	Erwartet die Landesregierung eine Reduzierung analog zum Nachtragshaushalt 2005? Wenn nein, warum nicht?

Antwort der Landesregierung:

Die Frage kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.
Eine aktualisierte Hochrechnung der Beihilfeausgaben wird üblicherweise erst zur Nachschiebeliste erstellt und liegt daher noch nicht vor.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	101
Kapitel:	1111
Titel:	461 01 981
Zweckbestimmung:	GME für Personalausgaben
Ansatz:	15.000 T Euro
Frage:	Für welche Ausgaben in welchen Ressorts soll der Ansatz verwendet werden?

Antwort der Landesregierung:

Mit dem Personaleinsparkonzept hat die Landesregierung beschlossen, Haushaltsmittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen künftig zentral zu veranschlagen und im Haushaltsvollzug entsprechend dem tatsächlichen Bedarf auf die Einzelpläne umzusetzen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	101
Kapitel:	1111
Titel:	517 01 011
Zweckbestimmung:	Bewirtschaftungsmittel für die GMSH
Ansatz:	0 T Euro
Frage:	Hat sich die Summe der jetzt in den Einzelplänen veranschlagten Bewirtschaftungsmittel im Vergleich zu 2005 verändert? Wenn ja, wie in welchen Ressorts?

Antwort der Landesregierung:

Bezüglich der Haushaltsansatzes 2005 stellen die in der anliegenden Tabelle zu den einzelnen Ressorts erfassten Werte die auf Grundlage der Einzelmietverträge zwischen den Dienststellen und der LVSH von den Dienststellen nicht an die GMSH zu leistende Bewirtschaftungskosten dar.

Die an die GMSH auf Grund des Rahmenbewirtschaftungsvertrages zu leistenden Bewirtschaftungskosten wurden vor dem Hintergrund der Umstellung der Bewirtschaftungskostenabrechnung von der IST-Kostenerstattung auf eine produktpreisbasierende Abrechnung (vgl. § 5 Rahmenbewirtschaftungsvertrag) in den Haushaltsjahren 2004/2005 aus Verfahrensgründen zentral bei 1111-517 01 erfasst und im Rahmen des Haushaltsvollzuges 2004/2005 verursachungsgerecht in die Einzelpläne umgesetzt.

Ab dem Haushaltsjahr 2006 erfolgt die Veranschlagung wieder dezentral bei den jeweiligen Ressorts.

siehe beiliegende Anlage 2

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	102
Kapitel:	1111
Titel:	534 01 011
Zweckbestimmung:	Ausgaben Modernisierung der Verwaltung
Ansatz:	423,0 T Euro
Frage:	Wofür soll der erhöhte Ansatz verwendet werden?

Antwort der Landesregierung:

Der erhöhte Ansatz soll für folgende Schwerpunkte verwendet werden:

- Das Konzept zur Personalentwicklung und die Einführung Neuer Steuerungselemente (Outputorientierte Budgetierung auf der Grundlage von Zielvereinbarungen, Controlling und Berichtswesen) werden umgesetzt bzw. fortgeführt. Dabei ist die Implementierung der Neuen Steuerungsinstrumente ein längerfristig angelegter Prozess.
- Ein weiterer Themenschwerpunkt der Verwaltungsreform liegt in der Einführung von E-Government-Prozessen. Dazu müssen die Bearbeitungsprozesse zunächst erfasst und analysiert und dann organisatorisch optimiert werden. Ziel ist eine rationellere Aufgabenerledigung, bei der die Interessen des Adressaten einer Verwaltungsleistung besonders berücksichtigt werden.
- Zur Vermittlung und Umsetzung der verschiedenen Reformmaßnahmen werden außerdem Schulungen, Seminare und Workshops durchgeführt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	104
Kapitel:	1111
Titel:	893 01 011
Zweckbestimmung:	Schleswig-Holstein Fonds
Ansatz:	80.000 T Euro
Frage:	Wie hoch ist der Anteil der Ausgaben, die in den SH Fonds aus den Einzelplänen verschoben werden??

Antwort der Landesregierung:

s. anliegende Liste (Anlage 1)

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	105
Kapitel:	1111
Titel:	971 02 988
Zweckbestimmung:	Globale Mehrausgaben zur Finanzierung von Ausgaberesten
Ansatz:	21.000 T Euro
Frage:	Bitte den Titel näher erläutern. Was ist genau in welchen Ressorts geplant?

Antwort der Landesregierung:

Die Mittel dienen insbesondere der Deckung von aus Drittmitteln gebildeten Ausgaberesten der Hochschulen. Die Einzelbewirtschaftung der Hochschulmittel erfolgt künftig außerhalb des Landeshaushalts, so dass keine Finanzierung der Reste durch Bildung neuer Reste oder Einsparungen an anderer Stelle möglich ist.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	11
Seite:	115
Kapitel:	1116
Titel:	325 02 921
Zweckbestimmung:	Anschlussfinanzierung
Ansatz:	2.502.665,1 T Euro
Frage:	Warum schwanken die Ansätze? Wie wird über die Anschlussfinanzierung entschieden?

Antwort der Landesregierung:

Die bei Titel 1116-32502 veranschlagten Anschlussfinanzierungen entsprechen der Höhe nach den Tilgungszahlungen aus fällig gewordenen Altschulden (Titel 1116-59501). Die Anschlussfinanzierungen und die Neuverschuldung (Titel 1116-32501) bilden zusammen den Bruttokreditbedarf, der zur Deckung des Haushalts auf dem Kreditmarkt zu beschaffen ist.

Die Ansätze für die Anschlussfinanzierung schwanken, weil die Fälligkeitsstruktur der Kreditaufnahme durch das Kredit- und Zinsmanagement in Abhängigkeit von dem jeweiligen Zinsniveau und der erwarteten Zins- und Kapitalmarktentwicklung mit dem Ziel der Optimierung der Zinsausgaben gestaltet wird. So wird z.B. bei einem aktuell überdurchschnittlich niedrigen Zinsniveau und einem erwarteten Zinsanstieg die Durchschnittslaufzeit der Kreditaufnahme erhöht mit der Konsequenz, dass die Tilgungen und Anschlussfinanzierungen in den nächsten Jahren geringer ausfallen. Außerdem können sich aufgrund der Fälligkeit größerer Anleiheemissionen des Landes Schwankungen der veranschlagten Tilgungen und der entsprechenden Anschlussfinanzierungen ergeben. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass mit wachsendem Schuldenstand ceteris paribus auch die Volumina der Tilgungsleistungen und der entsprechenden Anschlusskredite zunehmen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	11
Kapitel:	01
Titel:	124 01
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung
Ansatz:	372,0
Frage:	Woher rühren diese Einnahmen? Wieso steigen sie auf das 5-fache?

Antwort der Landesregierung:

Es ist bei Titel 1315-124 01 keine Erhöhung des Einnahmeansatzes um das 5-fache erfolgt. Im Rahmen der neuen Haushaltsstruktur sind im Einzelplan 13 die Titel 1303-124 01 (Soll 2005: 75,5 T€) und 1310-124 01 (Soll 2005: 398,8 T€) zusammengeführt worden (s. Übertragungsvermerk). Im Haushaltsentwurf ist irrtümlicherweise nur das Soll des Kapitels 1303 in Höhe von 75,5 T€ ausgewiesen. Tatsächlich beträgt das Soll 2005 474,3 T€. Es sind somit rd. 100,0 T€ weniger Einnahmen gegenüber 2005 veranschlagt.

Die Einnahmen sind überwiegend veranschlagt für Einnahmen aus Verpachtung und Nutzung von landeseigenen Teichen und Seen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	19
Kapitel:	01
Titel:	54699
Zweckbestimmung:	Vermischte Verwaltungsausgaben ..
Ansatz:	126,90
Frage:	Warum verdoppelt sich dieser Titel? Wofür sind die Ansätze geplant? Was verbirgt sich unter sonstigen vermischten Ausgaben?

Antwort der Landesregierung:

Der hohe Ansatz resultiert aus der Zusammenführung der Titel 1303 – 546 99, 1308 – 546 99 und 1310 – 546 99 im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Einzelplans nach Aufgabenbereichen.

Unter „Sonstige vermischte Ausgaben“ sind Mittel für die Unterhaltung von landeseigenen Grundstücken durch die Staatlichen Umweltämter (z.B. Unterhaltung der Sommerdeiche, Treibselräumung, Räumung von Gräben, Unterhaltung von Wegen und Brücken etc. rd. 33,0 T€) sowie Mittel für Übersetzungsarbeiten, Transportgebühren im Rahmen der besonderen Ernteterminierung, Betreuung von Nutzer- und Besuchergruppen im NPA und ähnliches veranschlagt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	25, 28, 33, 35
Kapitel:	01
Titel:	511 10/511 14/511 12/511 13/
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf ..
Ansatz:	258,5/ 170,5/ 31,0 / 299,9/
Frage:	Warum steigt der Geschäftsbedarf im Ministerium und im NPA , sinkt aber im Land und in den StUAs?

Antwort der Landesregierung:

1301-511 10 MG 10 und 1301-511 12 MG 12

Veranschlagt wurde hier u. a. die Beschaffung von Gerätschaften und Mobiliar wie Akten- und Garderobenschränke, Roll – und Standcontainer, Aktenböcke und Regalanlagen im üblichen Rahmen.

Hinzu kommt ein erheblicher Bedarf an neuen Schreibtischen, da die vorhandenen nicht den ergonomischen Anforderungen entsprechen. Der medizinische Dienst hat den sukzessiven Austausch dieser Tische ebenso gefordert wie die Ersatzbeschaffung zahlreicher Bürodrehstühle. Die derzeit vorhandenen Drehstühle bergen ein erhöhtes Unfallrisiko für die Beschäftigten. Der Austausch wird auch in 2006 fortgesetzt werden müssen.

Zudem werden aus diesem Ansatz Neu- und Ersatzbeschaffungen z.B. von Telefaxgeräten durchgeführt.

1301-511 14 MG 11 und 1301-511 13 MG 13

Es handelt sich um eine allgemeine Kürzung zur Konsolidierung des Landeshaushaltes.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	51
Kapitel:	12
Titel:	111 05
Zweckbestimmung:	Gebühren und Auslagen bei immissionsschutzrechtlichen Anzeige- und Genehmigungsverfahren
Ansatz:	900,--
Frage:	Warum liegt der Ansatz 40% unter dem von 2005?

Antwort der Landesregierung:

Für die Durchführung immissionsschutzrechtlicher Anzeige- und Genehmigungsverfahren werden von den Staatlichen Umweltämtern und dem LANU Gebühren in Abhängigkeit der Herstellungskosten des Vorhabens erhoben. Der Hauptanteil der Verfahren wird im Änderungsgenehmigungsverfahren durchgeführt. Der Anteil der Neugenehmigungs-Verfahren, die von den Investitionskosten her bedeutender sind, ist zumindest in den förmlichen Verfahren weitaus geringer. Durch die Abhängigkeit der Gebührenhöhe von der Höhe den Herstellungskosten sind die Einnahmen stark konjunkturabhängig. Je mehr in Neuanlagen oder größeren Anlagenänderungen investiert wird, desto höher sind die Einnahmen. Ein Haushaltsansatz von 900.000 € ist im Durchschnitt als realistisch anzusehen. Mit nur einem durchzuführenden Großverfahren kann dieser Haushaltsansatz aber auch deutlich überschritten werden.

Besonderheit in den Jahren 2004/2005:

Mit Urteil vom 30.06.2004, Az.: BVerwG 4 C 9.03 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass eine Windfarm im Sinne der Nr. 1.6 des Anhangs zur 4. BImSchV auch dann vorliegt, wenn die Windfarm durch mehrere unabhängige Betreiber betrieben wird und wenn die Windkraftanlagen einander räumlich so zugeordnet sind, dass sich ihre Einwirkungsbereiche überschneiden oder wenigstens berühren. Eine Windfarm in diesem Sinne unterliegt der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungspflicht. Mit diesem Urteil ging automatisch der Wechsel der

Genehmigungszuständigkeit von den Bauämtern auf die StUÄ über und entsprechend war ein Anstieg der Genehmigungsverfahren und entsprechend der Gebühreneinnahmen bei den StUÄ zu verzeichnen.

Mittlerweile ist durch Änderung der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) auch rechtstechnisch bereinigt und ab 01.06.2005 sind einzelne Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftig.

Ein weiterer sprunghafter Anstieg bei den zu bearbeitenden Genehmigungsanträgen ist nicht zu erwarten.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	54
Kapitel:	12
Titel:	533 03
Zweckbestimmung:	Maßnahmen und Aufträge der Biotechnologie und der Gentechnik
Ansatz:	15,0
Frage:	Warum wurde der Titel um über 80% gesenkt? (Bitte ggf. fachlich begründen)

Antwort der Landesregierung:

Besonderheit 2004/2005

Der bisherige hohe Ansatz in diesem Titel resultiert im Wesentlichen aus veranschlagten 100.000 Euro für (freiwillige) Folgeprojekte im Bereich der biologischen Sicherheit und dem Monitoring von GVO, die nicht umgesetzt werden konnten. Des Weiteren beinhaltet der Titel laufende Mittelabflüsse für ein auslaufendes Forschungsprojekt.

Zum anderen handelt es sich um eine allgemeine Kürzung zur Konsolidierung des Landeshaushaltes

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	61
Kapitel:	13
Titel:	271 01
Zweckbestimmung:	Erstattungen ... EAGFL
Ansatz:	1.650,0
Frage:	Wie kommt es zur Steigerung des Ansatzes von fast 30%

Antwort der Landesregierung:

Bedingt durch die Auswahl weiterer Gebiete für das Netz NATURA 2000 steigt die Nachfrage nach Vertragsnaturschutz zunehmend an. Der Vertragsnaturschutz soll prioritär in NATURA 2000 Gebieten angeboten werden. Dem entsprechend wurden die Ansätze in den Maßnahmengruppen 20 und 23 angehoben. Hierfür ist dann auch der Einnahmetitel um den Erstattungsanteil der EU anzupassen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	63
Kapitel:	13
Titel:	346 01
Zweckbestimmung:	Zuschüsse der EU für Naturschutz und Landschaftspflegemaßnahmen
Ansatz:	1.500,-
Frage:	Warum nehmen die Zuschüsse um 300,- T ab?

Antwort der Landesregierung:

Der niedrigere Ansatz ergibt sich aus geringeren Ansätzen in der Maßnahmengruppe 01 (Biologischer Flächenschutz, NATURA 2000 und Artenschutz). Daher werden die Zuschüsse der EU für Naturschutz und Landschaftspflegemaßnahmen entsprechend niedriger ausfallen.

Hinweis: Der Haushalt 2005 enthält die Erläuterung dieses Titels einen redaktionellen Fehler. Richtig ist „Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei der Maßnahmengruppe 01 zu verwenden“.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	65
Kapitel:	13
Titel:	534 06
Zweckbestimmung:	Interreg-Projekte zum „kulurel. Erbe“
Ansatz:	179,-
Frage:	Für welche Maßnahmen dient dieses Projekt? Warum wurde der Ansatz reduziert?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich hierbei nicht um eine Kürzung.

Dieses Projekt hatte seinen Planungsbeginn in 2002 und hatte bis Anfang dieses Jahres zur Grundlage, dass mit mehreren Partnern mit jeweiliger anteiliger Finanzierungsbeitrag ab 2005 das Projekt finanziert wird. Leider konnte der dänische Projektpartner in der Endphase der Planung seine Finanzierungszusage nicht mehr aufrechterhalten. Dies hatte zur Folge, dass das beabsichtigte Projekt nicht mehr in dem geplanten Umfang durchgeführt werden konnte. Aufgrund des besonderen Interesses des Naturschutzes an der Erstellung des Katasters der Historischen Kulturlandschaft wurde die Planung modifiziert und beschränkt sich nun besonders auf das landesseitige Kataster in mehreren Schritten.

Daher fällt der Mittelbedarf deutlich geringer aus und wurde mit Haushaltsentwurf 2006 entsprechend veranschlagt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	69
Kapitel:	19
Titel:	534 01
Zweckbestimmung:	Sonstige Aufträge im Rahmen des Biolog. Flächen- und Artenschutzes
Ansatz:	340,-
Frage:	Warum gehen die Ansätze seit 2004 kontinuierlich zurück? (Bitte ggf. fachlich begründen)

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich hierbei nicht um eine Kürzung, sondern um eine Umfinanzierung innerhalb der Maßnahmengruppe 01. Die Mittel sind nun anteilig in dem Titel 1313-686 04 veranschlagt und werden für die Durch- und/oder Ausführung von Projekten auch mittels Kooperationsverträgen mit Vereinen, Verbänden, Gebietskörperschaften, Stiftungen und Sonstigen im Rahmen der Umsetzung von NATURA 2000 in Bereichen des Natur- und Artenschutzes in der NATURA 2000 Gebietskulisse eingesetzt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	72 – 74
Kapitel:	13
Titel:	68501
Zweckbestimmung:	Schutzgebietsbetreuung
Ansatz:	950,0
Frage:	Bitte die Tabelle auf S. 74 mit den Ansätzen von 2004 und 2005 zum Vergleich darstellen

Antwort der Landesregierung:

siehe nächste Seite

Titel: 1313 685 01

Betreuung geschützter Gebiete

lfd. Nr.	Verein/Verband	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
1.	NABU Landesverband S-H	240.000,00	280.000,00	240.000,00
2.	Verein Jordsand	105.000,00	130.000,00	120.000,00
3.	Schutzstation Wattenmeer	229.000,00	240.000,00	240.000,00
4.	Schutzgemeinschaft Uthörn	1.500,00	1.500,00	1.500,00
5.	AG Geobotanik	7.500,00	8.000,00	7.500,00
6.	Söl' ring Foriining	18.000,00	18.000,00	18.000,00
7.	Naturschutzgemeinschaft Sylt	45.000,00	45.000,00	45.000,00
8.	Verein für Dithmarscher Landeskunde	1.500,00	1.500,00	1.500,00
9.	Öömrang Ferian	36.000,00	36.000,00	45.000,00
10.	Landesjagdverband	35.000,00	55.000,00	35.000,00
11.	Unabhängiges Kuratorium	4.000,00	5.000,00	6.000,00
12.	Wiedingharder Naturschutzverein	12.400,00	12.400,00	15.000,00
13.	Naturschutzverein Mittl. Nordfriesland	10.000,00	10.000,00	12.000,00
14.	Verein Förd. Umweltsch. ländl. Raum	4.000,00	4.000,00	4.000,00
15.	Naturschutzverein Ruhwinkel	1.500,00	1.500,00	1.500,00
16.	Schleswig-Holst. Heimatbund	1.500,00	3.000,00	1.500,00
17.	BUND - Landesverband S-H	9.000,00	20.000,00	9.000,00
18.	Kreissportfischerverband Plön	3.000,00	3.000,00	3.000,00
19.	Naturschutzverein Uthlande	7.100,00	7.100,00	7.100,00
20.	Verein "Schutz des Tävsmoores"	1.000,00	1.000,00	1.000,00
21.	Naturschutzverein Kasseedorf	1.000,00	1.000,00	1.000,00
22.	Botanischer Verein zu Hamburg	1.000,00	1.000,00	2.000,00
23.	Naturschutzverein Hasloh/Quickborn	1.000,00	1.000,00	1.000,00
24.	Natur Plus e.V. Panten	2.000,00	2.000,00	2.000,00
25.	Naturschutzverein im Amt Langballig	2.000,00	2.000,00	2.000,00
26.	Stiftung Hzgt. Lauenburg	1.000,00	1.000,00	1.000,00
27.	NABU Ortsgruppe Oldenburg	2.000,00	2.000,00	2.000,00
28.	Naturschutzverein Südtondern	3.000,00	3.000,00	4.000,00
29.	NABU Hamburg	-	-	1.400,00
30.	Weitere Gebiete für neue Betreuung	115.000,00	55.000,00	120.000,00
	Summe	900.000,00	950.000,00	950.000,00

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	75
Kapitel:	13
Titel:	68602
Zweckbestimmung:	Stiftung Naturschutz – Werkverträge für Flächenmanagement
Ansatz:	30,-
Frage:	Warum wurde der Ansatz um 85% reduziert? Welche Projekte wurden bisher davon finanziert?

Antwort der Landesregierung:

Aufgrund der geringer zur Verfügung stehenden Mittel aus der Oberflächenwasserabgabe musste der Ansatz entsprechend im Haushaltsentwurf 2006 niedriger veranschlagt werden.

Projekte:

2004:

- A) Planungskosten zur Flächenrenaturierung im NSG "Sehlendorfer Binnensee": 5.311,87 Euro
- B) Konzept zur Renaturierung einer Stiftungsfläche: 2.679,00 Euro

2005:

- A) Planungskosten für Biotopgestaltungsmaßnahmen auf Stiftungsflächen: 22.040,00 Euro
- B) Untersuchungen zur Biomasseverwertung in EU-Vogelschutzgebieten: 24.161,54 Euro

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	76
Kapitel:	13
Titel:	686 04
Zweckbestimmung:	An Vereine, Verbände, Gebietskörperschaften, Stiftungen und Sonstige, für nichtintensive Projekte, Natur- und Artenschutz NATURA 2000
Ansatz:	250,-
Frage:	Für welche konkreten Projekte ist dieser Ansatz gedacht? Wer ist der Träger dieser Projekte?

Antwort der Landesregierung:

Veranschlagt sind hier Mittel für die Durch- und/oder Ausführung von Projekten auch mittels Kooperationsverträgen mit Vereinen, Verbänden, Gebietskörperschaften, Stiftungen und Sonstigen im Rahmen der Umsetzung von NATURA 2000 in Bereichen des Natur- und Artenschutzes in der NATURA 2000 Gebietskulisse. Im Laufe der Haushaltsjahr 2004 / 2005 hat sich in vielen Vorgesprächen mit den Vorgenannten gezeigt, dass für entsprechende Projekte und Kooperationsverträge für die Begleitung der Umsetzung von NATURA 2000 die haushaltsmäßigen Voraussetzungen dringend geschaffen werden müssen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass hierüber Partner zur Umsetzung von NATURA 2000 vor Ort gefunden werden können und somit eine höhere Akzeptanz vor Ort erreicht werden könnte. Aufgrund der bisher geführten Vorgespräche ist von einer ansatzgemäßen Mittelverwendung, die derzeit nicht konkretisiert werden kann, und einem entsprechenden Mittelabfluss auszugehen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	82
Kapitel:	13
Titel:	893 01
Zweckbestimmung:	An Stiftungen und Sonstige für Grundstücksankäufe auch im Rahmen von NATURA 2000
Ansatz:	523,9
Frage:	Wieso wurde dieser Titel so stark reduziert?

Antwort der Landesregierung:

Aufgrund der geringer zur Verfügung stehenden Mittel aus der Oberflächenwasserabgabe musste der Ansatz entsprechend im Haushaltsentwurf 2006 niedriger veranschlagt werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	84
Kapitel:	13
Titel:	89401
Zweckbestimmung:	An die Stiftung Naturschutz zur Aufstockung des Grundkapitals
Ansatz:	90,-
Frage:	Warum wird der Ansatz so stark reduziert? (von 778,6 in 2004, 360,0 in 2005)

Antwort der Landesregierung:

Mit jeder neuen in den Bestand der Stiftung Naturschutz übergehenden Fläche (Erwerb etc.) sind dauerhafte Lasten verbunden. Dies sind Kosten der Flächenverwaltung, der Flächenunterhaltung (u. a. Verkehrssicherungspflichten), grundstücksgebundene Lasten (wie Grundsteuern, Verbandsbeiträge, Landwirtschaftskammerbeiträge usw.). Diese Ausgaben werden der Stiftung Naturschutz als ha-Pauschale einmalig in kapitalisierter Form erstattet. Der Erstattungsbetrag ist dem Grundkapital zuzuführen, um aus den Erträgen die dauerhafte Finanzierung zu gewährleisten. Daher sind diese Erstattungen als investive Leistungen zu veranschlagen.

Aufgrund des erheblich abgesenkten Flächenzuwachses wurde der Ansatz bei Titel 1313-894 01 gegenüber dem Vorjahr entsprechend reduziert.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	86
Kapitel:	13
Titel:	68504
Zweckbestimmung:	Institutionelle Forderung großer Natur- und Umweltschutzverbände
Ansatz:	170,0
Frage:	Welche Verbände werden gefördert und wie viel bekommen sie?

Antwort der Landesregierung:

Zuwendungsempfänger können nur mitgliedsstarke, nach § 51 LNatSchG anerkannte Naturschutzverbände sein, die die Voraussetzungen der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen für die Arbeit von Naturschutzverbänden erfüllen. In den Jahren 2003-2005 wurden die Mittel entsprechend der gestellten Anträge und der anteiligen Berechnung der Zuwendung an 3 Verbände (NABU, BUND und Jordsand) bewilligt.

Antragsteller	beantragt 2004	bewilligt 2004	beantragt 2005	bewilligt 2005
NABU	89.500,00 €	74.869,15 €	89.500,00 €	76.660,45 €
BUND	89.480,00 €	74.852,41 €	89.480,00 €	76.643,31 €
Jordsand	35.000,00 €	29.278,44 €	30.000,00 €	25.696,24 €
Summe	213.980,00 €	179.000,00 €	208.980,00 €	179.000,00 €

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	96
Kapitel:	13
Titel:	68124
Zweckbestimmung:	Entschädigung für die Stilllegung von Acker und Grünlandflächen zum Zwecke des Natur- und Umweltschutzes
Ansatz:	169,9
Frage:	Warum wird der Ansatz um über ein Drittel gekürzt?

Antwort der Landesregierung:

Die Absenkung begründet sich mit dem Vertragsverlauf dieser 20jährigen Verträge. Der Ansatz berücksichtigt die noch laufenden und ab 2006 neu abzuschließenden Verträge und wurde daher dem Mittelbedarf angepasst.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	97
Kapitel:	13
Titel:	533 72
Zweckbestimmung:	Integrierte Stationen (Werkverträge)
Ansatz:	0,0
Frage:	Warum wurde der Titel auf Null gesetzt?

Antwort der Landesregierung:

Nach heutigem Stand werden in 2006 keine Werkvertragsmittel für Integrierte Stationen benötigt, da keine neue Station in Planung bzw. im Aufbau ist.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	100
Kapitel:	14
Titel:	099 04 /111 02
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus der Jagdabgabe/ Jagdscheingebühren
Ansatz:	460,0/ 0,0
Frage:	Wie sind die Veränderungen dieser Titelansätze begründet?

Antwort der Landesregierung:

Durch Art. 3 des Gesetzentwurfs über die Feststellung eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2006 soll der § 16 des Gesetzes zur Neufassung des Landesjagdgesetzes vom 13.10.1999 geändert werden. Hiernach sollen die Einnahmen aus der Jagdabgabe (Titel 1314-099 04) zukünftig voll dem Land zufließen.

Im Gegenzug sollen die Jagdscheingebühren (Titel 1314-111 02) vollständig bei den Kreisen und kreisfreien Städten vereinnahmt werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	101
Kapitel:	14
Titel:	272 07
Zweckbestimmung:	Zuschüsse der EU für „Level II“
Ansatz:	27,0
Frage:	Worum geht es bei dem Programm „Level II“. Woher rühren die großen Schwankungen in den Ansätzen von 2004 bis 2006?

Antwort der Landesregierung:

Die EU beteiligt sich an den Kosten für die Erfassung und Überwachung der Auswirkungen von Luftverunreinigungen auf Wälder. Derzeitige Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EG) Nr. 2152/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.11.2003 für das Monitoring von Wäldern und Umweltwechselwirkungen in der Gemeinschaft (Forest Focus).

Die EU fördert demnach sowohl die jährliche Waldschadenserhebung an einem Netz systematisch angeordneter Beobachtungspunkte (Level I) als auch die intensive Überwachung von Waldökosystemen auf einer Reihe ausgewählter Dauerbeobachtungsflächen (Level II). Während Level I eine regelmäßige Übersicht über die räumlichen und zeitlichen Veränderungen des Waldzustandes im Hinblick auf anthropogene und natürliche Stressfaktoren verschafft, zielt Level II auf die Verbesserung der Erkenntnisse über die Beziehung zwischen dem Zustand von Waldökosystemen und Stressfaktoren, namentlich Luftverunreinigung. Die gesammelten Daten ermöglichen Fallstudien zur Untersuchung der wichtigsten Baumarten und Standorte und werden auch von Forschungseinrichtungen genutzt, die nicht am Monitoringprogramm beteiligt sind. In Schleswig-Holstein befindet sich eine Level II-Fläche, die im Auftrag der Landesforstverwaltung von der CAU betreut wird.

Verordnung (EG) Nr. 2152/2003 sieht einen finanziellen Beitrag der EU zu Level II bis zu einem Höchstsatz von 50 v.H. der erstattungsfähigen Kosten vor. Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung steht die Höhe der tatsächlichen EU-Beteiligung noch nicht fest. In den Haushalt 2004/2005 ist der Rückerstattungsbetrag der EU mit dem Höchstsatz eingestellt worden. Auf Grund veränderter, finanzieller Rahmenbedingungen war für das Haushaltsjahr 2006 mit einem geringeren EU-Beitrag zu rechnen. Entsprechend wurde der Haushaltsansatz 2006 auf 30 v.H. der erstattungsfähigen Kosten reduziert.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	103
Kapitel:	14
Titel:	533 03
Zweckbestimmung:	Waldbiotopkartierung
Ansatz:	0,0
Frage:	Warum wurde der Titel auf Null gesetzt?

Antwort der Landesregierung:

Die Waldbiotopkartierung wird mit der Vegetationsaufnahme der Naturwaldkernflächen in diesem Jahr in den Landesforsten abgeschlossen, sodass 2006 keine Mittel mehr benötigt werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	108
Kapitel:	14
Titel:	685 52
Zweckbestimmung:	Erstattung: .. an die Landwirtschaftskammer (Forst)
Ansatz:	450,--
Frage:	Warum wurde der Ansatz erhöht?

Antwort der Landesregierung:

Die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein wurde durch das Land mit der Durchführung der forstlichen Förderung im Privat- und Körperschaftswald beauftragt. Sie erhält dafür eine Kostenerstattung, die sich anteilig am jeweiligen Fördervolumen orientiert. Der Titelansatz ist mithin von der Höhe des abgewickelten Fördervolumens abhängig. Dieses ist ab dem Jahre 2005 angestiegen.

Die Erstattungssätze wurden im Übrigen im Jahre 2004 an den nachgewiesenen Aufwand der Landwirtschaftskammer angepasst. Sie liegen im unteren Bereich der Skala für vergleichbare Leistungen anderer Träger von staatlichen Förderprogrammen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	100 – 112
Kapitel:	14
Titel:	Gesamte Kapitel: Überschuss/Zuschuss (S. 112)
Zweckbestimmung:	Forstwirtschaft, Jagd
Ansatz:	- 9.321,7
Frage:	Der Zuschuss wächst um fast 6 Mio. €. Durch die veränderte Darstellung ist nicht ersichtlich, wo die Mehrausgaben anfallen. Bitte alle Positionen mit Vergleich zu 2004 und 2005 darstellen, wo die Werte von 2004 und 2005 nicht im Titel dargestellt sind. Wo keine vergleichbaren Titel existierten, bitte erläutern, wofür diese Titel eingerichtet bzw. gestrichen wurden.

Antwort der Landesregierung:

Der sich hier rein rechnerisch ergebende Zuschusszuwachs beruht auf der Neuaufteilung der Kapitelstruktur des Einzelplanes 13. Daher ist bei einigen Titeln die Zuordnung zum Soll 2005 nicht darstellbar. Aufgrund technischer Probleme sind aber auch nicht alle eindeutig zuzuordnenden Sollansätze aus 2005 den neuen Titeln im Kapitel 1314 zugeordnet worden. Dies wird im Rahmen der Nachschiebeliste bereinigt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	114
Kapitel:	15
Titel:	09902
Zweckbestimmung:	Grundwasserentnahmeabgabe
Ansatz:	17.481,3
Frage:	Warum sinken die Einnahmen? Wo sind die Mittel verbucht, die dem allgemeinen Landeshaushalt zufließen? Warum wurde diese Zuweisung verändert?

Antwort der Landesregierung:

Die Landesregierung erwartet keine geringeren Einnahmen aus der Grundwasserabgabe. Die Darstellung im Haushaltsplan hängt mit der neuen Haushaltsstruktur zusammen. Der Einnahmeansatz entspricht dem Ansatz in 2005 von insgesamt 24,4 Mio. € und verteilt sich wie folgt:

1315 - 099 02: 17.632,9 T€ (nicht 17.481,3 T€ - redaktioneller Fehler im Haushaltsplan)

1313 - 099 02: 2.211,3 T€ (nicht 2.363,3 T€ - redaktioneller Fehler im Haushaltsplan),

1314 - 099 02: 3.235,8 T€

1316 - 099 02: 1.320,0 T€

gesamt: 24.400,-T€

Die für die Deckung des Gesamthaushaltes vorgesehenen Mittel werden als Ausgabe naturgemäß nicht veranschlagt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	124-131
Kapitel:	15
Titel:	MG 01 (insbesondere 533 10/533 12/ 533 13/ 533 14/ 534 03/ 633 02/ 812 01/ 812 02/ 993 01/ 887 01/ 981 01/ 981 02/ 989 01)
Zweckbestimmung:	Verbesserung der Gewässergüte (Abwasserabgabe)
Ansatz:	8.530,3
Frage:	Die Verdoppelung der Ausgaben geht einher mit starken Verschiebungen zwischen den Titeln, insbes. den oben aufgeführten. Erläutern Sie bitte diese Veränderungen und begründen sie diese! (ggf. auch fachlich begründen!)

Antwort der Landesregierung:

Die gegenüber den Vorjahren höheren Ansätze sind Folge der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und betreffen insbesondere die Titel 533 10 bis 14 und 534 03. Dabei liegen allerdings keine Mittelverschiebungen vor sondern es sind z.T. neue Haushaltstitel eingerichtet worden, auch um eine größere Transparenz zu schaffen.

Zu den einzelnen Titeln:

Titel 533 10:

Die Ausgaben für die Gewässerkunde und sonstige Werkverträge (u.a. Herausgabe des Gewässerkundlichen Jahrbuchs) sind bisher schon bei 1303-533 20 MG 02 (LANU) veranschlagt gewesen. Neu angemeldet sind lediglich 80.000,- € für den Bereich Meeresschutz, vorrangig für die Umsetzung des Ballastwassermanagement-Systems

Titel 533 12:

Mittel für das Fachinformationssystem K3-Umwelt/WaFIS SH sind bisher bei Titel 1301-533 69 TG 69 veranschlagt. Grundlage ist die am 17.07.1996 vom damaligen

MUNF (jetzt MLUR), dem Landkreistag, dem Städtetag, der Fa. Siemens-Nixdorf (jetzt KISTERS AG) und der Datenzentrale Schleswig-Holstein (jetzt Dataport) geschlossene „Kooperationsabsprache Umweltsanierung“.

Der gegenüber den Vorjahren höhere Ansatz ist erforderlich zur Erstellung und Pflege des „Amtlichen digitalen Gewässerverzeichnisses“ (AWGV-SH) als erforderliche Grundlage für alle Daten und Auswertungen im Zusammenhang mit Oberflächengewässern und Einzugsgebieten, z.B. auch für die Ermittlung, Analyse und Darstellung signifikanter Belastungen im Rahmen der WRRL.

Titel 533 13:

Der Ansatz beträgt hier 952,1 T€ (nicht 2.031,0 T€ - redaktioneller Fehler) und umfasst ausschließlich Maßnahmen zur biologisch-ökologischen Zustandserfassung von Fließgewässern nach den Vorgaben der WRRL. Die Mittelveranschlagung ist bislang anteilig mit einem geringeren Ausgabeansatz bei den Titeln 1303-533 20 MG 02 und 1303-533 65 TG 65 erfolgt.

Titel 533 14:

Die veranschlagten Mittel in Höhe von 901,0 T€ dienen ebenfalls ausschließlich der Umsetzung der WRRL. Der Titel ist als neuer Haushaltstitel eingerichtet.

Titel 534 03:

Für Untersuchungen über die Beschaffenheit schleswig-holsteinischer Seen standen 2005 in Titel 53420 150 T€ und in 53365 80 T€, also insgesamt 230 T€ zur Verfügung. Dieser Ansatz ist für 2006 in nahezu doppelter Höhe veranschlagt, um Vorarbeiten für die Umsetzung der WRRL zu finanzieren, insbesondere

- die von der WRRL geforderte Untersuchung von Pflanzenschutzmitteln, die bisher in s-h Seen nur in Einzelfällen durchgeführt wurde,
- die für die Bewertung der Lebensgemeinschaften gem. WRRL erforderliche Erarbeitung von Referenzzuständen für schleswig-holsteinische Seen
- die Überprüfung und ggf. darauf aufbauend die Anpassung bundesweit erarbeiteter Bewertungsrahmen für die verschiedenen Lebensgemeinschaften der Seen gemäß WRRL an schleswig-holsteinische Verhältnisse sowie
- die Erarbeitung des höchsten und guten ökologischen Potenzials gemäß WRRL für künstliche und erheblich veränderte schleswig-holsteinische Seen, insbesondere für die für S-H typischen Strandseen an der Ostsee und die durch Eindeichung entstandenen Seen an der Westküste.

Bei den übrigen genannten Titeln ist lediglich eine Übertragung im Rahmen der neuen Haushaltsstruktur in die MG 01 ohne wesentliche Änderungen der Ansätze erfolgt. Auf die entsprechenden Übertragungsvermerke im Haushaltsentwurf wird verwiesen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	132
Kapitel:	15
Titel:	893 02
Zweckbestimmung:	An die Stiftung Naturschutz für Grundstücksankäufe und sonstige Maßnahmen
Ansatz:	0,0
Frage:	Warum wurde dieser Titel von 1,5 Mio. € auf Null gesetzt?

Antwort der Landesregierung:

Die Streichung der Fördermittel für Flächenerwerb durch die Stiftung Naturschutz erfolgt auf Grund der von der Landesregierung angestrebten Konsolidierung des Landeshaushaltes.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	15
Seite:	133/134
Kapitel:	15
Titel:	883 03/ 887 03/ 989 03
Zweckbestimmung:	Naturnahe Umgestaltung und Pflege der Fließgewässer
Ansatz:	140,0/ 670,8/ 1266,8
Frage:	Warum wurden die Titel erheblich umgeschichtet?

Antwort der Landesregierung:

Die Mittelumschichtungen innerhalb der Maßnahmegruppe 03 sind erfolgt, um künftig die Finanzierung von Maßnahmen zur naturnahen Gestaltung und Entwicklung der Fließgewässer, die einen wesentlichen Schwerpunkt zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) darstellen, verstärkt aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zu realisieren. Um entsprechende Kofinanzierungsmittel (Landesanteil 40%) aus der Abwasserabgabe bereitstellen zu können, ist der Ausgabeansatz bei dem entsprechenden Erstattungstitel 989 03 für die GA auf 1.266,8 T€ erhöht worden. Der Ansatz bei diesem Titel umfasst den Landesanteil an den GA-Mitteln (40%) bei einem geplanten Zuwendungsvolumen in Höhe von 3.167.000,- € an Wasser- und Bodenverbände für Gestaltungsmaßnahmen an Fließgewässern.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	141
Kapitel:	15
Titel:	MG 07
Zweckbestimmung:	Wiedervernässung von Niedermooren
Ansatz:	175,-
Frage:	Warum wurde der Ansatz um fast $\frac{3}{4}$ gesenkt? Ist eine Wiedervernässung nicht mehr erforderlich? (Bitte fachlich begründen)

Antwort der Landesregierung:

Titel 13 15 – 887 07 MG 07

Der Haushaltsansatz ist wegen der derzeitigen geringen Zahl von Anträgen potentieller Zuwendungsempfänger halbiert worden. Die eingesparten Mittel werden für andere vorrangige Maßnahmen zur Umsetzung der WRRL eingesetzt. Im Zuge der weiteren Umsetzungsschritte erfolgt im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung ab 2008 wieder eine Erhöhung des Ansatzes. Wiedervernässungsmaßnahmen sind unverändert bedeutsame Vorhaben zur Umsetzung der WRRL

Titel 13 15 – 893 07 MG 07

Die Streichung der Fördermittel für Flächenerwerb durch die Stiftung Naturschutz erfolgt auf Grund des Kabinettsbeschluss zur Konsolidierung des Landeshaushaltes.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	142 – 151
Kapitel:	15
Titel:	MG 20
Zweckbestimmung:	Grundwasserschutz, -bewirtschaftung, Wasserversorgung
Ansatz:	8.825,3
Frage:	In der MG wurden bei leicht ansteigendem Ansatz erhebliche Verschiebungen vorgenommen. Bitte erläutern Sie diese und begründen Sie die Veränderungen im Einzelnen fachlich bzw. finanztechnisch!

Antwort der Landesregierung:

Erhebliche Verschiebungen sind in der MG 20 nicht erfolgt. Zum überwiegenden Teil ist eine Übertragung im Rahmen der neuen Struktur des Landeshaushalts aus den bisherigen Kapiteln der StUÄ und des LANU erfolgt. Auf die entsprechenden Übertragungsvermerke im Haushaltsentwurf wird verwiesen.

Wesentliche Veränderungen gegenüber dem Haushalt 2005 betreffen lediglich folgende Titel:

Titel 533 22

Gegenüber den Vorjahren besteht ein Mehrbedarf in Höhe von rd. 115,0 T€ auf Grund der Weiterentwicklung des Fachinformationssystems K3-Umwelt/WaFIS SH sowie der Datenpflege und Erweiterung der Grundwasserinformationen im Digitalen Atlas Schleswig-Holstein (Internet).

Titel 533 24

Dieser Titel ist neu eingerichtet worden. Es ist vorgesehen, zur Umsetzung der WRRL für diejenigen Gebiete bzw. Bereiche in Schleswig-Holstein, in denen die Umsetzung der Ziele und Anforderungen der WRRL im Hinblick auf das Grundwasser bislang nicht erreicht bzw. als gefährdet anzusehen ist, eine

flächendeckende Gewässerschutzberatung für die Landwirtschaft pilotmäßig vorzubereiten. Mit dieser Maßnahme soll eine weitere nachhaltige Reduzierung der flächenhaften Nährstoffeinträge, die aus der Landbewirtschaftung herrühren und in Grundwasser und Oberflächengewässer gelangen, erreicht werden.

Titel 534 20

Die Ausgabensteigerung ist bedingt durch erforderliche Schritte zur fristgerechten Umsetzung der WRRL, insbesondere für die Anpassung des Messnetzes an die Vorgaben der WRRL für Grundwasseruntersuchungen.

Titel 682 20

Der Ansatz bei diesem Titel ist gestrichen worden. Die Förderung von Umwelt-Audits (das Förderprogramm wird von der Investitionsbank Schleswig-Holstein abgewickelt) hat in den letzten Jahren nur wenig Nachfrage erfahren. Dem aus Mitteln der Grundwasserabgabe in den letzten Jahren zur Verfügung stehenden Ansatz von jeweils 300,0 T€ (pro Jahr) stehen in den Jahren 2001-2005 Zuwendungen von insgesamt rd. 193,0 T€ gegenüber. Dies rechtfertigt angesichts der angespannten Haushaltslage keine weitere freiwillige Förderung der Audits mehr. Die Einsparung der Mittel dient der Haushaltskonsolidierung.

Titel 893 21

Der Haushaltstitel ist neu eingerichtet worden. Der Ansatz in Höhe von 200,0 T€ ist insbesondere vorgesehen für geplante Flächenankäufe der Kurt und Erika Schrobach-Stiftung im Bereich der Oberen und Mittleren Treene, die der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie dienen.

Titel 894 20

Die Streichung der Fördermittel für Flächenerwerb durch die Stiftung Naturschutz erfolgt auf Grund Kabinettsbeschluss zur Konsolidierung des Landeshaushaltes. Die Streichung der Mittel bei Titel 894 21 erfolgt dementsprechend.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	158
Kapitel:	15
Titel:	533 35
Zweckbestimmung:	Werkverträge im Zusammenhang mit der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten
Ansatz:	400,-
Frage:	Bitte die große Steigerung erläutern. Um welche Gebiete handelt es sich und was ist geplant?

Antwort der Landesregierung:

Mit dem neuen Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes vom 3. Mai 2005 (BGBl. I S. 1224) besteht aufgrund der rahmenrechtlichen Vorgaben des Bundes die Verpflichtung für das Land, bereits festgesetzte Überschwemmungsgebiete bzw. weitere Gewässerbereiche, die durch häufige Überschwemmungen gekennzeichnet sind, hinsichtlich der Notwendigkeit der Ausweisung eines Überschwemmungsgebietes zu überprüfen. Die Überprüfung erfolgt hierbei aufgrund eines vom Land erarbeiteten Konzeptes. Aufgrund nicht ausreichender personeller Kapazitäten ist eine Durchführung mit eigenem Personal nicht möglich.

Vorgesehen sind nach dem derzeitigen Planungsstand Aufträge insbesondere für folgende Gewässer: Eider, Treene, Krückau, Pinnau, Bille Schwartau und Nebengewässer der Neustädter Bucht.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	182
Kapitel:	17
Titel:	09903 / 381 10
Zweckbestimmung:	Fischereiabgabe
Ansatz:	533,0 / 9,3
Frage:	Erläutern Sie bitte die Veränderungen dieser Titel, hat es eine Änderung gegeben?

Antwort der Landesregierung:

Aus Gründen der einfacheren Darstellung wurde im Vergleich zum Haushalt 2004/2005 beim Haushaltsentwurf 2006 auf die Aufnahme des Anteils der Kommunen verzichtet, der bei diesen als Abgeltung für den Verwaltungsaufwand verbleibt. Dies gilt sowohl für den Einnahmetitel (1317-099 03 MG 10) als auch für den Ausgabebetitel (1317-633 11 MG 11). Damit fallen mit Blick auf die Reduzierung des Verwaltungsaufwandes die in diesem Zusammenhang erforderlichen Buchungen weg. Ein Sinken der Einnahmen aus der Einnahmen aus der Fischereiabgabe ergibt sich danach nicht (10 Euro pro Person p. a. davon 1,80 Euro = 18 Prozent für die Kommunen), es wurde lediglich die Darstellung geändert.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	186
Kapitel:	17
Titel:	685 04
Zweckbestimmung:	An die Akademie für ländliche Räume
Ansatz:	50,-
Frage:	Warum wird der Ansatz halbiert?

Antwort der Landesregierung:

Es ist beabsichtigt, dass die Akademie für ländliche Räume (zurzeit in Eckernförde) mit der Akademie für Natur und Umwelt in Neumünster eine Bürogemeinschaft bildet. Dadurch entstehende Synergien werden sich auch finanziell auswirken.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	188
Kapitel:	17
Titel:	883 05
Zweckbestimmung:	Dorferneuerung
Ansatz:	1: 218,0
Frage:	Warum wird der Ansatz erhöht? Gibt es neue Vorhaben?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz entspricht der mittelfristigen Finanzplanung. Die Mittel dienen der Kofinanzierung von EU-Mitteln. Durch die Inanspruchnahme der Landesmittel in dieser Höhe wird die Ausschöpfung der EU-Mittel sichergestellt

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	193
Kapitel:	17
Titel:	981 11
Zweckbestimmung:	Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit der Fischereiabgabe
Ansatz:	170,3
Frage:	Wieso vervierfachen sich die Kosten bei sinkenden Einnahmen bei der Fischereiabgabe?

Antwort der Landesregierung:

Es werden dem Land Personalkosten erstattet, soweit sie der Abwicklung der Fischereiabgabe zuzuordnen sind (§ 29 Abs. LFischG). Näheres ergibt sich aus den Erläuterungen zum Titel.

Die Kostensteigerung ist darauf zurückzuführen, dass ab 2006 zwei Fischereibiologen, die für die landesweite Fischartenbestandserhebung, Gewässeruntersuchungen sowie Beratung und Erarbeitung von Fischartenschutz- und -hilfsmaßnahmen zuständig sind, in den Landesdienst übernommen werden. Deren Personalkosten werden aus diesem Titel dem Personalkostentitel erstattet. Bis Ende 2005 sind beide Biologen beim Landessportfischerverband angestellt, und diesem werden die Personalkosten zuzüglich Sachkosten erstattet, aber aus dem Titel 1317-685 TG 11 (Zuschüsse an Vereine und Verbände). Dieser Titel wird ab 2006 im gleichen Maße gekürzt. Es handelt sich also hier nur einer Mittelverschiebung zwischen zwei Titeln.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	195
Kapitel:	17
Titel:	633 20
Zweckbestimmung:	Sachkosten landwirtschaftlicher Fachschulen
Ansatz:	665,6
Frage:	Wieso werden die Sachkosten um 150 T € gekürzt?

Antwort der Landesregierung:

Es findet eine Anpassung an die (gesunkenen) zu erwartenden Kosten statt.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	196
Kapitel:	17
Titel:	684 21
Zweckbestimmung:	Beiträge an Vereine und Gesellschaften
Ansatz:	58,-
Frage:	Wie hoch waren die Beiträge bisher? Hat sich bei den Mitgliedschaften etwas geändert?

Antwort der Landesregierung:

- Beitrag zur Förderung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, bisheriger Beitrag 10,3 T€, unveränderter Ansatz 2006 10,3 T€
- Beitrag Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e.V. (DLG), bisheriger Beitrag 0,2 T€, unveränderter Ansatz 2006 0,2 T€
- Beitrag Zentrum für Betriebswirtschaft im Gartenbau, bisheriger Beitrag 10,3 T€, Ansatz 2006 10,2 T€
- Beitrag Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde e.V., bisheriger Beitrag 3,37 T€, unveränderter Ansatz 2006 3,37 T€
- Bzgl. der Zuwendungen für die Landjugend und den Landfrauenverband haben sich nur marginale Veränderungen ergeben, die aus Rundungen der Ansätze resultieren.

An den Mitgliedschaften hat sich nichts geändert, außer dass der Arbeitskreis für Betriebswirtschaft im Gartenbau e.V. in Zentrum für Betriebswirtschaft im Gartenbau e.V. umbenannt wurde.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	197
Kapitel:	17
Titel:	68524 / 685 25
Zweckbestimmung:	Beratung „Frauen im Agrarbereich“
Ansatz:	65,0 / 420, 0
Frage:	Wie hoch waren die Ausgaben bisher? Ist bei der Maßnahme etwas geändert worden und warum?

Antwort der Landesregierung:

1317-68524- Erstattung der Kosten für die Überführung der Beratung „Frauen im Agrarbereich“

Ausgaben 2004 und 2005: 0,- Euro

Bis 2001 hat das Land die landwirtschaftliche Officialberatung gefördert.

Mit in Kraft treten des neuen LK- Gesetzes am 15.03.2002 ist eine neue Situation eingetreten. In der 31. Sitzung des Kabinetts am 30.01.2001 wurde entschieden die landwirtschaftliche Officialberatung einzustellen, das Personal anderweitig einzusetzen oder falls möglich in den vorgezogenen Ruhestand zu versetzen.

Ausgaben sind daher seit 2004 nicht mehr angefallen.

Bei einer Beratungskraft endet die befristete Erwerbsunfähigkeit am 31.12.2005.

Über den weiteren dienstlichen Einsatz dieser Beratungskraft konnte während der Zeit der Erwerbsunfähigkeit nicht entschieden werden. Für den Fall der Rückkehr dieser Beratungskraft sind ab 2006 die Personalkosten veranschlagt.

1317-68525- Zuwendungen für die sozioökonomische Beratung und die Beratung „Frauen im Agrarbereich“

Ausgaben 2004. 450 T€, 2005: 420 T€

An der Maßnahme ist nichts geändert worden. Der vom Kabinett am 30.01.2002 beschlossene Stellenabbau von 9 auf 6 sozioökonomische Berater wurde in 2005 durch ein weiteres altersbedingtes Ausscheiden eines Stelleninhabers erreicht.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	202
Kapitel:	17
Titel:	684 32
Zweckbestimmung:	Trabrenn- und Galoppvereine
Ansatz:	480,-
Frage:	Warum wird der Titel in der MG 30 (ökologischer Landbau) aufgeführt

Antwort der Landesregierung:

Dieser Titel ist aufgrund der Haushaltsreform des MLUR und Umstrukturierung des Kapitels 13 nach Aufgabenbereichen in die Maßnahmengruppe 30 aufgenommen worden. Die Maßnahmengruppe umfasst die Ausgaben für die Bereiche Produktion, Erzeugung und ökologischer Landbau und nicht nur ökologischer Landbau. Da es sich um eine tierzüchterische Maßnahme handelt, ist diese Zuordnung auch folgerichtig.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	20 3
Kapitel:	17
Titel:	68632
Zweckbestimmung:	An landwirtschaftliche und gärtnerische Beratungsringe
Ansatz:	0,0
Frage:	Warum wurde der Titel auf Null gesetzt?

Antwort der Landesregierung:

Die Förderung der Beratungsringe wurde im Laufe der Jahre sukzessive abgebaut (von 1.278 T€ in 2000 auf 244 T€ in 2004 und Auslaufen der Förderung in 2005).

Den Beratungsringen wurde bereits in 2002 und 2003 signalisiert, dass die Förderung voraussichtlich 2004 enden wird.

Es herrscht jetzt ein freier Wettbewerb mit marktwirtschaftlichem Ansatz, in dem sich die Beratungsringe über Gebühren und Mitgliedsbeiträge finanzieren.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	216 – 221
Kapitel:	18
Titel:	MG 02 (insb.: 892 07 / 893 06)
Zweckbestimmung:	Ökologische Technik und ökologische Wirtschaft
Ansatz:	1.250,0
Frage:	Bitte erläutern Sie die grundlegenden Verschiebungen in der Maßnahmengruppe. Insbesondere: Warum wurde die MG, darunter auch das Schwerpunktthema „Biomasse“ um $\frac{1}{4}$ gekürzt? Worum geht es bei dem Titel „An die ISH für den Fonds“ Innovation und Arbeit“?

Antwort der Landesregierung:

In der MG 02 waren und sind verschiedene Förderprogramme (unter anderem Ökotechnik / Ökowiirtschaft, Biomasse und Energie, stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe) vertreten. Das Förderprogramm Ökotechnik / Ökowiirtschaft wird ab dem Jahr 2006 komplett gestrichen. Das Förderprogramm gehörte seit Anfang der 1990er Jahre zu den freiwilligen Leistungen des MLUR. Allein in den letzten fünf Jahren (2000 bis 2005) wurden insgesamt 103 Ökotechnik- / Ökowiirtschaft-Projekte in der mittelständischen Wirtschaft mit insgesamt 6 Millionen Euro gefördert. Dadurch wurden Investitionen in Höhe von 13,5 Millionen Euro ausgelöst. Zusätzlich wurden seit 1995 bei der Einführung des europäischen Umweltmanagementsystems nach EMAS (Eco Management and Audit Scheme) 273 Unternehmen, kommunale Standorte und sonstige Einrichtungen mit Fördermitteln in Höhe von ca. 3,7 Millionen Euro unterstützt. Gegenwärtig sind 74 Organisationen mit insgesamt 110 Standorten in Schleswig-Holstein nach EMAS registriert. Aufgrund der angespannten Haushaltslage soll ab 2006 auf das Förderprogramm Ökotechnik / Ökowiirtschaft verzichtet werden. Dies entspricht einer (jährlichen) Einsparung von etwa 1,2 Millionen Euro. Als Ersatz soll ein gemeinsames Förderprogramm mit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH) aufgelegt werden.

Die Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH) hat Anfang dieses Jahres Kontakt zum damaligen Umwelt- und Landwirtschaftsministerium aufgenommen. Ziel der ISH war es, in der Nachfolge zum laufenden Förderprogramm HWT (Hochschule – Wirtschaft – Transfer) ein analoges Programm gemeinsam mit dem Umweltministerium aufzulegen. Das HWT-Programm hat die ISH gemeinsam mit dem damaligen Bildungsministerium für drei Jahre (2004 bis 2006) aufgelegt. Der Schwerpunkt des Nachfolge-Programms unter dem Arbeitstitel „Innovation und Arbeit“ soll nach den Vorstellungen des MLUR auf dem Bereich „Umwelttechnologie und biogene Roh- und Reststoffe“ liegen. Das Programm zielt insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ab. Die Entwicklung und Erprobung innovativer, nachhaltiger Technologien und Produkte soll gefördert werden. Wichtig ist dabei, dass nur Anwendungen gefördert werden sollen, für die sich ein ausreichendes Marktpotenzial abzeichnet und für die mittelfristig eine realistische Aussicht auf Wettbewerbsfähigkeit gegenüber herkömmlichen Produkten besteht. Eine Kooperation der Fördernehmerinnen und Fördernehmer mit Hochschulen und sonstigen Forschungseinrichtungen wird dabei begrüßt. Mit der Förderung sollen ferner Arbeitsplätze zukunftsfähig gemacht, damit gesichert und auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der erste Teilnahmewettbewerb soll in der ersten Jahreshälfte 2006 stattfinden. Zusammen mit den Drittmitteln der ISH stehen für die Förderung in 2006 in diesem Bereich voraussichtlich 750 T€ zur Verfügung.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	229
Kapitel:	19
Titel:	422 01 / 422 02 / 425 01
Zweckbestimmung:	Bezüge/ Vergütungen Beamte/ Angestellte
Ansatz:	898,7 / 24,7 / 974,7
Frage:	Begründen Sie bitte die erhebliche Steigerung der Personalausgaben!

Antwort der Landesregierung:

Die neue Geschäftsverteilung der Landesregierung hat dazu geführt, dass die Ansätze für das Personal des Verbraucherschutzes in das Kapitel 1319 übertragen wurden. Während in 2005 nur eine anteilige Übertragung für den Zeitraum 01.06.-31.12.05 vorgenommen wurde, sind für 2006 die für das Jahr erforderlichen Personalausgaben ausgewiesen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	245 – 249
Kapitel:	20
Titel:	662 02 / 662 03 / 662 04 / 892 20
Zweckbestimmung:	Agrarinvestitionsförderung
Ansatz:	613,0 / 3.781,0/ 2.90,0/ 1.930,0
Frage:	Erläutern Sie bitte die erheblichen Verschiebungen bei den genannten Titeln.

Antwort der Landesregierung:

Titel 13 20 – 662 02 MG 03

Der niedrigere Ansatz 2006 ergibt sich aus dem sukzessiven Auslaufen von Altverpflichtungen aus den Jahren 1973 bis 1994. Es handelt sich nicht um eine Kürzung der Zinszuschüsse.

Titel 13 20 – 662 03 MG 03

Der niedrigere Ansatz 2006 ergibt sich aus dem sukzessiven Auslaufen von Altverpflichtungen von 1995 bis 1999. Es handelt sich nicht um eine Kürzung der Zinszuschüsse.

Titel 13 20 – 662 04 MG 03

Der niedrigere Ansatz in 2005 war die Folge von Umschichtungen. Die Zinszuschüsse sollen nicht angehoben werden.

Titel 13 20 – 892 20 MG 03

Der höhere Ansatz in 2005 ergab sich als Folge einer Umschichtung in den Vorjahren bzw. als Folge von zusätzlichen Fördermitteln im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogrammes (ZIP) in 2005. Es handelt sich nicht um eine Kürzung der Ansätze

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	252/ 254
Kapitel:	20
Titel:	683 17/ 892 12
Zweckbestimmung:	Vermarktung Obst und Gemüse
Ansatz:	50,- / 599,-
Frage:	Warum werden die beiden Titel stark gekürzt im Unterschied zu den anderen Titeln der MG?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz bei dem Titeln 683 17 und 892 12 MG 04 resultiert aus dem vorliegenden und dem erwarteten Förderbedarf bei Vermarktungseinrichtungen für Obst und Gemüse im Jahr 2005.

Sollte sich der tatsächliche Bedarf zwischen den Titeln der Maßnahmengruppe 04 in 2006 verschieben, so kann im Rahmen der Deckungsfähigkeit für einen entsprechenden Ausgleich gesorgt werden.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	267 – 272
Kapitel:	20
Titel:	MG 9/ MG 10
Zweckbestimmung:	Integrierte ländliche Entwicklung / Dorferneuerung
Ansatz:	7.672,0 / 0,0
Frage:	Stellen Sie bitte die Titel der MG 09 den bisherigen Ansätzen in 2004 (IST) und 2005 gegenüber. Wie sind ggf. die Verschiebungen und erheblichen Steigerungen begründet?

Antwort der Landesregierung:

Kap 13 20 MG 09

Die Veranschlagung richtet sich nach dem von der Europäischen Kommission genehmigten Plan des Landes Schleswig-Holstein zur Entwicklung der ländlichen Räume (ZAL).

Die Maßnahmengruppen MG 01, MG 02 und die MG 10 wurden in die MG 09 übertragen.

Kap / MG / Titel	Ist 2004 T€	Soll 2005 T€	Kap / MG / Titel	Soll 2006 T€
1320 01 685 01	418,6	250,0	1320 09 633 03	250,0
1320 02 683 01	59,6	50,0	1320 09 683 06	50,0
1320 02 857 01	50,0	50,0	Entfällt	
1320 02 883 03	1.958,5	0,0	1320 09 883 06	500,0
1320 02 887 01	2.037,2	500,0	1320 09 887 08	1.000,0
1320 02 887 13	2,2	0,0		
1320 10 883 10	12.300,6	4.106,5	1320 09 633 01	200,0
			1320 09 883 04	4.272,0
1320 10 887 10	0,0	0,0	Entfällt	
1320 10 893 04	2.219,2	1.373,0	1320 09 893 01	200,0
			1320 09 893 05	1.200,0
Summen:	19.045,9	6.329,5	Summe:	7.672,0

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	281 / 282
Kapitel:	52
Titel:	42201 bis 45201
Zweckbestimmung:	Personalkosten der ALRs
Ansatz:	
Frage:	Wie sind die erheblichen Veränderungen der Personalkostenansätze für die ALRs begründet? Wieso sind sie aus den Stellenplänen nicht nachvollziehbar?

Antwort der Landesregierung:

Diese Steigerung des Personalausgabebudgets der ÄLR ist allein auf die erforderliche Anpassung des Personalkostenbudgets an den Status quo zurückzuführen. Diese Bereinigung wurde im Rahmen der Umressortierung der ÄLR aus dem IM in das MLUR vorgenommen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	301
Kapitel:	52
Titel:	MG 69
Zweckbestimmung:	Outputorientierte Personalkosten
Ansatz:	1 454,2
Frage:	Erläutern Sie bitte diese MG! Wofür werden die Personalkosten benötigt. Wo taucht das Personal in den Stellenplänen auf?

Antwort der Landesregierung:

Die Titelgruppe 69 wurde vom IM für den Haushaltsentwurf 2006 des Epl. 4 eingerichtet. In dieser TG 69 sind alle Beschäftigten der ehemaligen Abteilung 8 des IM mit ihren Personalkosten veranschlagt, die den Aufgabenbereichen Landwirtschaft, Dorfentwicklung, Flurneuordnung und Küstenschutz zuzuordnen sind. Im Rahmen der Umressortierung wurde die TG 69 in das Kapitel 1352 übertragen. Zur NSL Haushaltsentwurf 2006 wird die TG 69 im Epl. 13 aufgelöst und die Personalkosten der Beschäftigten entsprechend den Aufgabenbereichen der Kapitel 1315 sowie 1317 zugeordnet. Die Planstellen und Stellen für die Beschäftigten sind im Kapitel 1301 ausgewiesen.

Fragen zum Haushaltsplan 2006

Einzelplan:	13
Seite:	354/60/64
Kapitel:	01/03/98
Titel:	Stellenpläne
Zweckbestimmung:	Ministerium, LANU, NPA
Ansatz:	
Frage:	Warum werden 14 neue Stellen ausgewiesen? Werden dabei Stellen wiederbesetzt, die mit KW-Vermerken versehen worden sind? Bitte alle Stellen einzeln begründen!

Antwort der Landesregierung:

Bei den 14 neuen Stellen in den Kapiteln 1301, 1303 sowie 1308 handelt es sich ausschließlich um Stellen mit kw-Vermerken.

- Davon wurden 11 Stellen (8 Stellen bei Kapitel 1301, 2 Stellen bei Kapitel 1303 sowie 1 Stelle bei Kapitel 1308) für die Übernahme von Nachwuchskräften für drei Jahre eingerichtet, damit diese einen befristeten Arbeitsvertrag nach der Ausbildung bekommen können. Nach Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers werden die Stellen spätestens nach drei Jahren wieder in den Abgang gestellt.
- Davon wurden 3 Stellen im Kapitel 1301 im Zuge der Regierungsneubildung neu eingerichtet. Dies war nötig, da im Epl. 13 zum damaligen Zeitpunkt keine dauerhaft freien Stellen für Einstellungen zur Verfügung standen.

Im Epl. 13 werden den haushaltsrechtlichen Vorschriften entsprechend **keine** Planstellen und Stellen, die mit einem kw-Vermerk versehen sind, nach Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wiederbesetzt, sondern in Abgang gestellt.

Abwicklung des Schleswig-Holstein Fonds

			Landesmittel 2005 – 2009 in T€	neu, Aufstockung oder Umschichtung aus dem normalen Haushalt in den SH Fonds?	vorgesehene Abwicklung
Nr.	Ressort	Maßnahme			
Zinszuschüsse des Landes im Rahmen des KIF			8.700		
1.13	MWV	Verstärkte Förderung des kommunalen Straßenbaus		neu (Darlehensform)	Kommunaler Investitionsfonds
4.2	MBF	Förderung standardisierter IT-Infrastruktur an Schulen		neu	
4.4	MBF	Sonderprogramm Schulbauförderung		neu	
4.5	IM	Sanierungsbedarf im kommunalen Sportstättenbau		neu	
Zinszuschüsse zu Darlehen der Investitionsbank angestrebtes Kreditvolumen			6.000		
1.11	MWV	Programm zur Förderung des Schienengüterverkehrs		neu	Aufgabenübertragung an die IB
2.7	IM	Städtebauliche Denkmalpflege		neu	
2.8	Stk	Sonderprogramm Baudenkmalpflege		neu	
2.5	IM	Förderung von besonderen Modernisierungsmaßnahmen privater Investoren in städtischen Wohnquartieren		neu	
Leuchtturmprojekte			45.400		
3.11	MWV	Aufbau eines Kompetenzzentrums für Marine Wirkstoffforschung	2.700	neu	0620 MG 02
3.12	MWV	Grundausstattung des Exzellenzclusters Marine Erdsystemforschung	10.500	neu	0620 MG 06
3.13	MWV	Beschaffung eines Remotely Operated Vehicle (ROV) für die Meeresforschung	5.000	neu	0623 TG 61
3.18	MWV	Grundausstattung zum Aufbau eines Exzellenzclusters „Entzündungsforschung“	9.000	neu	0620 MG 06
3.20	MWV	Errichtung eines Fraunhofer-Instituts für Lebenswissenschaften in Schleswig-Holstein (vorbereitende Maßnahmen)	1.000	neu	FET- Richtlinie
3.29	MWV	Ausbau der Nanotechnologie	2.100	neu	0620 MG 06
3.32	MWV	Sofortprogramm zur Realisierung des europäischen Forschungs großprojekts Freier Elektronen Laser XFEL	7.000	neu	0623 MG 01
3.33	MWV	Bau des Freien Elektronen Lasers XFEL im Bereich Hamburg/Schenefeld	8.100	neu	0623 MG 01

Nr.	Ressort	Maßnahme			
Verstärkung der Mittelstands- und Tourismusförderung			20.310		
1.1	MWV	Beteiligungsfonds für Seed- und Start-up Finanzierung	1.900	neu	Aufgabenübertragung an die IB
1.2	MWV	Beteiligungsfonds für den breiten Mittelstand	640	neu	PPP mit KfW, IB und privaten Banken
1.3	MWV	Darlehenssofort-Programm für KMU*	4.700	neu	Aufgabenübertragung an die IB
1.5	MWV	Pakt für den Mittelstand	4.300	teilweise neu, teilweise umgeschichtet und aufgestockt	Titel 0602.04.685 08, 0602.06.683 01 und 0602.06.546 01
1.26	MWV	Betriebliche Förderung Tourismus	3.400	neu	betriebliche GA-Förderung und 0602 TG 61
1.27	MWV	Förderung innovativer Projekte im Tourismus	1.770	neu	RL wird erstellt / neuer Titel erforderlich.
1.41	MLUR	Stärkung der regionalen Vermarktungsstrukturen der Agrar- und Ernährungswirtschaft	700	Aufstockung	Titel 1319.61.686 61
1.43	MLUR	Multimar Wattforum (3. Bauabschnitt)	900	Aufstockung	RP 2000 / Zukunftsprogramm SH
1.44	MSGF	Jugendtourismus	2.000	teilweise neu, teilweise umgeschichtet	Kap 1012 MG 05

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur			153.080		
1.10	MWV	Landesstraßen	115.480	Umschichtung	Titel 0604.00.89401
1.11	MWV	Programm zur Förderung des Schienengüterverkehrs		neu	IB-Darlehen / siehe oben
1.12	MWV	Investitionsmaßnahmen in landeseigenen Häfen	16.000	Umschichtung + Aufstockung	Kapitel 0605
1.13	MWV	Verstärkte Förderung des kommunalen Straßenbaus		neu	KIF / siehe oben
1.15	MWV	Ausbau des Regionalflughafens Kiel-Holtenau	21.600	Umschichtung	RP 2000 / Zukunftsprogramm SH

Innovation, Technologie und Wissenschaft			54.100		
1.23	MWV	Science Center Schleswig-Holstein	17.250	Umschichtung + Aufstockung	RP 2000 / Zukunftsprogramm SH
1.31	MWV	Innovationsförderung für die schleswig-holsteinischen Werften	10.800	neu	RL wird erstellt / neuer Titel erforderlich.
1.40	MLUR	Förderung von Investitionen der Aquakultur und Fischwirtschaft	1.500	neu	Titel 1317.12.892 12 und 1320.04.892 04
3.1	MWV	Aufstockung des Förderprogramms „Gewährung von Zuwendungen zur Förderung betrieblicher Innovationen“	4.500	Aufstockung	0602 MG 07
3.4 / 3.5 / 3.6 / 3.34	MWV	Aufstockung des Innovationsfonds (incl. Unterstützung der PVA, Wissens- und Technologietransfer der FH, IT- gestützte Verfahren der Neuen Hochschulsteuerung)	10.000	Aufstockung	Innovationsfonds 0620 TG 85
3.16	MWV	Nordsee-Monitoring-System	2.000	neu	FET-Richtlinie
3.17	MWV	Ausbau der Biowissenschaften	1.000	neu	Titel 0620.06.893 21
3.21	MWV	Machbarkeitsstudie über die Planung, Errichtung und Betrieb einer Gamma-Bestrahlungsanlage zur Sterilisation von Medizinprodukten	50	neu	FET-Richtlinie
3.38	MSGF	Projekte der Gesundheitsinitiative (Gesundheitskarte, telemedizinische Verbundstrukturen u.a.)	7.000	neu	2005 für die elektronische Gesundheitskarte, Verbundstrukturen von Krankenhäuser, Veranstaltungen und Marketing vorgesehen.

Nr.	Ressort	Maßnahme			
-----	---------	----------	--	--	--

Schul- und Hochschulbildung, berufliche Ausbildung		25.600		
2.4	MWV	Aktionsprogramm Ausbildung	7.000 Umschichtung und Aufstockung	Titel 0602.02.686 23
4.2	MBF	Förderung standardisierter IT-Infrastruktur an Schulen	neu	KIF / siehe oben
4.3	MBF	Investitionen für Offene Ganztagschulen	10.000 neu	Noch nicht festgelegt, da erst 2008 im HH.
4.4	MBF	Sonderprogramm Schulbauförderung	neu	KIF / siehe oben
4.6	MWV	Verbesserung der Studienbedingungen / Bibliotheksausstattungsprogramm	1.800 neu	0620 TG 69
4.9	MWV	Förderung der Akkreditierung von Studiengängen an den Hochschulen	1.300 neu	0620 TG 75
3.22 / 3.23 / 3.26 / 3. 27 / 3.31 / 4.8	MWV	Beschleunigung der Finanzierung über den Hochschulrahmenplan	5.500 neu	Kapitel 1212

Beschäftigung		23.990		
1.4	MWV	Aufstockung des Beteiligungssofortprogramm für Arbeitsplätze*	4.490 Aufstockung	Titel 0602.00.871 02
	MJAE	Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung	19.500	
2.1	MJAE	Integration von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ausbildung oder Arbeit	neu	Titel 0910.02.633 09 und 0910.02.684 02
2.2	MJAE	Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer	neu	Titel 0910.03.683 09
2.3	MJAE	Förderung von kommunalen sozialen Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit dem SGB II	neu	Titel 0910.02.684 02

Wohnungsbau / Städtebau / Denkmalpflege		5.000		
2.6	IM	Landesprogramm Städtebauförderung 2006-2010	5.000 neu	Titel 0416 04 883 03
	IM	Förderung von besonderen Modernisierungsmaßnahmen privater Investoren in städtischen Wohnquartieren	neu	IB-Darlehen / siehe oben
2.5	IM	Sanierungsbedarf im kommunalen Sportstättenbau	neu	KIF / siehe oben
2.7	IM	Städtebauliche Denkmalpflege	neu	IB-Darlehen / siehe oben
2.8	Stk	Sonderprogramm Baudenkmalpflege	neu	IB-Darlehen / siehe oben

Nr.	Ressort	Maßnahme			
-----	---------	----------	--	--	--

verstärkte Nutzung von EU- und Bundesmitteln zum Ausbau der Infrastruktur (RP 2000 / Zukunftsprogramm SH / Konversion) **50.520**

1.22	MWV	Aufstockung zur Erhöhung der Förderquoten (n+2)	6.320	Aufstockung	RP 2000 / Zukunftsprogramm SH
1.17	MWV	Aufstockung des Konversionsprogramms	5.500	Aufstockung + Umschichtung	Konversionsprogramm südliches Schleswig-Holstein 0602 TG 72
1.20	MLUR	Altlastensanierung und Flächenrecycling	3.800	Aufstockung	Titel 1316.09.883 53 (ab 2006)
1.30	MWV	Wettbewerbshilfen für die schleswig-holsteinischen Werften	4.100	Umschichtung	Titel 0602.00.892 05
4.11 / 4.12	MWV	Modernisierungsprogramm für Einrichtungen der Weiterbildung und Programm zur Entwicklung der Infrastruktur und Innovationen in der Weiterbildung	6.200	Aufstockung	Titel 0602.02.685 12 und 0602.02.893 02
1.14	MWV	Ergänzende Investitionshilfen für kommunale Häfen	8.000	neu	RP 2000 / Zukunftsprogramm SH
1.19	MWV	Flächendeckende Breitbandversorgung in Schleswig-Holstein	3.000	neu	MG Informationsgesellschaft und multimedia
1.28	MWV	Infrastrukturförderung Tourismus	5.500	Aufstockung + teilweise neu	RP 2000 / Zukunftsprogramm SH
1.29	Stk	Kulturtouristische Investitionen Schleswig-Holstein 2006-2009	6.000	neu	
3.9	MWV	Förderung der Errichtung der Forschungsplattform für den Aufbau von Offshore-Windenergieanlagen in der Nordsee (NEPTUN)	1.000	neu	RP 2000 / Zukunftsprogramm SH
3.14	MWV	Marines Biotechnologiezentrum in Büsum	1.100	neu	RP 2000 / Zukunftsprogramm SH

Förderung von Energiewirtschaft und -technologie **18.000**

1.32	MWV	Förderprogramm zur Beistellung von BHKW an bestehende Heizwerke		neu	0602 TG 62
1.33	MWV	Förderprogramm zur Beistellung von Objekt-BHKW an Heizkessel		neu	0602 TG 62
1.34	MWV	Förderprogramm Wärmenetze (zur Anwendung von KWK und Biomasse)		neu	0602 TG 62
1.35	MLUR / MWV	Fortsetzung der Initiative „Biomasse und Energie ab 2007“	4.600	neu (Fortsetzung nach Programmende)	je zur Hälfte 1318.02.982 07 und 0602 TG 64
1.36	MWV	Errichtung und Erweiterung von Wärmenetzen		neu	0602 TG 62
1.37	MWV / IM	Errichtung von Neubauten mit geringem Energieverbrauch		neu	0602 TG 62
1.38	MWV / IM	Energieoptimierte Gebäudesanierung		neu	GMSH (Landesliegenschaften), 0602 TG 62
1.39	MWV	Ausgründung Ionic Systems / Kiel zu Festkörperionenleitung		neu	Technologieförderung Energie
3.2	MWV	Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie		neu	Technologieförderung Energie
3.3	MWV	Förderung von Pilot- und Demonstrationsprojekten im Energiebereich		neu	RL SHF Energiewirtschaft - Technologie
3.7	MWV	Virtuelles Kraftwerk		neu	RL SHF Energiewirtschaft - Technologie
3.8	MWV	Markteinführung der Vakuumdämmung		neu	0602 TG 62
3.10	MLUR	Bio-Energiepark Eggebek		neu	RP 2000 / Zukunftsprogramm SH

Entwicklung der Bewirtschaftungskosten

(ohne Universitäten und Hochschulen)

Anlage 2

	GMSH	sonstige	Gesamt	GMSH	sonstige	StK	GMSH	sonstige	IM	GMSH	sonstige	FM	GMSH	sonstige	MWV	GMSH	sonstige	MBF	GMSH	sonstige	MLR	GMSH	sonstige	MJAE	GMSH	sonstige	MSGF	GMSH	sonstige	MLUR	EPL 11
IST HH 2003	35.108,8	6.989,5	42.098,3	822,4	193,3	1.015,7	16.382,6	789,0	17.171,6	4.726,3	846,7	5.573,0	930,1	767,2	1.697,3	507,4	984,1	1.491,5	0,0	0,0	0,0	8.120,9	2.861,7	10.982,6	2.490,2	174,1	2.664,3	1.128,9	373,4	1.502,3	0,0
Abweichung zu HH 2002 in %	-4,5	0,6	-3,7	2.283,8	9,8	382,5	-6,5	-30,0	-7,9	-1,0	36,2	3,2	-16,7	361,3	32,3	-65,0	-29,9	-47,7	-100,0	-100,0	-100,0	-6,0	1,2	-4,2	2,4	21,9	3,5	104,3	-12,7	53,3	
IST 2004	38.453,8	6.667,7	45.121,5	1.160,4	272,8	1.433,2	15.998,7	952,6	16.951,3	5.956,8	737,7	6.694,5	1.335,1	737,7	2.072,8	720,7	231,2	951,9	0,0	0,0	0,0	8.485,3	3.159,0	11.644,3	2.751,5	144,7	2.896,2	1.079,8	432,0	1.511,8	965,5
Abweichung zu HH 2003 in %	9,5	-4,6	7,2	41,1	41,1	41,1	-2,3	20,7	-1,3	26,0	-12,9	20,1	43,5	-3,8	22,1	42,0	-76,5	-36,2	-	-	-	4,5	10,4	6,0	10,5	-16,9	8,7	-4,3	15,7	0,6	
Soll 2005	43.162,3	6.495,8	49.658,1	11,0	278,0	289,0	1.084,0	1.020,5	2.104,5	353,0	741,9	1.094,9	39,0	575,9	614,9	59,0	189,9	248,9	0,0	0,0	0,0	445,0	3.162,9	3.607,9	52,0	181,8	233,8	52,0	344,9	396,9	41.067,3
Abweichung zu HH 2004 in %	12,2	-2,6	10,1	-99,1	1,9	-79,8	-93,2	7,1	-87,6	-94,1	0,6	-83,6	-97,1	-21,9	-70,3	-91,8	-17,9	-73,9	-	-	-	-94,8	0,1	-69,0	-98,1	25,6	-91,9	-95,2	-20,2	-73,7	
SOLL 2006	39.836,7	7.404,4	47.241,1	842,6	293,5	1.136,1	18.001,3	1.141,0	19.142,3	6.224,5	1.390,6	7.615,1	490,7	664,9	1.155,6	766,7	154,8	921,5	0,0	0,0	0,0	9.280,1	3.088,2	12.368,3	2.998,3	222,2	3.220,5	1.232,5	449,2	1.681,7	0,0
Abweichung zu SOLL HH 2005 in %	-7,7	14,0	-4,9	7.560,0	5,6	293,1	1.560,6	11,8	809,6	1.663,3	87,4	595,5	1.158,2	15,5	87,9	1.199,5	-18,5	270,2	-	-	-	1.985,4	-2,4	242,8	5.666,0	22,2	1.277,5	2.270,2	30,2	323,7	